

# Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011: Ziele und Erwartungen

gefördert durch:



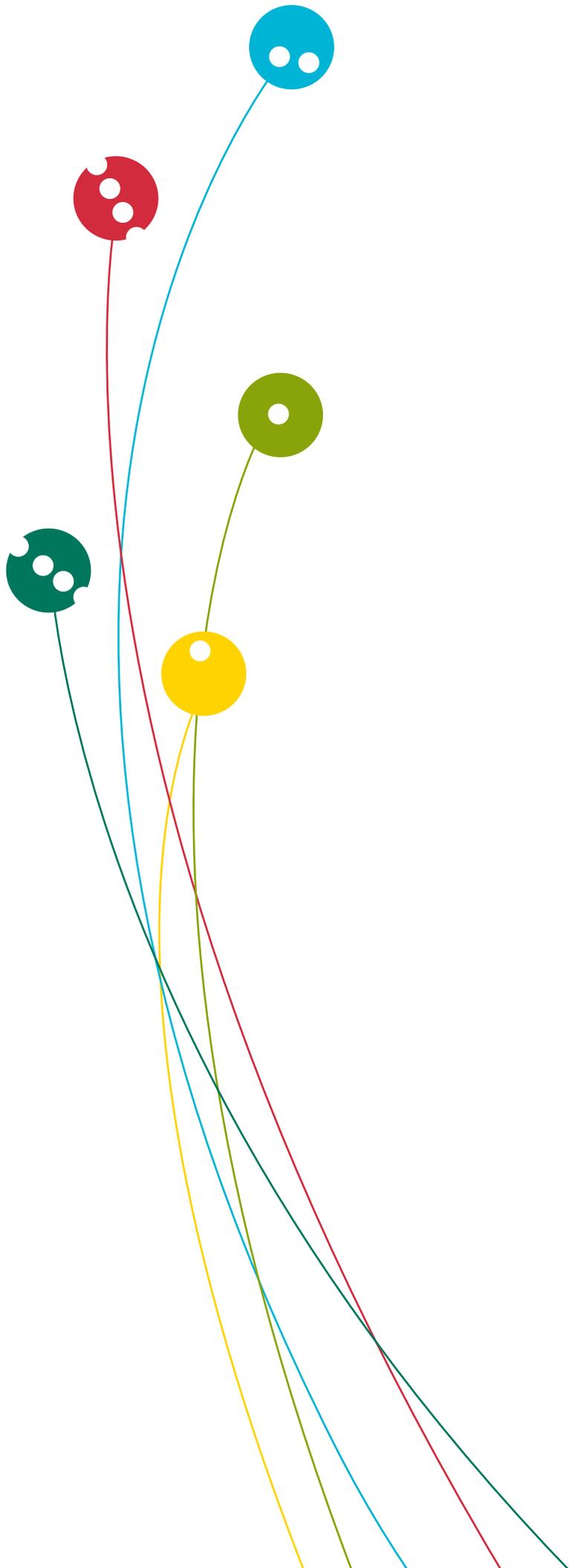
Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

herausgegeben durch:



Bundesarbeitsgemeinschaft

der Freien  
Wohlfahrtspflege





Dr. Kristina Schröder,  
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„Meine Engagementpolitik gründet auf dem Vertrauen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger einen wichtigen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten kann – und auf der Überzeugung, dass der Staat bei der Suche nach den besten Lösungen auf die Initiative, die Kreativität und die Verantwortungsbereitschaft seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit wird wichtige Diskussionen anstoßen, wie wir die Kräfte des Einzelnen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft mobilisieren können.“



Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg,  
Vizepräsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

„Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit bietet Zeit und Raum für die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Für die Freie Wohlfahrtspflege ist die Freiwilligentätigkeit ein unersetzlicher Bestandteil. Das reicht von Vorlesepaten in Kindergärten bis zur Sterbebegleitung in Hospizen. Überall leisten Ehrenamtliche eine hervorragende Arbeit, ohne die unser Gemeinwesen ärmer und kälter wäre.“

# Inhalt

## 4 Editorial

Oberkirchenrat Johannes Stockmeier,  
Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der  
Freien Wohlfahrtspflege

## 6 Bürgerschaftliches Engagement in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

### Europäische Dimension

8 Jutta König-Georgiades:  
Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 –  
Standpunkt der Europäischen Kommission

10 Die Allianz für das Europäische Jahr der  
Freiwilligentätigkeit 2011

13 Aktivitäten auf europäischer Ebene

### Umsetzung in Deutschland

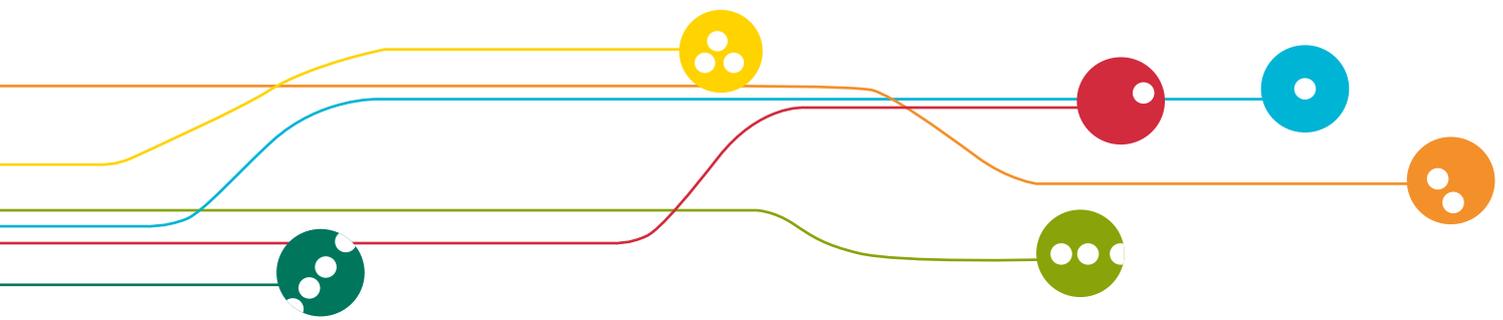
14 Nationales Programm zum Europäischen Jahr der  
Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven  
Bürgerschaft 2011

22 Dokumentation der Nationalen Auftaktveranstaltung  
„Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011:  
Ziele und Erwartungen“

24 Freifrau Donata Schenck zu Schweinsberg:  
Grußwort

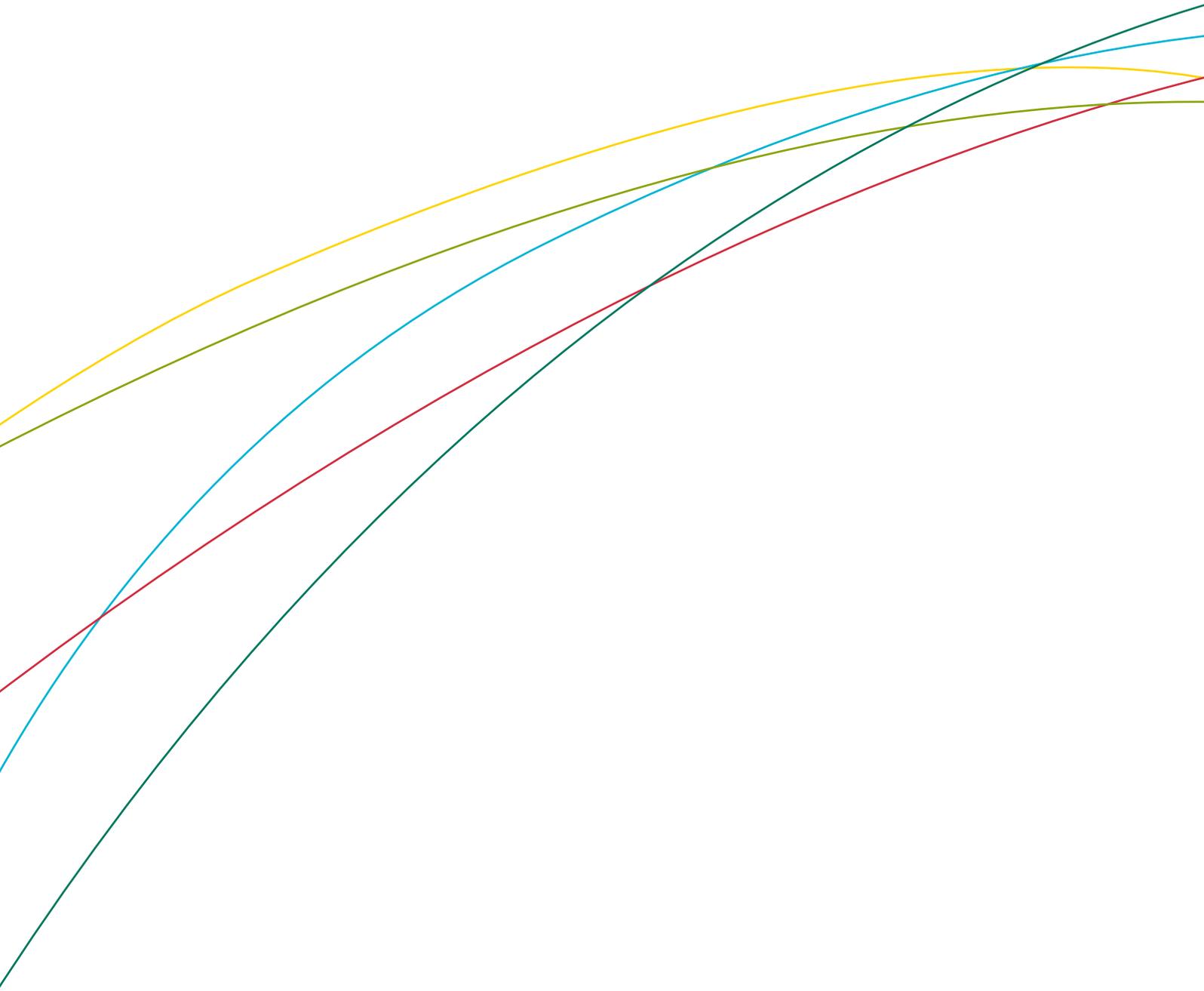
26 Dr. Rudolf Seiters:  
Bürgerschaftliches Engagement in Europa

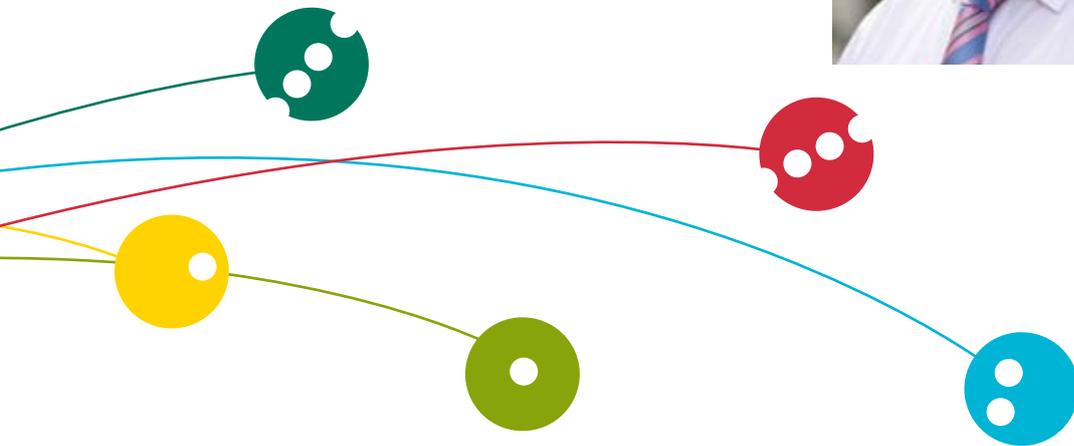
29 Dr. Christof Eichert:  
Wie kann ein Europäisches Jahr zur Engagementförderung  
in Deutschland beitragen?



- 32 **Workshop 1:**  
PR fürs Engagement in Kommunen und Ländern
- 33 Uwe Lübking:  
Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene
- 36 Stephan Würz:  
Förderung bürgerschaftlichen Engagements.  
Kommunikationsstrategie des Landes Hessen mit  
Kommunen und Organisationen
- 38 **Workshop 2:**  
Engagementferne Zielgruppen gewinnen
- 39 Susanne Rindt:  
Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement für  
engagementferne Zielgruppen
- 45 José Povedano:  
Die Rolle von Migranenselbstorganisationen bei der  
Engagementförderung
- 48 **Workshop 3:**  
Austausch und Vernetzung – national und  
europaweit
- 50 Mirko Schwärzel:  
Thesen zur europäischen Vernetzung und Austausch im  
Engagementbereich
- 52 Dr. Stephanie Scholz:  
Europäischer Dialog zum bürgerschaftlichen Engagement,  
Austausch und Vernetzung
- 55 Sarah Singer:  
Freiwilligentätigkeit in der jüdischen Wohlfahrtspflege
- 58 **Workshop 4:**  
Engagementförderung durch Unternehmen und Stiftungen
- 60 Peter Kusterer:  
Unternehmen und Engagementförderung:  
Kompetenz und Identität statt Geld!  
Otto Haug:  
Stiftung Zeit für Menschen
- 62 **Moritz Blanke:**  
Verleihung der European Employee Volunteering Awards
- 64 **Podiumsdiskussion:**  
„Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011:  
Chancen und Herausforderungen“
- 70 **Die „Leuchttürme“**
- Engagement bewegt Generationen
- Freiwillige für den Naturschutz – Generationsübergreifend  
und interkulturell unverzichtbar
- Bürgerschaftliches Engagement in Mitteldeutschland  
und Europa. Engagement-Werkstätten regional –  
landesweit – überregional
- Förderung freiwilligen Engagements von Migrantinnen  
im Sport
- Engagement und Erwerbsarbeit in Europa
- Partizipation und Integration in Europa –  
voneinander lernen!
- Brücken schlagen, Gemeinschaft zusammen gestalten  
– bürgerschaftliches Engagement aller Generationen in der  
(Euro)Region Rhein-Ruhr und den Niederlanden
- 75 **Die „Flaggschiff-Projekte“**
- Active Citizens for better Communities
- Potenziale nutzen: Förderung des ehrenamtlichen  
Engagements Jugendlicher
- 77 **Weitere Veranstaltungen**
- 80 **Zahlen und Fakten**
- 82 **Impressum**

# Editorial





Liebe Leserinnen und Leser,

Freiwilliges Engagement ist aus den Diensten und Einrichtungen, aus Initiativen und Kirchengemeinden der Freien Wohlfahrtspflege nicht wegzudenken und prägt damit unsere Gesellschaft ganz entscheidend mit.

Es ist wichtig, dass die Europäische Union das Jahr 2011 als „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft“ deklariert hat, steht hinter dieser besonderen Akzentsetzung doch die Einsicht, eine menschenwürdige und lebenswerte Gesellschaft gibt es nur, wenn Freiwilligentätigkeit geübt, gefördert und unterstützt wird.

Diakonische Kultur definiert sich konstitutiv aus dem Zusammenwirken von hauptamtlich Mitarbeitenden und freiwillig Engagierten. Weil wir davon überzeugt sind, dass dieses Miteinander lebensnotwendig für unsere Gesellschaft ist, haben wir uns entschlossen, das Europäische Jahr 2011 aufzugreifen und „Freiwilliges Engagement“ zum Jahresschwerpunkt des Diakonischen Werkes der EKD zu machen.

Wir Wohlfahrtsverbände freuen uns über diese Schwerpunktsetzung der EU (zehn Jahre nach dem von den Vereinten Nationen ausgerufenem „Internationalen Jahr der Freiwilligen“), weil sie auf aktuelle politische Tendenzen in der Gesellschaft trifft. Es ist notwendig, dass wir uns in der Freien Wohlfahrtspflege sowohl mit den Möglichkeiten und Chancen auseinandersetzen, uns aber auch den Herausforderungen und Grenzen Freiwilligen Engagements stellen und diesen konstruktiv begegnen. Dies drückt auch die gemeinsame BAGFW-Grundsatzposition vom Juni 2010 sehr deutlich aus.

Wir alle müssen daran mitarbeiten, die Herausforderungen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit nicht in Selbstverständlichkeiten versickern zu lassen. Es muss uns darum gehen, weit über Bestehendes hinaus Freiwilligentätigkeit neu zu ge-

wichten, weiter zu entwickeln und Veränderungen zum Thema voranzubringen.

Die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung ist ein erster Schritt, die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Freiwilliges Engagement zu verbessern. Freiwilliges Engagement muss in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden und dort seinen Ort finden.

Eines ist klar: Freundliches Schulterklopfen zum Thema ist zu wenig. Viele freiwillig Engagierte erwarten von diesem Jahr weiterführende Ergebnisse.

Die vorliegende Dokumentation trägt hierzu bei, indem sie neben dem nationalen Programm zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit auch die auf der nationalen Auftaktveranstaltung diskutierten Ziele und Erwartungen an das Jahr festhält und die geplanten Regionalkonferenzen und Flaggschiffprojekte, die im Laufe des Jahres durchgeführt werden, vorstellt. Wir lernen zudem die Perspektive der Europäischen Kommission auf das Jahr kennen und erfahren etwas über die Aktivitäten der für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit wegweisenden EJF 2011-Allianz. Ein Höhepunkt der Maßnahmen des Jahres ist die europaweite Freiwilligentour, die vom 14. bis 20. Oktober 2011 in Berlin stattfinden wird. Sie soll das Jahr der Öffentlichkeit näherbringen und die Aktivitäten der 27 EU-Mitgliedstaaten miteinander verbinden.

Das partnerschaftliche und vertrauensvolle Miteinander zwischen Öffentlicher und Freier Wohlfahrtspflege bildet auch hier die Basis für langfristig erfolgreiche Resultate in der Engagementpolitik.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht Ihnen Ihr

[Oberkirchenrat Johannes Stockmeier](#)  
[Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege](#)

## Bürgerschaftliches Engagement in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

### I. Ausgangslage

Heute engagieren sich rund 2,5 bis 3 Millionen Bürgerinnen und Bürger als ehrenamtliche Gremienrepräsentanten, Mitglieder, Freiwillige und in der Selbsthilfe innerhalb der BAGFW-Strukturen. Das gemeinsame Selbstverständnis der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ist geprägt durch sozialverantwortliche Ethik, demokratische und partizipatorische Grundhaltungen. Aufgrund unterschiedlicher historischer Wurzeln sind sie an den Werten des Judentums, des Christentums, des Humanismus und der solidarischen Tradition der Arbeiterbewegung orientiert. Vor diesen Hintergründen wird dem bürgerschaftlichen Engagement eine besondere Bedeutung zugemessen.

Über Generationen haben sich Menschen in den Strukturen der Wohlfahrtsverbände bürgerschaftlich für sozialpolitische Bedarfe und gegen Missstände engagiert und so die demokratischen Strukturen maßgeblich geprägt. Dabei unterlagen die Formen, Ausdrucksweisen und Wege des bürgerschaftlichen Engagements in den letzten 150 Jahren einem stetigen Wandel.

Diese unterschiedlichen Erscheinungsformen des bürgerschaftlichen Engagements und die Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege standen und stehen in einem sich gegenseitig belebenden und verändernden Prozess. Partizipation, Kommunikation, Emanzipation und Information sind dabei die Garanten für ein lebendiges Engagement.

Bürgerschaftliches Engagement mit seinen unterschiedlichen Formen war und ist innovativer Impuls und sozialpolitische Schubkraft für die Soziale Arbeit, die gesellschaftliche Entwicklung und damit auch für die Freie Wohlfahrtspflege.

### II. Grundlagen des bürgerschaftlichen Engagements in der BAGFW

#### Wahrnehmung des zivilgesellschaftlichen Auftrags

Die Freie Wohlfahrtspflege trägt seit ihrem Bestehen in erheblichem Maße zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft bei. Neben der Organisation sozialer Hilfen in Deutschland ist die Mitgestaltung der Zivilgesellschaft und des Gemeinwesens ein selbstverständlicher Bestandteil ihrer Arbeit. Dies findet in den Verbänden selbst und in den vielfältigen Einrichtungen und Projekten wie z. B. Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäusern, Stadtteilzentren, Aktionen für ein Bleiberecht für Flüchtlinge oder lokalen Aktionen für Spielplätze etc. seinen konkreten Ausdruck. Damit ist die Freie Wohlfahrtspflege ein wichtiger Partner für die Politik in der Gestaltung von sozialgesellschaftlichem Engagement.

#### Wahrnehmung des Subsidiaritätsprinzips

Eine Ausgangslage für bürgerschaftliches Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege ist der Vorrang des Handelns der freien Individuen und Initiativen vor dem staatlichen Handeln. Die Verantwortung für die Gestaltung des eigenen, familialen und

sozialen Lebens muss so lange wie möglich im Entscheidungsspielraum der Menschen bleiben. Das bedeutet:

- Vorrang der Eigenhilfe (kleine soziale Netze)
- Unterstützung der Eigenhilfe durch Selbsthilfe, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit als drei Elemente des bürgerschaftlichen Engagements
- Partizipation in kleinräumigen Netzen wie in demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen
- Unterstützung und Befähigung kleiner Einheiten zur Aufgabenerfüllung

#### Der Eigensinn von bürgerschaftlichem Engagement

Bürgerschaftliches Engagement organisiert sich grundsätzlich von der Basis aus. Es stiftet einen eigenen Sinn und verfolgt eigene Zwecke. Vor dem Hintergrund, dass Bürgerinnen und Bürger heute kompetenzorientiert, häufig zeitlich befristet, lebensweltbezogen, selbstbestimmt, sinnstiftend und eigenverantwortlich tätig sein wollen, ist diesen Bedarfen mit veränderten Rahmenbedingungen, Voraussetzungen und Angeboten zu begegnen. Hierbei muss eine „Ermöglichungskultur“ für Engagement geschaffen werden. Engagement darf nicht von oben verordnet werden. Eine angemessene Partizipation ist dabei dringend geboten, sowie eine Vernetzung vor Ort.

#### Bürgerschaftliches Engagement als Ergänzung und nicht als Konkurrenz

Das grundlegende Merkmal des freiwilligen sozialen Engagements ist bestimmt durch seinen unbezahlten Charakter. Außerdem gilt das Prinzip der Freiwilligkeit und Unabhängigkeit von staatlicher Instrumentalisierung.

Bürgerschaftliches Engagement in der BAGFW hat als Beitrag zur Hilfeoptimierung zugleich auch eine wirtschaftliche Bedeutung. Es ist aber kein „Sparmodell“ als Ersatz für notwendige hauptamtliche bezahlte Arbeit, sondern eine Ergänzung sozialer gemeinwohlorientierter Arbeit.

#### Formen des bürgerschaftlichen Engagements in der Freien Wohlfahrtspflege

Das bürgerschaftliche Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege ist grundsätzlich unentgeltlich und durch folgende Grundformen geprägt:

- das Ehrenamt, das oft eine enge Identifikation mit dem Verband umfasst und ein verbindlich terminiertes Tätigsein bedingt (z. B. Mitgliedschaft). Beispiel hierfür ist die Arbeit in Verbandsgremien.
- das Freiwilligenengagement, das geprägt ist durch punktuelle, themenbezogene und zeitlich begrenzte Tätigkeiten. Beispielhaft sei hier die Mitarbeit in Freiwilligenzentren oder andere freiwillige unbezahlte Mitarbeit in sozialen oder anderen gemeinwohlorientierten Einrichtungen und Projekten genannt. Freiwilligenarbeit ist nicht an Mitgliedschaft gebunden, wird aber vielfach auch von Mitgliedern getragen.
- die Freiwilligendienste als eine besondere Form des bürger-

schaftlichen Engagements. Sie garantieren aufgrund einer freiwilligen Selbstverpflichtung, dass Freiwillige sich für eine festgelegte Zeit verlässlich und zeitlich intensiv engagieren. Durch die spezifische Kombination praktischer Arbeit und begleitender Bildungsarbeit sind sie Bildungs- und Orientierungsjahr und gleichzeitig ein Lerndienst für die Bürgergesellschaft.

- die Selbsthilfe, die zum Ziel hat, für sich und andere Lösungen für konkrete Anliegen zu suchen bzw. abzusichern.

Die Freie Wohlfahrtspflege hat im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements keinen Alleinvertretungsanspruch. Bürgerschaftliches Engagement lebt durch die vielfältigen Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger, die sich – jeweils sektoral – durch die unterschiedlichen (Organisations-)Formen auszeichnen und kennzeichnen. Beispielsweise seien hier Bürgerstiftungen und Bürgerinitiativen genannt.



### III. Rahmenbedingungen und Voraussetzungen

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben auch in Zukunft die Aufgabe, in allen Einrichtungen und Diensten sich der Dynamik und Veränderung in den Formen des bürgerschaftlichen Engagements offen zu stellen und diesen Veränderungen angemessen zu begegnen. Für die Freie Wohlfahrtspflege spielt ein aktives Qualitätsmanagement mit hohen Qualitätsstandards im Bereich bürgerschaftlichen Engagements eine große Rolle. Dazu gehören adäquate bedarfsgerechte Konzepte und Modelle zur Unterstützung von Freiwilligen, die Sicherstellung eines Vernetzungs- und Erfahrungsaustauschs, die Qualifizierung bürgerschaftlich Engagierter und die Qualifizierung Hauptamtlicher für die Beratung, Begleitung und Gewinnung der Engagierten. Diese Qualität gilt es ständig zu fördern, zu verbessern und weiter auszubauen.

Es gilt ferner, die Grundbedingungen freiwilligen Engagements – Partizipation, Unabhängigkeit und Unentgeltlichkeit – zu schützen. Aktuelle Sozialstaatsdebatten zielen u. a. auf eine Veränderung in der Beziehung zwischen beruflicher Sozialarbeit/Pflegearbeit und freiwilligem Engagement ab. Die Aufnahme des freiwilligen sozialen Engagements in Förderrichtlinien als Teil professioneller Dienstleistungen und damit verbundene Festschrei-

bungen von Aufgaben und Tätigkeitsbereichen beinhalten die Gefahr der Instrumentalisierung des freiwilligen Engagements. Einer möglichen Instrumentalisierung muss entschieden entgegen gewirkt werden!

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 und die durch das BMFSFJ an die BAGFW übertragene nationale Geschäftsstelle für Deutschland verstehen wir als großen Vertrauensbeweis unserer langen und guten Tradition diesbezüglich. Wir begreifen diese Auszeichnung als Chance, bürgerschaftliches Engagement auch in Zukunft in unsere Mitgliedsverbände und in die Zivilgesellschaft zu tragen.

### IV. Resümee und Perspektive aus Sicht der BAGFW

Bürgerschaftliches Engagement hat oftmals durch sein soziales und sozialpolitisches Agieren den Weg für die Professionalisierung sozialer Handlungsfelder geebnet, um so durch Kontinuität erforderliche fachliche Hilfen für soziale Problemlagen sowie Bedarfe der Daseinsvorsorge zu gewährleisten (z. B. Gemeinwesenarbeit, Heimerziehung, Frauenhausinitiative, Kinderladenbewegung, Hospizarbeit).

Es besteht die Gefahr, dass durch pauschale Zuwendungen freiwilliges soziales Engagement zunehmend den Charakter einer Niedrigstlohn­tätigkeit unterhalb der „Minijobs“ ohne jegliche soziale Absicherung erhält. Vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit der freiwillig sozial Engagierten und auch der hauptamtlichen sozialen Fachkräfte Frauen sind, kann dies zu weiteren Ungleichheiten und negativen arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen für Frauen führen.

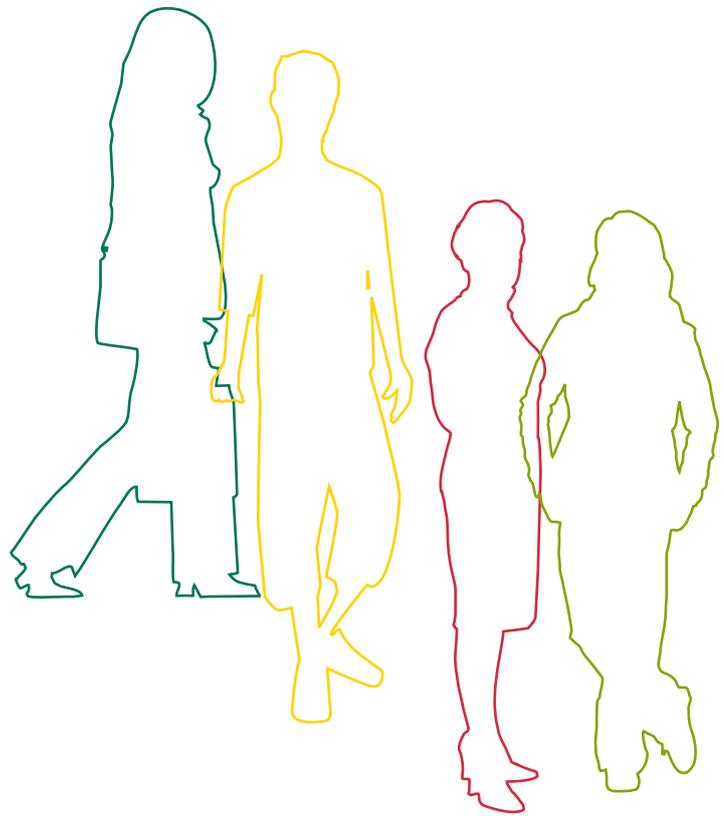
Freiwilliges soziales Engagement als freie Initiative muss weiterhin Vorrang vor staatlichem Handeln haben und benötigt Freiraum zur Entfaltung. Dafür gilt es folgende Prinzipien zu bewahren:

- Beibehaltung des Prinzips der Freiwilligkeit
- Einhaltung des Prinzips der Unabhängigkeit
- Mitsprache, Partizipation und Emanzipation
- Trennung zwischen der finanziellen Förderung hauptamtlich getragener Leistungen und freiwillig erbrachter Tätigkeiten

Die Politik auf allen föderalen Ebenen ist aufgefordert, die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit bürgerschaftliches Engagement wachsen und gestärkt werden kann. Hierzu ist die Freie Wohlfahrtspflege im Dialog mit der Politik. Das partnerschaftliche und vertrauensvolle Miteinander zwischen Öffentlicher und Freier Wohlfahrtspflege bildet die Grundlage für das Gelingen.

Aus der Sicht der Wohlfahrtspflege ist zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ein einfaches und bürokratiearmes Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht erforderlich. Weiterhin ist es notwendig, Finanzmittel im Sinne einer Infrastrukturförderung (z. B. Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, -börsen, -zentren) bereitzustellen, um Möglichkeiten insbesondere auch für innovative Ansätze zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen.

# Europäische Dimension



**Jutta König-Georgiades:**

**Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 –  
Standpunkt der Europäischen Kommission**

2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. Das bedeutet, dass Europa dem freiwilligen Engagement seiner Bürger ein Jahr lang besondere Aufmerksamkeit schenken wird. Doch was steht dahinter? Weshalb widmet die Europäische Union dem Thema der Freiwilligentätigkeit ein Europäisches Jahr?

Freiwilliges Engagement bringt der Gesellschaft, der Wirtschaft und dem Einzelnen erheblichen Nutzen und bietet für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas Möglichkeiten, die noch nicht ausreichend genutzt werden.

Freiwilligentätigkeiten können für den Einzelnen eine wertvolle Lernerfahrung darstellen und jungen Menschen dabei helfen, sich auf das Berufsleben vorzubereiten. Durch Freiwilligentätigkeiten werden auch die sozialen Fertigkeiten und Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger entwickelt, und sie leisten einen

Beitrag zu mehr Solidarität und weniger Diskriminierung, zu größerer sozialer Einbeziehung und zur harmonischen Entwicklung der europäischen Gesellschaften. Und schließlich spiegeln Freiwilligentätigkeiten das bürgerschaftliche Engagement der Gesellschaft wider und fördern den Bürgersinn.

Freiwillige Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr können alle Formen der Freiwilligentätigkeit sein, ganz gleich, ob es sich um formelle, nichtformelle oder informelle Tätigkeiten handelt, für die sich die Betroffenen aus freiem Willen und aus eigenem Antrieb entscheiden und die nicht auf finanziellen Gewinn ausgerichtet sind. Die Europäische Kommission hat ihre Definition der Freiwilligentätigkeit bewusst weit gefasst, um das breite Spektrum von Traditionen und kulturell bedingten Haltungen gegenüber den Freiwilligentätigkeiten abzudecken, die in den unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten anzutreffen sind.

Freiwilligentätigkeiten sind heute ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, da sie in einigen Ländern etwa 5% des Bruttonettoproduktes ausmachen. Schätzungen zufolge engagieren sich 94 Millionen Menschen oder 23% der Europäerinnen und Europäer über 15 Jahren in der einen oder anderen Form auf freiwilliger Basis.

Die Freiwilligen sind durchschnittlich zwischen 30 und 50 Jahren alt. Sie sind zumeist erwerbstätig und gut ausgebildet (Hochschulbildung). In elf Mitgliedstaaten übernehmen mehr Männer als Frauen eine Freiwilligentätigkeit, und in weiteren neun Mitgliedstaaten ist ihre Zahl in etwa gleich. Dass sich mehr Männer in der Freiwilligenarbeit engagieren, mag daran liegen, dass die meisten Freiwilligentätigkeiten im Sportsektor angeboten werden, der auch den Großteil der Freiwilligen anzieht. An zweiter Stelle steht der soziale Bereich gefolgt vom Gesundheitssektor. Freiwilliges Engagement ist in Europa traditionell stark verankert. Oft beruht es auf der Mitgliedschaft in Organisationen der Zivilgesellschaft. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Freiwilligentätigkeiten jedoch stark gewandelt, da in den Gesellschaften der Individualismus zugenommen hat und der Stellenwert von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung gewachsen ist. Für den Freiwilligensektor stellt dies eine Herausforderung dar, da er sich an neue Arten und Formen des Engagements anpassen muss, die oft selektiv und kurzfristig sind.

Gleichzeitig ist ein Anstieg der Professionalisierung im Bereich der Freiwilligentätigkeit zu verzeichnen, der zu einem wachsenden Missverhältnis zwischen den Bedürfnissen der Freiwilligenorganisationen und den Erwartungen der Freiwilligen führt.

Die Freiwilligenorganisationen stehen außerdem vor dem Problem der nachhaltigen Finanzierung: Da die Zahl der Freiwilligenorganisationen in den letzten zehn Jahren stark gestiegen ist, sind die verfügbaren Mittel heute hart umkämpft.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass in vielen Ländern kein Rechtsrahmen beispielsweise für die Sozialversicherung von Freiwilligen, ihre Ausbildung, ihren Urlaubsanspruch oder ihre Unterbringung besteht.

Um auf diese Fragen Antworten finden zu können, soll das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit sensibilisieren, indem vier Hauptziele verfolgt werden.

Das erste Ziel ist es, die Voraussetzungen für die Freiwilligentätigkeit in der EU zu verbessern. Wir erwarten, dass das Europäische

Jahr der Freiwilligentätigkeit Impulse für weitere politische Entwicklungen liefert und dass die Mitgliedstaaten beginnen, sich zu Themen der Freiwilligentätigkeit untereinander auszutauschen.

Das zweite Ziel besteht darin, die Freiwilligenorganisationen zu stärken und die Qualität der Freiwilligentätigkeiten zu verbessern. Wir hoffen, dass europaweit neue Netzwerkinitiativen entstehen werden, die zu mehr Kooperation und Austausch führen.

Das dritte Ziel betrifft die Anerkennung der Freiwilligentätigkeit. Uns ist sehr daran gelegen, dass die Mitgliedstaaten, die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Arbeitgeber die formale Anerkennung der während der Freiwilligentätigkeit erlangten Fertigkeiten und Fähigkeiten voranbringen. Gleichzeitig wollen wir den Freiwilligen durch das Europäische Jahr die Anerkennung der Europäischen Kommission zum Ausdruck bringen.

Als viertes Ziel schließlich sollen der Wert und die Bedeutung der Freiwilligentätigkeit sowie ihr Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft und zum Leben jedes Einzelnen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Viele interessierte Gruppen und Akteure beteiligen sich aktiv am Europäischen Jahr, wobei sich drei wesentliche Handlungsebenen unterscheiden lassen.

Auf EU-Ebene werden vier europäische Konferenzen veranstaltet. Daneben sorgt eine umfassende Informations- und Werbekampagne dafür, Bewusstsein zu wecken, die Debatte über das freiwillige Engagement in Europa anzuregen und Schlüsselbotschaften zu verbreiten.

Auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene führen die Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Jahres unterschiedliche Veranstaltungen durch. Sie haben zu diesem Zweck nationale Koordinierungsstellen eingerichtet, die die nationalen Veranstaltungen des Europäischen Jahres durchführen. In allen Mitgliedstaaten finden derzeit Konferenzen, Seminare oder Ausstellungen zu Themen des Europäischen Jahres statt.

Außerdem kommt eine „Tour des Europäischen Jahres“ in alle Hauptstädte und bietet nationalen Organisationen und Freiwilligen die Gelegenheit zur Begegnung und zum Austausch in einem europäischen Kontext.

Die dritte Ebene umfasst die Aktivitäten der Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Kommission arbeitet eng mit dem Netzwerk „Allianz für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011“ zusammen, das insgesamt 38 europäische Freiwilligennetzwerke vertritt, denen wiederum 1500 Freiwilligenorganisationen aus ganz Europa angehören.

Die Europäische Kommission kann Freiwilligen und Freiwilligenorganisationen helfen. Ausgehend vom Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit werden Freiwillige und Freiwilligenorganisationen in der Europäischen Union in Zukunft eine wichtigere Rolle als bisher spielen. So wird ihr Beitrag beispielsweise in der nächsten Generation der EU-Programme berücksichtigt werden, die derzeit ausgearbeitet wird. Auch innerhalb der europäischen Wachstumsstrategie „Europa 2020“ wird der Beitrag der Freiwilligentätigkeiten Beachtung finden.

Um den Erfolg des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zu garantieren, ist unser Engagement auf allen Ebenen – auf der europäischen, der nationalen, der regionalen und der lokalen Ebene – vonnöten.

## Die Allianz für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Die sogenannte „EYV 2011 Alliance“ bzw. „EJF 2011 Allianz“ ist ein aus 38 Mitgliedern bestehendes Bündnis europäischer Netzwerke und Verbände. Ende 2007 zusammengekommen organisierte die Allianz 2008 eine breit angelegte Lobbykampagne für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit, die auf nationaler Ebene über ihre zahlreichen Mitgliedsorganisationen unterstützt und begleitet wurde. Anfang 2011 richtete die Allianz Arbeitsgruppen ein, die bis zum Ende des Jahres ein umfangliches Strategie- und Empfehlungspapier zu relevanten Themen bürgerschaftlichen Engagements erstellen. Die Ergebnisse werden der Europäischen Kommission bei der Abschlussveranstaltung des EJF im Dezember 2011 in Warschau präsentiert und zur Verfügung gestellt. Schwerpunktthemen der Arbeitsgruppen sind Qualität, rechtliche Rahmenbedingungen, Infrastruktur, Anerkennung bzw. der Wert von Freiwilligentätigkeit und Unternehmensengagement.

In den Arbeitsgruppen beteiligen sich insgesamt sechs deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit folgenden Erwartungen an das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit bzw. die Arbeit der Allianz.





Ana Laura Klähn, Experiment e. V.:

„Als Teamleiterin der Abteilung Freiwilligendienste bei Experiment e. V. bestand der Fokus meiner Arbeit bisher darin, internationale Freiwilligendienste, zum größten Teil in Übersee, für Jugendliche zu gestalten. Wir sehen unsere Freiwilligendienste als Bildungsauftrag und Beitrag zur interkulturellen Verständigung. Die Einladung, Co-Chair mit Peter Kromminga für die Employee Volunteering Group zu sein, ehrt mich sehr. Ich sehe hier eine Chance, unsere pragmatische Perspektive und jahrelange Erfahrung in der praktischen Durchführung von Freiwilligendiensten in einer Plattform zu artikulieren, welche, wenn auf ideale Weise genutzt, mehr Transparenz, Anerkennung und Reglementierung für Freiwilligentätigkeiten in Europa schaffen kann. Im Licht der globalen Entwicklung braucht Europa dringend eine klare Positionierung, wenn es um Freiwillige und Freiwilligendienste in aller Form geht.“

Stephanie Havekost und Doris Siebolds,  
Arbeiter-Samariter-Bund:

„Neben der Organisation mehrerer Dankesveranstaltungen zur Anerkennung seiner 12.000 Freiwilligen, engagiert sich der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland als Mitglied von Solidar in der Arbeitsgruppe der EYV 2011 Alliance zum Thema Anerkennung der Freiwilligenarbeit.“

Wir legen sehr viel Wert darauf, die Rahmenbedingungen für unsere Freiwilligen stetig zu verbessern, was sich auch unter anderem in dem 2010 verbandsintern eingeführten Qualitätssiegel für Freiwilligenarbeit widerspiegelt. Wir möchten dem wertvollen Engagement unserer Freiwilligen die nötige Anerkennung zuteil werden lassen.

Dabei bietet uns das EJF und die Arbeitsgruppe der Alliance die Möglichkeit, über interne Bemühungen hinaus, unseren Freiwilligen, ihren Anmerkungen und Wünschen eine Stimme zu geben. Zudem möchten wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass unnötige Hürden und bürokratischer Aufwand im Rahmen von nationaler und internationaler Freiwilligenarbeit vermindert, der Zugang zu Freiwilligenarbeit vereinfacht und das Angebot vielfältiger und individuell abgestimmter gestaltet werden kann.“



Frank W. Heuberger, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz:

„Volunteer – make a difference! Mit diesem Ausruf eröffnete Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, am 8. Januar in Budapest das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft. Es war zugleich der Auftakt zur ersten thematischen Konferenz der Europäischen Kommission in diesem Jahr unter dem Titel „Recognising the Contribution of Volunteering to Economy, Society and the Individual – Where are we now, and where do we want to go?“ Insbesondere die Arbeitsgruppe „Employer-supported Volunteering“ stellt ein wichtiges Novum dar, da hier erstmals direkt die Arbeitswelt und der Beitrag von Unternehmen als „good corporate citizen“ thematisiert und ein europäischer Vergleich des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen im Bereich „Corporate Volunteering“ ermöglicht wird. Auf die Arbeitsergebnisse dieser Gruppe darf man gespannt sein.“



Anna-Maria Hass, European Youth Forum (eyf):

„Ich erwarte eine Verbesserung der Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements in Europa, um noch mehr Menschen den Weg ins Ehrenamt zu ebnen und die Rahmenbedingungen für diejenigen, die schon aktiv sind, weiter zu verbessern.“

In meiner Arbeitsgruppe wollen wir ein gemeingütiges Verständnis zum Thema „Quality of Volunteering“ erarbeiten und die Rollen, Rechte und Verpflichtungen von Organisationen und Ehrenamtlichen abklären.“



Peter Kromminga, UPJ:

„Als Co-Chair der Arbeitsgruppe Employee Volunteering der EYV 2011 Alliance erhoffe ich mir, dass im Laufe des Jahres in der EU-Kommission aber auch in Deutschland das Bewusstsein gestiegen ist, dass Employee Volunteering integraler Bestandteil von Corporate Social Responsibility (CSR) ist und dass das Engagement von Unternehmensmitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gemeinwesen und die wachsende Anzahl entsprechender Programme und Partnerschaften von Unternehmen einen erheblichen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten können.“



Dr. Stephanie Scholz, Diakonisches Werk der EKD e.V.:

„Schon allein der Erfolg der Alliance, dass es ein Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit gibt, stimmt mich optimistisch. Die Arbeitsgruppen der Alliance, die sich aus Freiwilligen und Hauptamtlichen zusammensetzen, spiegeln gewissermaßen auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit wider, nämlich sich mit unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen auszutauschen und zu bereichern. Am Ende des Austauschprozesses in den jeweiligen Arbeitsgruppen soll eine politische Agenda stehen, welche die Bedarfe der Freiwilligen und ihrer Tätigkeiten umreißt, Elemente wie den rechtlichen Rahmen, die notwendige Infrastruktur, ihre Charakteristika und Werte, ihren Bezug zum unternehmerischen Handeln usw. darstellt und eine Richtschnur für politische Entscheidungsträger auf der europäischen wie der nationalen Ebene bietet. Ein Freiwilligenjahr kann nur eine Zwischentappe auf einem bereits bestehenden Weg in eine Zukunft mit Zielen der Mitmenschlichkeit und der Solidarität sein. Damit sich jedoch viele auf diesem Weg begegnen können, muss er barrierefrei sein, muss er gute Strukturen bereithalten aber auch ein positives Image haben. Dazu trägt das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 bei.“



Robin Wagener, Jugendrotkreuz:

„Ich erhoffe mir vom Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit mehr Sichtbarkeit der Vielfalt des freiwilligen Engagements in Europa – für die Politik, damit sie stärker die Bedeutung wahrnimmt und mehr Sichtbarkeit für die Bürger, damit noch mehr Menschen sich ehrenamtlich engagieren und die Akzeptanz von Ehrenamtlichkeit weiter steigt. Und ich erwarte klare Bekenntnisse und deren Umsetzung durch die Politik. Ehrenamt braucht einen Rahmen, braucht Ressourcen, braucht gesetzliche und finanzielle Sicherheiten. Ehrenamt braucht den festen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft, braucht Strukturen zur Entfaltung, zum Austausch, zur Organisation.

Ich will als Vertreter der Rotkreuzgesellschaften daran mitarbeiten, dass die Arbeitsgruppe zur Ehrenamtsinfrastruktur hierzu Positionen und Forderungen an die europäische Politik, aber auch an die Zivilgesellschaft selbst und Anregungen für die nationale Umsetzung erarbeitet. Ich freue mich, dass im Prozess einmal mehr die Gemeinsamkeit in der Vielfalt auch in den Freiwilligenverbänden deutlich wird.“

## Aktivitäten auf europäischer Ebene

### Europäische Freiwilligentour

Um das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit der Öffentlichkeit näherzubringen und um die Aktivitäten der 27 EU-Mitgliedstaaten miteinander zu verbinden, findet eine interaktive Freiwilligentour durch ganz Europa statt. Die Tour besucht im Laufe des Jahres die Hauptstadt jedes Mitgliedstaats und bietet jeweils für durchschnittlich eine Woche Raum und Zeit für Aktivitäten rund ums bürgerschaftliche Engagement.

### Die Europäische Freiwilligentour bietet:

- eine Ausstellung zu Freiwilligentätigkeit in der EU
- Diskussionsrunden und Workshops
- Markt der Möglichkeiten
- Unterhaltung mit Aktivitäten für die ganze Familie
- Erfahrungsberichte von Freiwilligen

### Engagierte und Freiwilligenorganisationen können die Tour nutzen,

- um auf sich aufmerksam zu machen,
- um einander zu begegnen,
- um Schnupperangebote ins Engagement anzubieten,
- um Freiwillige zu akquirieren,
- um Workshops durchzuführen,
- und vieles mehr!

Die Besucherinnen und Besucher können in einer Ausstellung die europäische Dimension der Freiwilligentätigkeit kennenlernen. Die Tour bietet damit eine Basis für das Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement in Europa. Sie veranschaulicht Freiwilligentätigkeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene und weckt die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit für die Kampagne.

In Deutschland gastiert die Tour von Freitag, dem 14. Oktober, bis Donnerstag, dem 20. Oktober, im Sony Center am Potsdamer Platz in Berlin. Geplant sind folgende Themenschwerpunkte:

- Freitag, 14. Oktober: Kultur
- Samstag, 15. Oktober: Sport und Umweltschutz

- Sonntag, 16. Oktober: Familientag
- Montag, 17. Oktober: Soziales Engagement
- Dienstag, 18. Oktober: Aktives Altern, Gesundheit und Selbsthilfe
- Mittwoch, 19. Oktober: Jugend und Bildung
- Donnerstag, 20. Oktober: Rettungsdienste und Feuerwehr

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Geschäftsstelle des EJV 2011.

### Reportage-Staffeltour

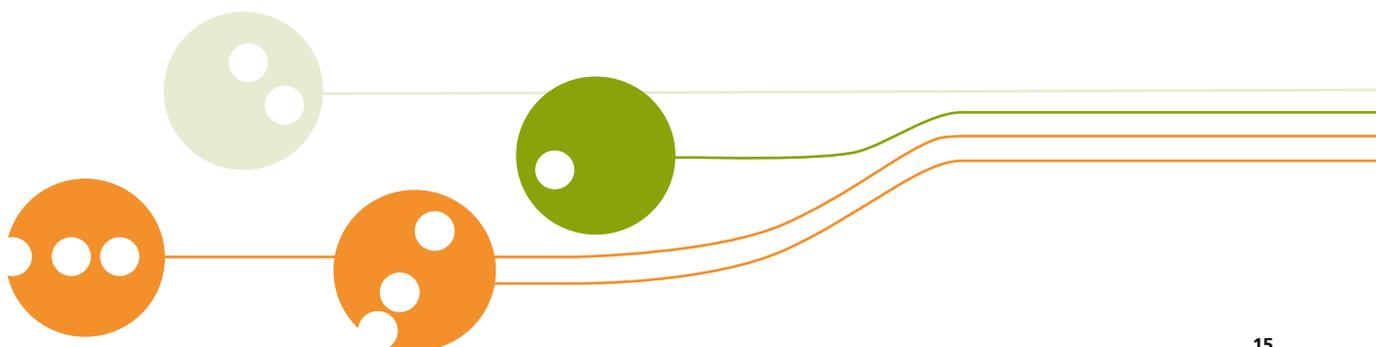
Ein Element der europaweiten Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 ist ein Staffellauf der Berichterstattung. 27 freiwillige Reporterinnen und Reporter aus allen Mitgliedstaaten der EU berichten über Aktionen, Veranstaltungen und Freiwilligenprojekte im eigenen Land. Darüber hinaus besuchen sie jeweils zwei Organisationen in einem anderen EU-Staat. Die Journalistinnen und Journalisten produzieren Kurzfilme, Radiobeiträge und Texte und bieten diese Fernsehstationen, Radiosendern, der Presse und Online-Medien an. Die Reporter erhalten für den Zeitraum, den sie in einem anderen Land verbringen, eine Filmkamera, die sie nach Abschluss dieser Zeit an einen anderen Reporter weitergeben. Die Kamera ist also der Staffeltour. Aus Deutschland berichten Melanie Rietdorf und Inga Varoslavova.

### EU-Themenkonferenzen

Um die politische Debatte über Fragen der Freiwilligentätigkeit auf EU-Ebene voranzutreiben, organisiert die Europäische Kommission 2011 eine Reihe von Themenkonferenzen. Vier Konferenzen sind geplant, wobei jede einem anderen Schwerpunktthema und einer anderen Zielgruppe gewidmet ist, wie zum Beispiel Politikern, Freiwilligenorganisationen oder den Freiwilligen selbst. Die Konferenzen fördern einen umfangreichen Gedankenaustausch und Debatten zu wichtigen Fragen der Freiwilligentätigkeit zwischen Politikern, Unternehmen, Freiwilligenorganisationen und Freiwilligen und wecken gleichzeitig das Interesse der Medien.

Weitere Informationen zu allen europäischen Aktivitäten gibt es auf der europäischen Website des EJV 2011 unter

[www.europa.eu/volunteering](http://www.europa.eu/volunteering).

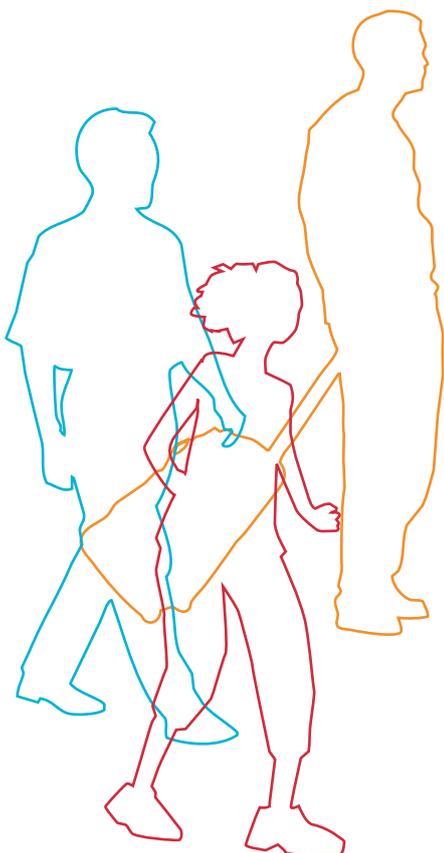


# Umsetzung in Deutschland

In jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union wurde eine Nationale Koordinierungsstelle eingesetzt, die für Veranstaltungen, Projekte und Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler Ebene zuständig ist. Die deutsche Koordinierungsstelle ist im BMFSFJ (Referat 317) angesiedelt. Für die operative Umsetzung der Aktivitäten wurde eine Geschäftsstelle bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) eingerichtet.

Die Koordinierungsstelle hat unter enger Beteiligung der Zivilgesellschaft ein Nationales Programm für die Umsetzung des EJF 2011 in Deutschland erstellt, das durch die EU-Kommission gebilligt wurde. Die Zielsetzungen der Europäischen Union wurden mit Blick auf die nationalen Herausforderungen angepasst und präzisiert. Die nationalen Prioritäten lauten:

- Stärkung der Aufmerksamkeit und Anerkennung für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft
- besonderer Fokus auf generationenübergreifende Aktivitäten
- gezielte Ansprache von Frauen, jungen Menschen, Älteren sowie Menschen mit Migrationshintergrund
- Intensivierung des Austauschs mit Verbänden und Organisationen der Bürgergesellschaft zur Verbesserung des Umfelds für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement
- Unterstützung einer besseren Vernetzung und Kooperation der Akteure und der Informationsangebote über bürgerschaftliches Engagement in Deutschland
- Initiierung eines regelmäßigen Dialogs über das Thema auf europäischer Ebene



## Nationales Programm zum Europäischen Jahr der Freiwilligkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 (EJF 2011), Stand: 15. September 2010

### Ausgangssituation in Deutschland: Herausforderung und Möglichkeiten

#### Die nationalen Herausforderungen und die nationale Strategie für bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement ist, so formuliert es der Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ von 2002, eine „unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“. Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist ein lebendiger Beitrag zur Gestaltung einer demokratischen, gerechten und partizipativen Gesellschaft. Dass bürgerschaftliches Engagement von Frauen und Männern in Deutschland stabil und nachhaltig ist, zeigen die aktuellen Zahlen des Freiwilligensurveys.<sup>1</sup> Mit 71% beteiligt sich ein ganz erheblicher Teil der Bevölkerung über seine privaten und beruflichen Belange hinaus aktiv am Gemeinwesen; mehr als jeder Dritte ab 14 Jahren (36%) übernimmt sogar freiwillig und unentgeltlich längerfristige Aufgaben und Funktionen, sei es im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Kirchen oder Nachbarschaftsinitiativen. Dabei ist dieses Engagement durch eine hohe Nachhaltigkeit gekennzeichnet: Im Durchschnitt üben die Engagierten ihre Tätigkeit bereits seit ca. zehn Jahren aus (zu 32% sogar seit über zehn Jahren). Auch wird das Engagement mit großer Regelmäßigkeit ausgeführt: 90% der Engagierten üben ihre Tätigkeit mindestens einmal im Monat aus, 56% einmal die Woche und sogar 33% mehrmals in der Woche. Die hohe, zum Teil sogar steigende Verbindlichkeit des Engagements zeigt sich auch an anderer Stelle: War den Engagierten vor zehn Jahren ihr Engagement bereits zu 78% ein wichtiger Teil ihres Lebens, so hat sich dieser Anteil bis 2009 auf 85% erhöht. Der Freiwilligensurvey zeigt eine weitere interessante Entwicklung in den letzten zehn Jahren: Immer mehr Menschen können sich grundsätzlich vorstellen, sich freiwillig zu engagieren. 1999 waren es erst 26%, 2009 aber schon 37%.

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland findet zu 47% innerhalb von Vereinsstrukturen statt. Nach dem „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung aus dem Jahr 2009 ist in den letzten 50 Jahren die Zahl der in Deutschland eingetragenen Vereine von rund 86.000 in den alten Bundesländern im Jahr 1960 auf 554.000 deutschlandweit in 2008 gestiegen; hinzu kommen die Vereine, die nicht im Vereinsregister eingetragen sind und deren Zahl auf mehrere Hunderttausende geschätzt wird. Das vereinsgestützte Engagement dominiert insbesondere in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Städtepartnerschaften. Die soziale Niederschwelligkeit, mit der populäre Großbereiche wie Sport und Freizeit weite Kreise der Bevölkerung aller Schichten in den öffentlichen Raum einbeziehen, ist besonders zu würdigen. Ohne die vielfältigen Vereinsaktivitäten gäbe es keine flächendeckende Zivilgesellschaft in Deutschland. Die Menschen engagieren sich, weil sie etwas für andere Menschen und für

die Gesellschaft tun wollen. Das zeigen die Ergebnisse des aktuellen Freiwilligensurveys. Engagierte wollen in erster Linie Freude an ihrer Tätigkeit haben und damit anderen helfen. Außerdem wünschen sich 62% der Engagierten, im Engagement mit Menschen anderer Generationen zusammenzukommen. Dies gilt insbesondere für ältere Menschen. Bürgerschaftliches Engagement ist darüber hinaus eine gute Möglichkeit, außerhalb der Familie mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen. Zudem wird das Engagement vor allem für junge Menschen in Ausbildung und für Arbeitslose auch als Möglichkeit zur Qualifikation betrachtet. Grundsätzlich aber gilt: Es gibt nicht einen Grund für freiwilliges Engagement, sondern verschiedene Motivbündel, die zusammenwirken.

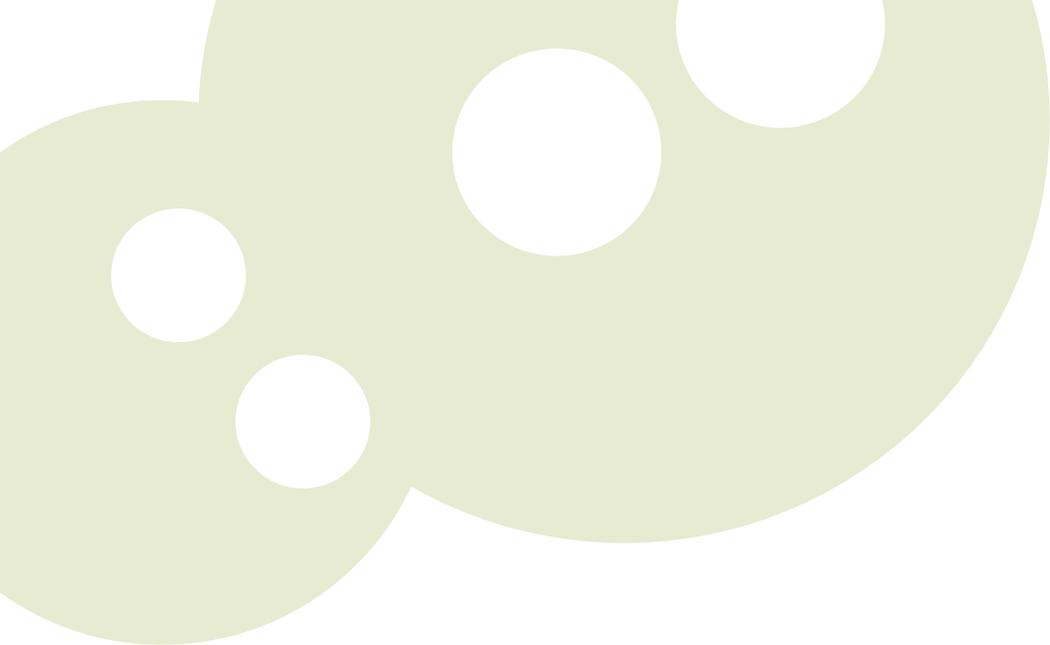
Das Spektrum der freiwilligen Tätigkeiten ist vielfältig und spiegelt die unterschiedlichen Interessenlagen und Bedürfnisse der Bevölkerung wider. Der Sport behauptet sich 2009 als führender Bereich. Es folgen die Bereiche Kindergarten und Schule sowie Religion und Kirche und die Bereiche Soziales sowie Kultur, Kunst, Musik.

Der Freiwilligensurvey zeigt, dass sich viele junge Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren in die Zivilgesellschaft einbringen. Allerdings sind ihre verbindlichen Beiträge (längerfristige Übernahme von freiwilligen Tätigkeiten) in den letzten zehn Jahren von einem überdurchschnittlichen Niveau auf ein durchschnittliches Niveau gesunken. Diese rückläufige Engagementquote ist jedoch nicht aus einer mangelnden Bereitschaft zum Engagement erwachsen. Das Ansehen des Engagements hat sich in dieser Altersgruppe nicht verschlechtert, sondern im Gegenteil stark verbessert. Die zunehmende zeitliche Belastung, ausgelöst durch die Inanspruchnahme durch Bildung, Ausbildung und Berufseinkündigung sowie die zunehmende Mobilität stehen allerdings in Konkurrenz zu einem verbindlichen freiwilligen Engagement. Nicht zuletzt durch den Freiwilligensurvey wissen wir, dass es im freiwilligen Engagement große soziale Unterschiede gibt. Gymnasiasten engagieren sich deutlich stärker als Haupt-, Real- bzw. Mittelschüler.

Das freiwillige Engagement junger Migrantinnen und Migranten ist im Vergleich zu den Aktivitäten deutscher Jugendlicher unterrepräsentiert. Der Bildungsbericht 2010 zeigt unter Bezugnahme auf den Freiwilligensurvey auf, dass sich nur 24% der jungen Migrantinnen und Migranten im Alter zwischen 14 und 19 Jahren freiwillig engagieren, bei den Deutschen liegt der Anteil bei 36%. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird es eine besondere Herausforderung sein, das ungenutzte Bildungspotenzial dieser jungen Menschen für Freiwilligenarbeit stärker nutzbar zu machen. Modellprojekte zeigen allerdings, dass die Engagementbereitschaft junger Migrantinnen und Migranten hoch ist. Die Tatsache, dass junge Migrantinnen und Migranten im Durchschnitt in bestehenden Engagementformen unterrepräsentiert sind, liegt nicht in ihrer mangelnden Engagementbereitschaft begründet, sondern in der Zugänglichkeit und dem Bekanntheitsgrad der bestehenden Angebote bei den entsprechenden Zielgruppen. Hier passgenaue Angebote zu machen ist demnach ein wirkungsvoller Weg, das Engagement nachhaltig zu fördern und auszuweiten.

Bei den älteren Menschen ist seit 1999 ein deutlicher Anstieg des

<sup>1</sup> Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, BMFSFJ 2010. Der Freiwilligensurvey liefert aktuelle und repräsentative Daten zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Er wird seit 1999 alle fünf Jahre erhoben.



Engagements zu beobachten. Engagierten sich 1999 nur 23% der über 56-Jährigen, so waren es 2009 bereits 28%. Bei den 70- bis 75-Jährigen erhöhte sich das Engagement zwischen 1999 und 2009 von 24% auf 30%. Engagement bedeutet Aktivität, Herausforderung der körperlichen und geistigen Kräfte und soziale Integration. Gerade bei älteren Menschen ist dieser Aspekt der sozialen Integration von besonderer Bedeutung. Wenn heute nur noch 34% der Menschen im Alter von über 65 Jahren gar nicht in die organisierte Zivilgesellschaft eingebunden sind, dann ist das im Vergleich zu den ursprünglichen 48% aus dem Jahr 1999 ein gewaltiger Schub der öffentlichen Aktivierung. Das „Memorandum Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“ und das Bundesprogramm „Aktiv im Alter“ befördern das Ziel, ein Leitbild des Aktiven Alters in den Kommunen zu implementieren oder zu festigen.

Der Freiwilligensurvey zeigt auch: Nach wie vor sind mehr Männer (40%) als Frauen (32%) bürgerschaftlich engagiert. Dies gilt insbesondere für den stark vom bürgerschaftlichen Engagement geprägten kommunalpolitischen Bereich. Die intensivere Einbeziehung von Frauen in die Zivilgesellschaft ist somit in den letzten Jahren nicht vorangekommen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich für Frauen die Frage der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und bürgerschaftlichem Engagement in besonderer Weise stellt. Frauenengagement trägt besonders die sozialen Bereiche der Zivilgesellschaft (Kindergarten, Schule, Soziales, Gesundheit, Kirche). Aber auch hier setzt sich die stärkere Beteiligung von Männern in der bevorzugten Besetzung von Führungspositionen fort.

Neben dem freiwilligen und individuellen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern spielt das gemeinnützige Engagement von Unternehmen eine immer bedeutendere Rolle. Kooperationen zwischen dem Dritten Sektor und Unternehmen eröffnen neue Perspektiven.

Aus diesen Befunden lassen sich folgende Herausforderungen herausarbeiten, denen auch im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 begegnet werden soll: Die steigende Zahl der Frauen und Männer jeden Alters und unterschiedlicher Herkunft, die sich grundsätzlich vorstellen können, sich zu engagieren, soll stärker in den Blick genommen werden. Dabei soll ein besonderer Fokus auf junge Menschen, Ältere und

Migrantinnen und Migranten gelegt und der oben dargestellte Geschlechterunterschied berücksichtigt werden. Wenn es gelingen könnte, einen Teil dieser Menschen für das bürgerschaftliche Engagement zu gewinnen, könnte dieses insgesamt erheblich gestärkt werden.

Vor diesem Hintergrund müssen die Rahmenbedingungen für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement besondere Beachtung finden. Dazu gehört unter anderem, die Passgenauigkeit der Angebote zu verbessern, Zugänge für engagementferne Gruppen zu öffnen sowie eine stärkere Berücksichtigung und Einbeziehung des Engagements in Einrichtungen und Institutionen zu ermöglichen und Freiräume für Engagement zu schaffen. Die Zahl der Engagierten, die ausreichend Spielraum für Mitbestimmung in ihrem Engagementfeld sehen, ist seit 2004 deutlich zurückgegangen (von 76% auf 68%). Hier müssen alle Akteure gemeinsam über neue Mitwirkungswege nachdenken. Freiwillige wünschen sich außerdem bessere Beratungs-, Informations- und Unterstützungsangebote sowie eine höhere Aufmerksamkeit und Anerkennung für ihre Aktivitäten. Netzwerke, die das Engagement und dessen Anerkennung befördern, leisten hier wichtige Arbeit.

Die Bundesregierung hat sich in dieser Legislaturperiode die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zur Aufgabe gemacht. Sie will die Bürgerinnen und Bürger noch stärker darin unterstützen, sich zu engagieren und die Gesellschaft mitzugestalten. Dafür hat sie eine Reihe von Vorhaben auf den Weg gebracht. Ihr Anliegen ist es, Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld zu etablieren. Zentraler Ansatz ist dabei ein partnerschaftliches Miteinander von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Ein wichtiges Ziel der Engagementpolitik ist die Erarbeitung und Umsetzung einer Engagementstrategie der Bundesregierung, mit der die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiter verbessert werden sollen und das Themenfeld ressortübergreifend und langfristig aufgestellt wird. Im Rahmen dieses Prozesses erfolgt eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft. Das vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) organisierte Nationale Forum für Engagement und Partizipation unabhängiger Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung berät die Bundesregierung in diesem Prozess.

Die Bundesregierung plant die Erarbeitung eines Freiwilligendienststatusgesetzes. Ein wesentliches Ziel dieses Gesetzesvorhabens ist es, die gesellschaftliche Anerkennung von Freiwilligen zu fördern und der begrüßenswerten Vielfalt an unterschiedlichen Freiwilligendienstformaten im In- und Ausland eine rechtliche Rahmung für mehr Rechtssicherheit und Transparenz zu geben.

Die Bundesregierung plant außerdem den quantitativen und qualitativen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste. Im Jahr 2009 haben 37.500 junge Menschen die Möglichkeit genutzt, ein Freiwilliges Soziales Jahr, ein Freiwilliges Ökologisches Jahr oder ein Freiwilliges Soziales Jahr in einem anderen Bereich (bspw. Kultur, Politik, Freiwillige Feuerwehr) zu beginnen. In Zukunft sollen noch mehr Jugendliche die Chance erhalten, einen solchen Lern- und Bildungsdienst zu leisten. Ein Anliegen der Bundesregierung ist außerdem, die Integration benachteiligter junger Menschen sowie von Migrantinnen und Migranten in die Jugendfreiwilligendienste fortzuführen. Um den Anteil von Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund an Jugendfreiwilligendiensten von den zuletzt ermittelten rund 7%<sup>2</sup> zu erhöhen, hat die Bundesregierung gezielte Maßnahmen ergriffen. Im Rahmen eines laufenden Projektes werden Migrantenorganisationen als Träger und Einsatzstelle für Jugendfreiwilligendienste qualifiziert und Jugendliche und junge Menschen mit Migrationshintergrund gezielt angesprochen.

Die Empfehlung des EU-Ministerrats zur Förderung der europäischen Mobilität junger Freiwilliger und die neue EU-Jugendstrategie sind handlungsleitend, um grenzüberschreitende Kooperationen in Europa zu befördern. Damit soll das große Interesse junger Menschen an einem freiwilligen Einsatz im europäischen Nachbarland bedient werden, das mit bestehenden Projekten, z. B. dem Europäischen Freiwilligendienst, nur in geringem Umfang verwirklicht werden kann. Eine besondere Zielgruppe der grenzüberschreitenden Aktivitäten sollen benachteiligte Jugendliche sein.

Die Bundesregierung plant außerdem die Weiterentwicklung der im Januar 2009 gestarteten Freiwilligendienste aller Generationen. Freiwilligendienste aller Generationen können neben Ausbildung, Beruf und Familie geleistet werden und sind besonders geeignet in biografischen Übergangszeiten: zwischen Schule und Beruf, auf der Suche nach einem Wiedereinstieg nach der Familienphase, während Zeiten der Erwerbslosigkeit oder beim Übergang in die nachberufliche Lebensphase. Freiwilligendienste aller Generationen sind ein wichtiger und zukunftsweisender Baustein einer modernen Engagementpolitik. Sie verknüpfen verlässliches Engagement mit Bildungs- und Orientierungsangeboten und stärken die Kommunikation und das Miteinander der Generationen. Mit den Themenschwerpunkten – 1. vermehrte Einbindung von Migrantinnen und Migranten, 2. frühzeitige Heranführung von Kindern und Jugendlichen an bürgerschaftliches Engagement und 3. Erfahrungswissen der älteren Menschen nutzen – bietet der Freiwilligendienst aller Generationen mit seinem flexiblen Profil und seinen vielfältigen Angeboten die Chance, die zentralen Zielgruppen für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen und nachhaltiges Engagementbewusstsein zu entwickeln.

Generationenübergreifendes Engagement zeichnet auch die 500 Mehrgenerationenhäuser aus, die seit 2006 in ganz Deutschland mit Unterstützung der Bundesregierung und Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds entstanden sind. Sie setzen auf das freiwillige Engagement auf „gleicher Augenhöhe“ zwischen Hauptamtlichen und freiwillig Engagierten. Sie bieten Menschen jeden Alters die Möglichkeit, ihre Kompetenzen einzubringen, sich für andere zu engagieren und gleichzeitig selbst davon zu profitieren. 65% der Häuser bringen die Generationen miteinander in Kontakt. Im Mehrgenerationenhaus haben Ältere z. B. die Chance, als „Großeltern“ für Kinder da zu sein, die nur noch selten ihre eigenen Großeltern sehen. Dies sind mehr als ein Drittel (36%) der Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis 14 Jahren, die Mehrgenerationenhäuser besuchen.

Die Bundesregierung fördert außerdem die Internetplattform [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de) (EiD), die seit August 2010 online ist. EiD ist ein virtueller Marktplatz für Engagement. Nutzerinnen und Nutzer aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Staat und Kommunen werden angesprochen. EiD ermöglicht damit eine Verknüpfung unterschiedlicher Akteure und Sektoren sowie zivilgesellschaftlich relevante Diskurse, Angebote und Praxishilfen. Zentrales Element der Plattform sind moderierte Themenräume, die Interaktion und Kommunikation ermöglichen. Engagierte können ihr Projekt vorstellen, neue Freiwillige finden, sich mit Gleichgesinnten austauschen und anderen Engagierten Erfahrungen mitteilen. Sie können die Plattform als ihr Netzwerk des Engagements nutzen. EiD ergänzt dabei bestehende Angebote der Kommunen bzw. der Freiwilligenagenturen.

Die Bundesregierung unterstützt die jährliche „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“, die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht. Die vom BBE organisierte bundesweite Aktionswoche ist ein Beitrag zur Anerkennung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Mehr als tausend Aktionen und Veranstaltungen fördern die öffentliche Aufmerksamkeit für den Einsatz der etwa 23 Mio. Freiwilligen in Deutschland und würdigen deren Leistung.

Auch die Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen der Länder und Kommunen bzw. die kommunalen Freiwilligenagenturen leisten einen bedeutenden Beitrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland.

Ab der 17. Legislaturperiode wird zukünftig in jeder Legislaturperiode über die Lage des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, über Entwicklungen, Trends und Herausforderungen ein Engagementbericht der Bundesregierung vorgelegt.

#### Administration

Freiwilliges Engagement wird auf allen staatlichen Ebenen in Deutschland unterstützt und gefördert. Bund, Länder und Kommunen führen in jeweils eigener Zuständigkeit Aktivitäten in diesem Bereich durch.

Die nationale Koordinierungsstelle beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird in der Vorbereitung, Planung und Durchführung des Jahres unterstützt von einer Geschäftsstelle, die ab 15. Juli 2010 bis 31. Mai 2012 arbeitet und bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) angesiedelt ist.

<sup>2</sup> Systematische Evaluation der Erfahrungen mit den neuen Gesetzen zur Förderung von einem freiwilligen sozialen Jahr bzw. einem freiwilligen ökologischen Jahr (FSJ/FÖJ-Gesetze) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ergebnisse der Evaluation des FSJ und FÖJ. Abschlussbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V., Köln/Berlin 2005.

## Konsultationsprozess und Einbezug relevanter Akteure der Zivilgesellschaft

### Konsultierte Stakeholder

Die Umsetzung des Jahres kann nur erfolgreich sein, wenn die nationalen Prioritäten von allen relevanten Akteuren, den Verbänden und Organisationen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, mitgetragen und unterstützt werden. Vor diesem Hintergrund wurde die Zivilgesellschaft in den Prozess der Erarbeitung des nationalen Programms und der Vorbereitung der Projekte einbezogen und aktiv beteiligt.

Ein wichtiger Partner bei der Vorbereitung und Planung war das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, ein Zusammenschluss von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft, insbesondere die im Januar 2010 neu gegründete Arbeitsgruppe 9 „Engagement und Partizipation in Europa“. Daneben wurden die übrigen Ressorts der Bundesregierung, die Bundesländer, Städte und Gemeinden sowie Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft beteiligt.

### Konsultationsprozess

Im Frühjahr 2010 wurden alle relevanten Akteure schriftlich über die Entscheidung des Rates zur Durchführung des Europäischen Jahres 2011 informiert und zur Mitarbeit eingeladen. Es wurde darum gebeten, die zuständigen Personen zu benennen und das Schreiben ggf. weiterzuleiten.

Im März 2010 hat die nationale Koordinierungsstelle den Bundesverband Deutscher Stiftungen ausführlich über die Ziele des Jahres, die Planungen zur Umsetzung in Deutschland und das weitere Verfahren unterrichtet.

Der zuständige Ausschuss des Deutschen Bundestages wurde im April 2010 schriftlich über die Ziele des Jahres und das weitere Verfahren informiert. Im April und Juni 2010 hat die nationale Koordinierungsstelle für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit an den Sitzungen der AG 9 des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement teilgenommen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer umfassend über den jeweils aktuellen Sachstand und das weitere Verfahren informiert. In den Sitzungen wurden auch erste Ideen für die Umsetzung diskutiert.

Im Rahmen der Bund-Länder-Kommunen-Arbeitsgruppe zum Thema „Engagement“ wurden im April 2010 die Bundesländer ebenfalls umfassend über den Sachstand und das weitere Verfahren informiert. Bundesressorts und Bundesländer wurden im Mai 2010 schriftlich gebeten, ihre im Rahmen des Europäischen Jahres geplanten Aktivitäten mitzuteilen.

Bei der deutschen Übersetzung des Slogans der EU-Kommission für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit wurden die o.g. Akteure im Rahmen einer breiten Abstimmung beteiligt, ihre Vorschläge wurden aufgegriffen und in den Prozess eingespeist. Die dabei abgestimmte Variante lautet: „Freiwillig. Etwas bewegen!“ Im Juli wurde ein Entwurf des nationalen Programms zur Kommentierung und Ergänzung an Bundesressorts, Länder, Kommunen und Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft geschickt. Zeitgleich wurde dazu aufgerufen, Vorschläge zur Umsetzung des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit in Deutschland einzureichen. Insgesamt wurden über 70 Projekte

vorgeschlagen. Die große und positive Resonanz zeigt, wie stark das Interesse und der Bedarf am Austausch zum Thema bürgerschaftliches Engagement ist und welche Bedeutung das Thema bürgerschaftliches Engagement gewonnen hat. Insgesamt acht Projekte wurden nach folgenden Kriterien ausgewählt:

- Verfolgung der Ziele des europäischen Programms des EJV 2011
- Übereinstimmung mit den nationalen Prioritäten des EJV 2011
- breite Beteiligung verschiedener Akteure
- Heterogenität der Akteure
- Impulse zur Weiterentwicklung
- Übertragbarkeit
- Nachhaltigkeit der Maßnahmen

Im Rahmen der Gesamtschau spielte zudem die thematische Ausrichtung und die regionale Verteilung eine Rolle.

### Nationale Prioritäten des EJV 2011

Für die Umsetzung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft werden vor dem Hintergrund der oben dargestellten nationalen Situation und der von der EU benannten Ziele für das Europäische Jahr folgende nationale Prioritäten gesetzt:

- Stärkung der Aufmerksamkeit und Anerkennung für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft
- besonderer Fokus: generationenübergreifende Aktivitäten
- gezielte Ansprache von Frauen, jungen Menschen, Älteren, Migrantinnen und Migranten
- Intensivierung des Austauschs mit Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft zur Verbesserung des Umfelds für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement
- Unterstützung einer besseren Vernetzung und Kooperation der Akteure und der Informationsangebote über bürgerschaftliches Engagement in Deutschland und Europa
- Initiierung eines regelmäßigen Dialogs zum bürgerschaftlichen Engagement auf EU-Ebene

Zur Umsetzung dieser Prioritäten ist die Durchführung einer Konferenzreihe mit voraussichtlich acht Veranstaltungen in ganz Deutschland geplant. Diese sog. Leuchtturmprojekte sollen dafür Sorge tragen, dass die Botschaft des Jahres möglichst viele Menschen erreicht und das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Bedeutung und den Wert von Freiwilligentätigkeiten gestärkt wird. Die Konzentration auf diese Projekte soll außerdem bewirken, dass die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft zusammenkommen und gemeinsam an der Umsetzung des Jahres mitwirken. Die geplante Konferenzreihe soll mit möglichst breiter Beteiligung der verschiedenen Akteure relevante Fragen vertieft bearbeiten und so die Vernetzung der Akteure unterstützen und zugleich inhaltliche Impulse zur Weiterentwicklung im Bereich Freiwilligenarbeit leisten. Dabei ist die Einbeziehung von

Ansätzen und Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern im Sinne des Voneinanderlernens ausdrücklich vorgesehen. Weiterhin ist die Durchführung einer Auftaktveranstaltung zu Beginn des Jahres in Berlin sowie einer Abschlussveranstaltung zum Ende des Jahres geplant. Die Auftaktveranstaltung soll das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 öffentlichkeitswirksam eröffnen und die Ziele des Jahres bekannt machen. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung soll eine erste Bilanz über die Umsetzung des Jahres in Deutschland gezogen werden und mit Blick auf die erwünschte Nachhaltigkeit über weitere Initiativen im Jahr 2012 nachgedacht werden.

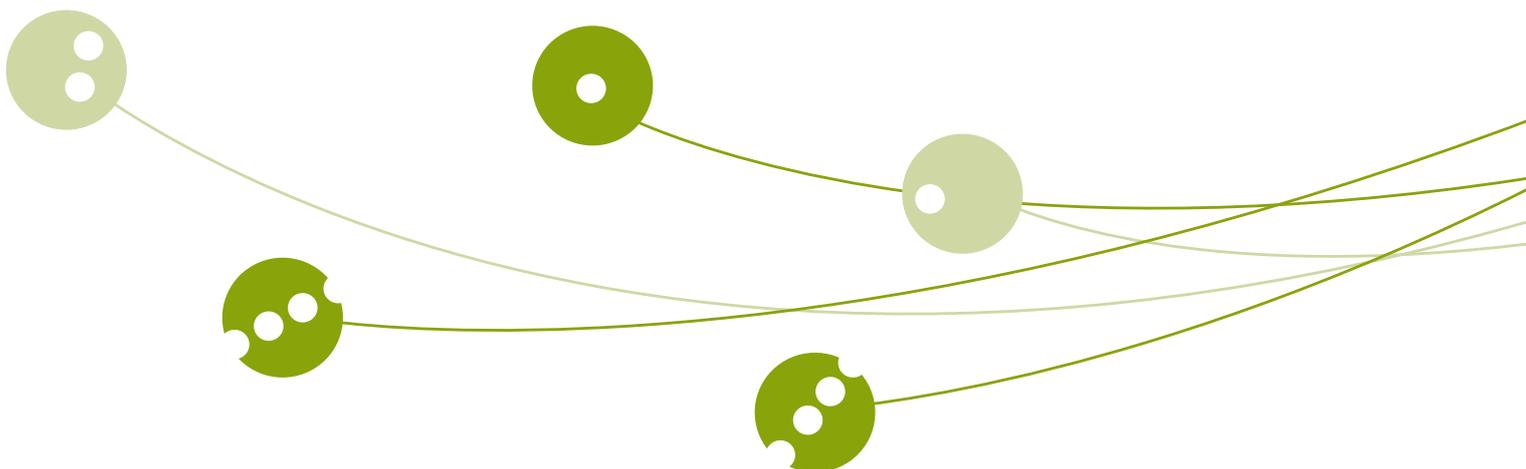
Bei allen geplanten Aktivitäten liegt ein besonderer Fokus auf generationenübergreifenden Aktivitäten sowie der gezielten Ansprache von jungen Menschen, Älteren, Frauen, Migrantinnen und Migranten. Zudem wird ein Schwerpunkt auf grenzüberschreitende Austausch- und Kooperationsprojekte und den transnationalen Transfer von Beispielen guter Praxis der Projektentwicklung und Engagementförderung gelegt. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktivitäten kann an die bestehende sehr gute Kooperation der Akteure im Rahmen der Entwicklung der Engagementstrategie des Bundes angeknüpft bzw. diese fortgesetzt werden. Europäische Netzwerke werden soweit möglich beteiligt. Es ist ausdrücklich erwünscht, dass die Vorbereitung und Umsetzung des Europäischen Jahres und die Engagementstrategie der Bundesregierung sich wechselseitig positiv beeinflussen und gegenseitig neue Anstöße liefern. Darüber hinaus ist geplant, eine Website einzurichten, die als Informations- und Kontaktbörse dient und eine Plattform zur Präsentation aller Projekte und Aktivitäten bietet, die im Rahmen des Europäischen Jahres in Deutschland stattfinden. Eine Kooperation mit der Plattform EiD wird angestrebt.

Darüber hinaus werden die Bundesregierung sowie die Länder und Kommunen im Jahr 2011 im Rahmen ihrer Arbeit weitere Aktivitäten durchführen oder unterstützen, die ebenfalls unter dem Dach des Europäischen Jahres stattfinden werden. Beispielfähig seien hier erwähnt:

- die bundesweite „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ vom 17. bis 26. September 2011
- eine Veranstaltung in der Europastadt Görlitz (D)/Zgorzelec (PL) mit dem Titel: „Sieben Brücken, die verbinden – Europäisches Engagement in den Ländern Polen, Tschechien, Österreich, Dänemark und Deutschland“ am 14. Juni 2011

Auch die Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligen sich mit vielfältigen eigenen Maßnahmen und Projekten an der Umsetzung des Jahres und werden damit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der nationalen Prioritäten leisten. Exemplarisch seien hier erwähnt:

- Internationale Fachtagung der Caritas zum Thema „Kirche und Sozialraum – Beispiele aktiver Bürgerschaft von Caritas und Pfarrgemeinden/Church and Community“ in Freiburg vom 30. Mai bis 1. Juni 2011
- „Deutsch-Polnische Fachtagung für Freiwilligenzentren. Das 14. Plenum des Verbunds Freiwilligenzentren im Deutschen Caritasverband“: Fachaustausch zum Freiwilligenmanagement in Deutschland und Osteuropa vom 24. bis 26. Mai 2011 in Frankfurt/Oder und Słubice
- eine Kampagne „Trilaterales Kooperationsprojekt 2011/2012“ des Bayerischen Jugendrings mit dem Ziel, Jugendarbeit als wichtiges und wertvolles Feld der Freiwilligentätigkeit junger Menschen zu kommunizieren (insbesondere Kompetenzerwerb durch eine qualitätsvolle Ausbildung der Engagierten)
- Ökumenische Tagung der Kirchen und ihrer Verbände in Erfurt vom 30. September bis 1. Oktober 2011
- „Engagement heute. Zukunftskongress Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit“ des DRK in Münster vom 28. bis 30. Oktober 2011
- die dreitägige Jahreskonferenz des Europäischen Freiwilligenzentrums (Centre Européen du Volontariat – CEV) vom 18. bis 20. Oktober 2011 in Berlin



## Beispiele guter Praxis (best practice)

### Auswahlverfahren

Beispiele guter Praxis, die mit innovativen Ansätzen auf die oben beschriebenen Herausforderungen reagieren, werden im Rahmen des Konsultationsprozesses sowie bei der Vorbereitung der Leuchtturmprojekte gesammelt. Es ist vorgesehen, dass sich diese Projekte auf einer für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 eingerichteten Website sowie bei den geplanten Veranstaltungen (z.B. Markt der Möglichkeiten) präsentieren können.

### Valorisierung

Die Beispiele guter Praxis werden auf der nationalen Website zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 präsentiert und stehen so anderen Interessierten als Informations- und Kontaktbörse zur Verfügung. Es ist geplant, eine Übersicht dieser Projekte in englischer Sprache zu erstellen, um diese auch in anderen Mitgliedstaaten bekannt zu machen und so den Austausch auf europäischer Ebene zu fördern. Darüber hinaus könnten auch bestehende Publikationsreihen und Kommunikationsmittel des Bundesfamilienministeriums, wie beispielsweise der Monitor Engagement, zur Präsentation von Beispielen guter Praxis genutzt werden.

## Kommunikation

### Maßnahmen

Mit der geplanten nationalen Auftaktveranstaltung in Berlin wird die Bundesregierung das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft öffentlichkeitswirksam starten.

Für die ausgewählten Projekte werden die Projektpartner eine eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit leisten, um möglichst viele Menschen vor Ort zu erreichen. So wird eine kontinuierliche, regionale Berichterstattung gewährleistet. Die Projektpartner werden außerdem gebeten, einen Link auf die Website zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft einzustellen.

Daneben wird eine enge Zusammenarbeit mit der für die europaweite Medienkampagne ausgewählten Agentur erfolgen.

Es wird außerdem eine eigene Website für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft eingerichtet, die über alle Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres informiert und damit insbesondere der Vielzahl an Projekten eine Plattform bieten wird, die nicht aus Mitteln des Jahres unterstützt werden können. Eine Kooperation mit EiD ist vorgesehen.

### Zeitplan

- Ende 2010: Start der nationalen Website
- Februar 2011: Auftaktveranstaltung
- September 2011:  
Woche des bürgerschaftlichen Engagements

- Oktober 2011:  
Deutsche Station der europäischen Freiwilligentour
- Dezember 2011:  
Abschlussveranstaltung, möglicherweise in Verbindung mit der Verleihung des Deutschen Engagementpreises

### Erwartete Ergebnisse und Wirkung

Bei der Umsetzung des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit 2011 in Deutschland wird die Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle spielen. Es wird erwartet, dass die im nationalen Programm geplanten Aktivitäten dazu beitragen, über das Jahr 2011 hinaus wichtige Anstöße zu geben.

Die geplanten Maßnahmen sollen in Deutschland einen deutlichen Impuls für eine stärkere Aufmerksamkeit und eine bessere Anerkennung der Bedeutung und des Werts von bürgerschaftlichem Engagement für die Gesellschaft geben. Die Vielfalt der Möglichkeiten, sich zu engagieren, soll sichtbar werden, Informations- und Beratungsangebote für potenziell Interessierte sollen bekannt gemacht werden. Der Austausch und die Kooperation mit Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft soll im Sinne eines partnerschaftlichen Miteinanders, getragen vom wechselseitigen Verständnis gefördert und vertieft werden, um die Herausforderungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gemeinsam zu bearbeiten, z.B. auch im Rahmen der Engagementstrategie.

## Nach 2011

### Langfristige erwartete Ergebnisse und Wirkung

Mittel- bis langfristig soll auf europäischer Ebene ein regelmäßiger Austausch der Mitgliedstaaten, europäischer Gremien und Netzwerke über das Thema bürgerschaftliches Engagement aufgebaut werden. Auf nationaler Ebene sollen die Rahmenbedingungen für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement mit dem Ziel verbessert werden, mehr Menschen zum Engagement zu ermutigen.

### Folgemaßnahmen

Die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, die mit enger Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft entwickelt und fortgeschrieben wird, kann wichtige Impulse aus der Umsetzung des Europäischen Jahrs aufgreifen und weiterführen.

## Monitoring und Berichterstattung

### Monitoring

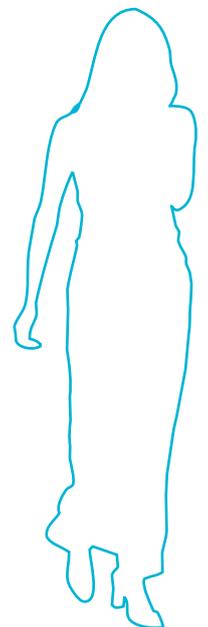
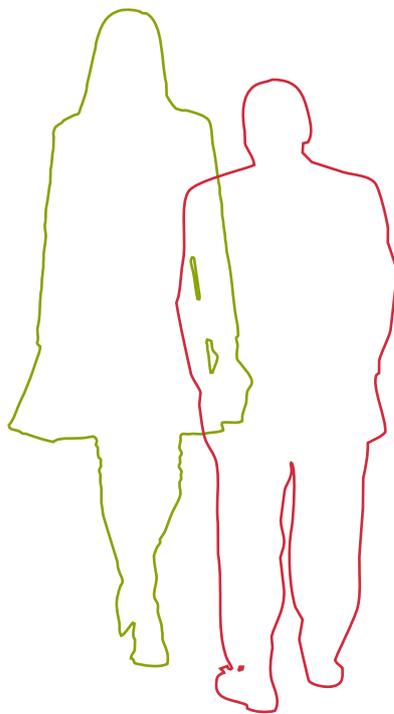
Die nationale Koordinierungsstelle im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die bei der BAGFW eingerichtete Geschäftsstelle werden in engem Kontakt zu den ausgewählten Projektpartnern stehen und sie vor und während der Durchführung der Aktionen im Rahmen der Leuchtturmprojekte unterstützen. Auf den Veranstaltungen wird jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der Koordinierungsstelle und/oder

der Geschäftsstelle anwesend sein. Die Projektpartner werden gebeten, Abschlussberichte über die durchgeführten Aktivitäten zu erstellen, die als Grundlage für den Bericht über die Durchführung des Jahres dienen. An der Erstellung des Berichts für die Kommission wird die Zivilgesellschaft beteiligt.

Von den einzelnen Projektpartnern werden auf der Grundlage des deutschen Haushaltsrechts Verwendungsnachweise für die durchgeführten Aktionen angefordert, da geplant ist, die Gelder über Zuwendungsbescheide an die Projektträger weiterzureichen. Der Verwendungsnachweis muss die zweckentsprechende Verwendung der Mittel nachweisen. Hierfür sind auch die entsprechenden Unterlagen einzureichen. Die Prüfung erfolgt im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

#### Evaluation

Im Rahmen des Abschlussberichts über die Umsetzung des Europäischen Jahres in Deutschland werden die Ergebnisse der Projekte vor dem Hintergrund der nationalen Prioritäten diskutiert und bewertet. Die Zivilgesellschaft wird an diesem Prozess ebenfalls beteiligt.



# Dokumentation der Nationalen Auftakt- veranstaltung



## „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011: Ziele und Erwartungen“

Am 21. Februar fand in Berlin die Nationale Auftaktveranstaltung des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit 2011 statt. Auf der Fachtagung „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011: Ziele und Erwartungen“ wurden die Chancen und Herausforderungen des Jahres abgesteckt und diskutiert. Im Rahmen der Veranstaltung leisteten prominente Gäste Beiträge zum Thema. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, in vier Workshops die Ziele des EJF 2011 zu diskutieren und dadurch Impulse für das Jahr zu geben. Außerdem wurden die „European Employee Volunteering Awards“ verliehen.







**Freifrau Donata Schenck zu Schweinsberg,  
Vizepräsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der  
Freien Wohlfahrtspflege:**

Liebe Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler,  
liebe freiwillig Engagierte!  
Sehr geehrte Bundesfamilienministerin,  
sehr geehrte Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Dr. Seiders,  
liebe Gäste,

im Namen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege begrüße ich Sie herzlich zur heutigen nationalen Auftaktveranstaltung des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit 2011.

Ich bedanke mich sehr, dass Sie, sehr verehrte Frau Bundesministerin, an der Veranstaltung teilnehmen und gleich zum Thema bürgerschaftliches Engagement sprechen werden. Im Namen der Bundesarbeitsgemeinschaft bedanke ich mich für die gute Kooperation mit dem Bundesfamilienministerium. Wir freuen uns sehr über das Vertrauen, das in die Freie Wohlfahrtspflege gesetzt wurde. Dies betrifft nicht allein den gemeinsamen Auftakt zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, sondern vor allem, dass nun bereits zum dritten Mal die Geschäftsstelle eines Europäischen Jahrs an uns übertragen wurde.

Bereits hinsichtlich des „Europäischen Jahrs der Chancengleichheit für alle“ im Jahr 2007 und dem darauffolgenden „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ können wir auf eine gemeinsame und gelungene Zusammenarbeit zurückschauen. Dies wollen wir auch im Jahr der Freiwilligentätigkeit fortführen, denn die Freie Wohlfahrtspflege, und als deren Sprachrohr die Bundes-

arbeitsgemeinschaft, ist eine wichtige Partnerin für die Politik in der Gestaltung von sozialgesellschaftlichem Engagement: Neben der Organisation sozialer Hilfen in Deutschland ist es ein selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit der Wohlfahrtspflege, die Zivilgesellschaft und das Gemeinwesen mitzuprägen.

An dieser Stelle möchte ich ganz herzlich Herrn Dr. Seiders begrüßen. Herr Seiders, Sie verbinden mit Ihren Erfahrungen als Bundesminister und Ihrer Präsidentschaft des Deutschen Roten Kreuzes, dem federführenden Verband der BAGFW, Politik und Wohlfahrtspflege auf besondere Weise.

Freiwilligentätigkeit hat also in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege eine besondere Bedeutung: Bereits über Generationen hinweg haben sich Menschen in den Strukturen der Wohlfahrtsverbände bürgerschaftlich für sozialpolitische Bedarfe und gegen Missstände engagiert. Bürgerschaftliches Engagement war und ist so ein innovativer Impuls und eine sozialpolitische Schubkraft für die Soziale Arbeit, die gesellschaftliche Entwicklung und damit auch für die Freie Wohlfahrtspflege.

Heute engagieren sich rund 2,5 bis 3 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den Organisationen, Einrichtungen und Projekten der Wohlfahrtsverbände, dazu gehören Freiwilligenagenturen und -zentren, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilzentren, Aktionen für ein Bleiberecht für Flüchtlinge oder lokale Aktionen für Spielplätze und vieles mehr. Dabei ist das Engagement innerhalb der Wohlfahrtspflege vor allem durch vier Formen geprägt:

Neben dem immer üblicher werdenden punktuellen, zeitlich begrenzten Freiwilligenengagement in gemeinwohlorientierten Einrichtungen und Projekten engagieren sich in der Freien Wohlfahrtspflege viele Menschen weiterhin im klassischen Ehrenamt, wie zum Beispiel in der Arbeit in den Verbandsgremien. Dabei identifizieren sie sich oft stark mit dem jeweiligen Verband und dessen historischen Wurzeln wie den Werten des Judentums, des

Christentums, des Humanismus oder der solidarischen Tradition der Arbeiterbewegung. Neben Ehrenamt und Freiwilligenengagement spielt in der Wohlfahrtspflege auch die Selbsthilfe eine wichtige Rolle. Eine besondere Bedeutung haben zudem die zurzeit stark diskutierten Freiwilligendienste. Durch die spezifische Kombination aus praktischer Arbeit und begleitender Bildungsarbeit sind sie Bildungs- und Orientierungsjahr und gleichzeitig ein Lerndienst für die Bürgergesellschaft.

Wichtig ist uns, dass wir bürgerschaftliches Engagement als etwas Eigenständiges begreifen und es von daher keine Konkurrenz zur hauptberuflichen Arbeit darstellt. Freiwilligkeit, Unabhängigkeit und Unentgeltlichkeit sind wichtige Prinzipien des bürgerschaftlichen Engagements, so unterschiedlich auch die Motive der Menschen für ihr Engagement sein mögen.

Bürgerschaftliches Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege hat als Beitrag zur Verbesserung von Hilfe durchaus auch eine wirtschaftliche Bedeutung, das soll nicht verschwiegen werden. Es ist aber, das möchte ich betonen, kein „Sparmodell“ als Ersatz für notwendige hauptamtliche, bezahlte Arbeit, sondern eine Ergänzung sozialer, gemeinwohlorientierter Tätigkeit.

Lassen Sie uns nun den Blick auf die europäische Ebene werfen. Im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit soll unter anderem das Vernetzen nationaler aber auch europaweiter Akteure im Vordergrund stehen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft ist hier bereits seit Jahren aktiv tätig. Wir sind Mitglied des Europäischen Komitees der Verbände von allgemeinem Interesse / Comité Européen des Associations d'intérêt Général (kurz: CEDAG) und sind so bereits in europäischen Netzwerken eingebunden. Die BAGFW ist somit – wie auch die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege über ihre eigenen europäischen Netzwerkzugänge wie zum Beispiel Eurodiaconica, Solidar oder AGE – Teil der sogenannten EJV 2011 Allianz. Diese Allianz ist ein Zusammenschluss von über 30 europäischen Netzwerken und Dachverbänden, die eine Lobbykampagne für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit initiiert und es dadurch bereits im Jahr 2011 ermöglicht haben. Die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland ist in den Arbeitsgruppen der Allianz, die über das Jahr hinweg eine politische Agenda für Freiwilligentätigkeit in Europa entwickeln wollen, beteiligt.

Darüber hinaus nehmen wir als Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss Einfluss auf die Europapolitik und haben auf diesem Weg den Beschluss des Europäischen Rates, das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit auszurufen, begleitet.

Liebe Gäste,

klar ist, dass die Freie Wohlfahrtspflege keinen Alleinvertretungsanspruch für das Thema Freiwilligentätigkeit hat. Sie alle stehen für verschiedene Organisationsformen und Bereiche, in denen sich Bürgerinnen und Bürger mit vielfältigen Aktivitäten engagieren. So ist – Ihnen sicher allen bekannt – der Sport das Feld, in dem sich die meisten Menschen engagieren. Soziales Engagement, das den Schwerpunkt der Freiwilligenarbeit in der Wohlfahrtspflege ausmacht, ist einer der großen Engagementbereiche. Der Umwelt- und Naturschutz sei als weiteres Beispiel genannt, in dem sich immer mehr Menschen einsetzen. Bei der den heutigen Tag abschließenden Podiumsdiskussion wird es darum gehen, die Erwartungen an das Europäische Jahr der Freiwilligen-

tätigkeit aus diesen verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Herr Grübel, Vorsitzender des Unterausschusses bürgerschaftliches Engagement, den ich hiermit herzlich begrüßen möchte, wird dabei die Sicht der Legislative einbringen.

Auch auf die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements durch Stiftungen und Unternehmen möchten wir heute einen Blick werfen: In vielen Fällen wird die Freiwilligentätigkeit vor Ort erst durch Ihren Beitrag ermöglicht. Einige beispielhafte Unternehmen werden wir bei der Preisverleihung der European Employee Awards kennenlernen. In Deutschland werden die Awards durch die Generali Deutschland Holding AG unterstützt. Herzlich willkommen heiße ich daher Herrn Schmallenbach als Vorstandsmitglied der Generali Holding AG. Über Stiftungen werden wir unter anderem von unserem Gast Herrn Dr. Eichert, Vorstand der Herbert-Quandt-Stiftung, erfahren. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.

Nicht zuletzt möchte ich auch auf den stetigen engagementpolitischen Einsatz und die wichtige Netzwerkarbeit des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement verweisen. Meines Erachtens nach hat das Bundesnetzwerk in den letzten Jahren sehr viel dazu beigetragen, dass bürgerschaftliches Engagement als eigenständiges Politikfeld angesehen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass uns der heutige Tag eine Fülle von Anregungen geben wird, wie wir gemeinsam das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit umsetzen und nutzen können. Ich wünsche Ihnen allen einen erfolgreichen Austausch und motivierende Gespräche.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Es gilt das gesprochene Wort.)



**Dr. Rudolf Seiters,  
Präsident des Deutschen Roten Kreuzes:**

### **Bürgerschaftliches Engagement in Europa**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schröder,  
sehr geehrte Damen und Herren!

I.  
Ich will mich zunächst bedanken, dass Sie anlässlich dieser Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit einem Repräsentanten der Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben, einen Grundsatzbeitrag zum Thema bürgerschaftliches Engagement in Europa zu leisten – als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, der Teil einer europäischen, ja sogar Teil einer universellen Engagement- und Wertegemeinschaft ist, in welcher fast 13,1 Millionen Menschen freiwillig, aktiv, ehrenamtlich tätig sind, und die somit das weltweit größte humanitäre bürgerschaftliche Netzwerk bilden, darunter das DRK mit 4 Millionen Mitgliedern und 400.000 aktiven ehrenamtlichen Helfern.

Wenn gesagt wird, dass ohne das persönliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger kein Staat zu machen ist, und dass auch Europa ohne bürgerschaftliches Tun nicht existieren kann, dann klingt das heutzutage fast wie eine Binsenwahrheit, auch wenn manchmal der Eindruck erweckt wird, als wäre bürgerschaftliches Engagement eine Erfindung der Politik der letzten Jahre. Dabei wissen wir alle, dass schon die alten Griechen erkannten, dass die Angelegenheiten eines Staates nicht das Privileg Weniger, sondern das Recht Aller sind, um Perikles zu zitieren.

So blickt meine eigene Organisation auf eine mehr als 150-jährige Geschichte des bürgerschaftlichen Engagements zurück, der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg wäre ohne die Eigeninitiative der Menschen nicht gelungen, dem friedlichen, zivilen Engagement der Bürger in der DDR verdanken wir den Mauerfall, und ohne den Wegfall der Blöcke, der letztlich auf das Freiheitsbestreben der Menschen in Ländern wie Polen und Ungarn zurückzuführen ist, wäre Europa heute nicht das, was es ist: nämlich keine Erfindung der Brüsseler Bürokratie, nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern inzwischen – zumindest im Bewusstsein vieler ernst zu nehmender Menschen – eine Wertegemeinschaft, in der ziviles Engagement eine zentrale gemeinschaftliche Tugend darstellt, wenn sie auch in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich ausgeprägt ist.

Vermutlich spielt es eine Rolle, dass in den letzten Jahrzehnten bislang funktionierende soziale Milieus, wie sie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften darstellten, zunehmend ihre bindende Kraft und Funktion verloren, und zwar überall in Europa, während auf der anderen Seite zahlreiche neue Vereine und Initiativen entstehen. Ein Wandel in der Vereinslandschaft ist festzustellen, unter anderem auch Ausdruck dafür, dass viele Menschen sich nicht mehr, oft lebenslang, einer bestimmten Gemeinschaft zugehörig fühlen wollen, sondern eher mehrere Angebote für jeweils spezifische Interessen vorziehen, wo Bürgerinnen und Bürger vermehrt außerhalb der traditionellen Institutionen anfangen, sich um Gemeinwohlintressen zu kümmern. Auch die zahlreichen Debatten um mehr Bürgerbeteiligung spiegeln das wider. Dennoch: Wenn zwei Drittel der Gesellschaft sich noch nicht engagieren, für das Gemeinwohl oder für andere Menschen, die Hilfe brauchen, so wird deutlich, wie wichtig dieses Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit sein kann, aber auch, dass es offensicht-

lich noch viele Hürden gibt, die jüngere oder ältere Menschen, Hartz-IV-Empfänger oder Menschen mit Migrationshintergrund hindern, sich ehrenamtlich zu betätigen. Das sollten wir schon an konkreten Beispielen untersuchen.

## II.

Frau Ministerin Schröder hat in ihrer Rede die Ziele des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit 2011 skizziert und auch die Engagementstrategie der Bundesregierung, nämlich

- die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in der EU,
- die Stärkung des Potenzials der Organisatoren von Freiwilligentätigkeiten zur Verbesserung der Qualität von freiwilligem Engagement,
- die Anerkennung von Freiwilligentätigkeit und
- die Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung eines solchen Engagements als Ausdruck einer aktiven Bürgerbeteiligung.

Nun wissen wir, dass die Umsetzung dieser Ziele nicht so ganz einfach ist, weil sich in den einzelnen Staaten das Ehrenamt unterschiedlich darstellt, auf unterschiedlichen Traditionen fußt, unterschiedliche Strukturen aufweist und die jeweilige zivile Gesellschaft, der sogenannte Dritte Sektor, ganz unterschiedlich politisch eingebunden ist.

Die Anzahl der Engagierten in den jeweiligen Staaten variiert deutlich: sehr hohes Engagement in den Niederlanden, in Österreich und Schweden, dann kommen Deutschland, Dänemark und Finnland, bei weniger als 10% findet Engagement in Bulgarien, Griechenland, Italien und Litauen statt.

Nur wenige Länder verfügen über eine nationale Strategie für Freiwilligentätigkeit, und noch weniger Länder haben entsprechende Ziele festgelegt. Es gibt keinen einheitlichen Ansatz für die Regulierung der Freiwilligentätigkeit, und für die meisten Freiwilligenorganisationen in der EU stellt die Finanzierung eine erhebliche Herausforderung dar.

Auf der anderen Seite geht eine jüngst erschienene EU-Studie<sup>1</sup> jetzt wieder von einem Ansteigen des Ehrenamtes aus, die Zahl der Freiwilligenorganisationen sei im vergangenen Jahrzehnt deutlich gestiegen. So wird es jetzt entscheidend darauf ankommen, immer wieder deutlich zu machen, dass bürgerschaftliches Engagement zu sozialer Integration führt, dass durch Aus- und Fortbildung Fertigkeiten gewonnen und trainiert werden, die auch dem beruflichen Fortkommen dienen, dass Freiwilligentätigkeit zur Beteiligung an der örtlichen Entwicklung führt und eine aktive, demokratische Bürgerschaft auf vielen Feldern schafft, die den Menschen insgesamt zugutekommt.

## III.

So ist aus meiner Sicht zu begrüßen, dass die Bundesregierung den innereuropäischen Austausch zu engagementpolitischen Fragen fördern und die Rolle des Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit und den Austausch von Freiwilligen in Europa stärken will – ich hoffe, im Sinne der vorhin erwähnten Studie der EU-Kommission, die quasi einen Steinbruch von en-

agementpolitischen Fragestellungen enthält, die in den Fokus bei entsprechenden Veranstaltungen gestellt werden sollten.

Stichwortartig zählen dazu:

- Die Verbesserung des rechtlichen und des politischen Rahmens zur Unterstützung der Freiwilligentätigkeit;
- klarere EU-Regeln zu öffentlicher Beschaffung und zur Dienstleistungsrichtlinie;
- die Förderung der Anerkennung von Freiwilligentätigkeit;
- die Schaffung von Infrastrukturen für die Freiwilligentätigkeit;
- die angemessene Schulung und Fortbildung der Freiwilligen;
- sowie die Unterstützung für freiwilliges Engagement von Unternehmen.

Besonders anzuerkennen ist in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung neue Möglichkeiten des Austausches für Menschen aller Generationen gemeinsam mit den Nachbarstaaten prüfen will.

Ein guter Ansatz der Bundesregierung ist auch, das Xenos-Programm zu nutzen, um bürgergesellschaftliche Strukturen in Kommunen und im ländlichen Raum zu fördern. Hinsichtlich möglicher demografischer Veränderungen im ländlichen Raum, z. B. Nachzug von Menschen aus dem Ausland und aus Mitgliedsstaaten der EU in Abwandergebiete, ist dort eine Offenheit für Zuwanderung und gestärkte Kompetenz zur Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen der lokalen Bevölkerung unerlässlich.

Mit Blick auf die Jugend begrüße ich auch, dass die Bundesregierung bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf langfristig wirkende Methoden setzen will. Aber die Fokussierung auf Jugendliche, die individuell beeinträchtigt oder benachteiligt und nicht in Verbänden organisiert sind, sollte nicht zu Lasten der Jugendlichen gehen, die sich bereits verbindlich und langfristig engagieren. Dies würde auch der Zielstellung der Bundesregierung selbst widersprechen.

Für uns im DRK wäre es übrigens ein logischer Schritt, wenn die Erkenntnis der Bundesregierung, dass das Interesse an einem europäischen Freiwilligenengagement von Haupt- oder Realschulabgängern mit Migrationshintergrund höher als das Angebot ist, zu einer Erweiterung des Programms JUGEND in AKTION führen würde.

## IV.

Alle diese Fragen diskutieren wir vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Veränderungen in unserer Gesellschaft.

In Deutschland geht die absolute Zahl der Einwohner in den nächsten 25 Jahren um bis zu fünf Millionen zurück. Innerhalb dieser geringeren Zahl an Einwohnern wird zudem der Anteil der 20- bis 65-Jährigen von 61% auf ca. 53% sinken und der über 65-Jährigen von 21% auf 31% steigen. Eine aktuelle prognos-Studie rechnet damit, dass bereits in 20 Jahren ca. fünf Millionen Arbeitskräfte fehlen werden. Somit wird einer steigenden Zahl von Hilfsbedürftigen eine sinkende Zahl von potenziell hilfefähigen Menschen gegenüberstehen.

<sup>1</sup> Study on Volunteering in the European Union, Executive Summary, Brüssel, 2010.

Neben den großen Veränderungen in der Alterspyramide der Bevölkerung vollzieht sich seit Jahren ein weiterer Wandel bei der inneren Zusammensetzung unserer Bevölkerung. Der Anteil an Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, auch Migrationshintergrund genannt, steigt kontinuierlich. Wir gehen heute von ca. 15 Millionen Menschen in dieser Bevölkerungsgruppe aus. Da im Gegensatz zur traditionell deutschen Bevölkerung bei den Zuwanderern die Geburtenrate signifikant höher ist, wird zumindest in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anstieg absolut und umso mehr prozentual zu rechnen sein. Was bedeutet dies für die Organisationen in der Zivilgesellschaft?

1. Wie erreichen wir, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund zukünftig vermehrt engagieren, um auch „ihre“ Gesellschaft mitzugestalten? Das Deutsche Rote Kreuz hat das Thema „Interkulturelle Öffnung“ in sein Schwerpunktprogramm für die kommenden Jahre aufgenommen. Die Bedeutung einer gelingenden Integration zugewandeter und zuwandernder Menschen nach Deutschland kann gar nicht überschätzt werden, weil gelungene Integration der wichtigste Schritt zur Prävention ist, und weil wir diese Menschen als aktive Mitbürger für das Gelingen der Zivilgesellschaft brauchen. So haben wir unter anderem ein Qualifizierungsprogramm vor allem für hauptamtliche Mitarbeiter in den Kreisverbänden aufgelegt, um deren Kompetenzen für die interkulturelle Arbeit zu verbessern; außerdem werden sämtliche Ausbildungs- und Lernunterlagen daraufhin abgeklöpft, ob sie den interkulturellen Ansprüchen genügen. Wir nutzen natürlich auch die Freiwilligendienste, deren Zahl im Gegensatz zu früheren Jahren, als es nur einzelne mit staatlichem Begleitrahmen versehene Freiwilligendienste, zuvorderst das Freiwillige Soziale Jahr, gab, mittlerweile erheblich gestiegen ist. Dazu gekommen sind:

- das Freiwillige Ökologische Jahr,
- das Förderprogramm weltwärts,
- der Europäische Freiwilligendienst,
- das Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“
- und ganz aktuell der Bundesfreiwilligendienst, über den aktuell beraten wird.

Wir hoffen und erwarten, dass der Bund die Ausgestaltung dieser Dienste, insbesondere auch den neu zu schaffenden Bundesfreiwilligendienst, im engen Schulterschluss mit den Organisationen konzipiert, die Beschäftigungsstellen unterhalten.

2. Engagementpolitik, ob europaweit oder national, muss auch immer prüfen, ob und inwieweit bürgerschaftliches Engagement durch eine zunehmende gesetzliche Regelungsdichte beeinträchtigt wird. Immer mehr und immer kompliziertere Gesetze und Verordnungen betreffen die verschiedensten Lebensbereiche, haben aber auch Auswirkungen auf die Organisationen und Verwaltungen in der Bürgergesellschaft und auch auf das Ehrenamt selbst.

Ich nenne nur einige Beispiele dieser Veränderungen, die das Ehrenamt und seine Organisation z. B. im DRK betreffen:

- das Medizinproduktegesetz,
- Lebensmittelhygienevorschriften,
- der Europäische Führerschein,
- Datenschutzbestimmungen,
- Regelungen für den Umgang mit Gefahrstoffen und elektrischen Geräten,
- Regelungen für das Einweisen in Fahrzeuge und Fernmeldegeräte
- und die Arbeitsschutzvorschriften, die die Berufsgenossenschaften immer stärker auch auf das Ehrenamt ausdehnen wollen.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich rede hier nicht einer Sorglosigkeit im Ehrenamt das Wort. Aber allein die Zunahme an Dokumentationspflichten in diesem Bereich – und das vor dem Hintergrund steigender Helferfluktuation – ist gigantisch.

#### V.

Schließlich: bürgerschaftliches Engagement findet im Wesentlichen auf lokaler Ebene statt. Der Bund hat nur begrenzte Möglichkeiten, lokales Engagement direkt zu fördern. Umso wichtiger wären für die Strategie der Bundesregierung ganz konkrete Aussagen zur Verbesserung gesetzlicher oder struktureller Rahmenbedingungen in jenen Bereichen, die in die Bundeskompetenz fallen. Hierzu haben die Dialogforen des Nationalen Forums für Partizipation und Engagement 2009 und 2010 aber auch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Deutsche Verein oder die BAGFW zahlreiche Empfehlungen erarbeitet. Beispielhaft genannt seien der Bereich der Infrastrukturförderung, die Reform des Gesetzes zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Gesetze zur weiteren Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts, zum Vereinsrecht, zum Versicherungsschutz und zum Zuwendungsrecht. Und da Engagement in Form einer Geld- oder Sachspende oftmals steuerlich abgesetzt werden kann, die Zeitspende aber nicht, würde ich es begrüßen, wenn die Bundesregierung bei anstehenden Reformen dieses Missverhältnis prüfen würde.

Und noch einmal: Werben wir gemeinsam im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich und im beruflichen Leben dafür, dass Arbeitgeber Kompetenzen, die man im bürgerschaftlichen Engagement erworben hat, in ihrer Personalverantwortung anerkennen. Die ehrenamtliche Arbeit muss als berufliches Praktikum und als Weiterbildung akzeptiert werden und bei Bewerbungen und der Zulassung zum Studium Berücksichtigung finden. Sowohl Behörden als auch Unternehmen müssen erkennen, dass Mitarbeiter, die sich ehrenamtlich einsetzen und damit eine Verantwortung übernehmen, auch wichtige Mitarbeiter im Betrieb und in der öffentlichen Verwaltung sind.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche der heutigen Veranstaltung einen weiteren guten Verlauf!

(Es gilt das gesprochene Wort.)



**Dr. Christof Eichert,  
Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung:**

**Wie kann ein Europäisches Jahr zur Engagementförderung in Deutschland beitragen?**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich danke, dass ich an der Nahtstelle zwischen wichtigen grundsätzlichen Reden und der praktischen Arbeit am Nachmittag zu Ihnen sprechen kann. Sie wissen, dass ich bis Ende des vergangenen Jahres in Düsseldorf eine Ministerialabteilung leiten durfte, die sich den wichtigen gesellschaftspolitischen Themen und dabei auch der Engagementförderung gewidmet hat. Nun leite ich eine Stiftung, die sich in besonderer Weise dem Bürgersinn und bürgerschaftlichen Engagement widmet.

Nach den Grundsatzreden möchte ich Sie ermutigen, den Weg zum eigenen Diskutieren am Nachmittag zu finden. Doch bevor Sie engagiert losstürmen, um sich spannenden Fragen um PR für das Engagement in Kommunen, die Gewinnung engagementferner Zielgruppen, die Vernetzung in Deutschland und Europa und die Engagementförderung durch Unternehmen und Stiftungen zu widmen, will ich Sie bitten, innezuhalten und einige Gedanken mit mir zu teilen.

Zu Beginn eine Frage: Was ist unsere eigene Position, wenn wir andere zum Engagement gewinnen oder stärken wollen? Wer sind eigentlich „wir“? Der „Staat“, der um Hilfe ruft? Wir „Beruf engagierten“, die ihre Aufgaben sichern wollen und dazu freiwillig Engagierte brauchen?

Wer sind vor allem jene, die wir mit unseren Überlegungen und Erwartungen ansprechen und zu mehr Engagement bewegen

wollen? Sind es die „nützlichen Idioten“ wie es die Süddeutsche Zeitung vor einem Monat in einem Beitrag schrieb? Und geht es um einen „Sparstrumpf“ für klamme öffentliche Haushalte, eine neue BEK, gleich bürgerschaftliche Ersatzkasse? Überdies: Sind die Freiwilligen in ihrem Einsatz eher Störer im Betriebsablauf der seit Jahrzehnten tätigen Helferstrukturen, der Profis einer staatlich finanzierten Wohlfahrt?

Die überwiegende Mehrheit in unserem Land schreibt dem vielfältigen Engagement im Ehrenamt große Kraft und gesellschaftlichen Nutzen zu. Wir alle wissen um die Bedeutung der Freiwilligen für die gesellschaftliche Kultur in unserem Land. Die Reden und ausgezeichneten Beispiele heute Vormittag beleuchten diese Bedeutung erneut eindrucksvoll. Eine andere Meinung zeigt sich aber gegenüber denen, die immer wieder öffentlich fragen, wie man noch mehr bürgerschaftliches Engagement bewirken kann. Vor allem engagierte Menschen selbst bewegt die Sorge, sie könnten „nützliche Idioten“ in einem ihnen fremden System sein. Der erwähnte Beitrag der SZ ist Echo dieser Befürchtung.

Welche Botschaften über uns und unsere Motive geben wir mit unseren Beiträgen zum Thema Freiwillige? Sind wir Botschafter eines geschwächten Staates auf der Suche nach „Ersatz(dienst-)leistern“? Oder reden wir am Beginn dieses Europäischen Jahres auch über eine bürgerschaftliche Haltung?

Der Zuhörer nimmt die Suche nach dem engagierten Bürger vor allem aus dem Mund der kleinen und großen Politik wahr. Am Tag des Ehrenamtes erklingen wohlmeinende Lobesworte, die meist am nächsten Tag verstummt sind. An ihre Stelle treten in den Haushaltsdebatten besorgte Äußerungen darüber, welche laufenden Aufgaben die öffentlichen Kassen nicht mehr finanzieren können. Nun müssten sich – so die allseits beschworene Formel – eben die Bürger stärker engagieren. Selbst wenn die finanziellen Sorgen absolut berechtigt sind, wirkt der routinierte

Appell bei den Engagierten fatal. In ihrer Vielzahl und immergleichen Wiederholung erwecken die wohlfeilen Handlungsaufforderungen und guten Zureden an die Bürger den Eindruck, in den Freiwilligen sei eine Ersatzkasse gefunden. Echte Wertschätzung sieht anders aus!

Veränderungen beginnen damit, dass wir erkennen, was uns gemeinsam prägt und bewegt. Dabei ist unsere kollektive Erfahrung zum Thema Engagement durch die Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft geprägt – durch ein Verhältnis also, das sich kontinuierlich von der engagierten Bürgerschaft weg und zum staatlich finanzierten und institutionell organisierten öffentlichen Wohl hin entwickelt hat. Viele Aufgaben sind in den letzten Jahrzehnten in hauptamtlich-professionelle Strukturen geleitet worden, wo sie sicher gut erledigt wurden, nun aber einen zu großen Brocken für zu kleine Kassen darstellen.

Wir haben uns an diese für den Bürger nur scheinbar komfortable Aufgabenerledigung gerne gewöhnt. Die öffentlichen Hände würden schon dafür sorgen, dass aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllt werden. Der Gedanke ist zunächst durchaus systemkonform: Das deutsche Gesellschafts- und Sozialsystem ist im Prinzip darauf aufgebaut, dass der Staat das öffentliche Wohl definiert und mit Steuergeldern das Wohlergehen seiner Bürger garantiert, indem er umverteilt.

In Deutschland gilt der Grundsatz „Freiheit und Wohlfahrt durch den Staat“. In den Vereinigten Staaten gilt der Grundsatz „Freiheit vom Staat“ und sogar im erstaunlich großen Umfang „Wohlfahrt durch Wohltat“. Von diesem amerikanischen Prinzip können wir in Deutschland sicher viel lernen. Aber: Ein US-amerikanischer Bürger hat quasi schon mit der Muttermilch ein anderes Verständnis für Wohlfahrt, Engagement und Spendenbereitschaft aufgenommen als sein deutscher Zeitgenosse. Dieser ist eher geprägt von einem Denken, das mit den Bismarck'schen Sozialreformen einsetzt. Deshalb ist es für mich – bei allem, was wir in Deutschland vom Bürgersinn der Amerikaner lernen können – problematisch, beide Systeme zu vermischen und die Beispiele für philanthropisches Verhalten in den USA auf unser Land zu übertragen. Wir brauchen unseren eigenen Weg.

Bei der Suche nach diesem Weg geht es um eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen Bürgergesellschaft und Staat. Beide Teile sind unersetzlich und aufeinander angewiesen. Sie begegnen sich in einem demokratisch-republikanisch verfassten Staat auf Augenhöhe. Das hat Konsequenzen für beide Seiten: Der Bürger gibt Rechte und Pflichten an demokratisch legitimierte Institutionen ab. Die öffentlichen Hände aber erkennen im Gegenzug die Selbstbestimmung und Selbstorganisationskraft der Bürger bei der Erfüllung von Aufgaben innerhalb der Bürgergesellschaft an. Für die Administration folgt daraus das Gebot der Zurückhaltung. Sie muss akzeptieren, dass Bürger eine eigene Sicht auf ihre Anliegen haben, ihre Interessen formulieren und die zur Realisierung nötigen Freiräume beanspruchen.

Die öffentliche Hand muss sich auch damit abfinden, dass die angebotenen Freiräume für bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe nicht von jeder Person gleichermaßen genutzt werden und bürgerschaftliche Angebote nicht für jeden gleichermaßen zugänglich sein können. Zudem gilt es zu akzeptieren, dass solche Angebote aus der Mitte der Zivilgesellschaft manchmal nur

auf Zeit existieren und in anderen Perioden eine Lücke klafft, bis sich erneut Menschen finden, die aktiv werden, um diese Lücke zu schließen.

Es bedarf auch eines neuen Selbstverständnisses der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in öffentlichen Verwaltungen und Wohlfahrtsverbänden. Sie müssen bürgerschaftliches Engagement akzeptieren, begleiten und unterstützen, anstatt es bewusst oder unbewusst zu lenken. Ein solches Verständnis einer unterstützenden öffentlichen Hand im Vergleich zu einer dirigierenden öffentlichen Hand muss zu einer persönlichen Haltung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden. Ein Helfersyndrom mit der stillen Botschaft, die öffentliche Hand könne eigentlich alles viel besser erledigen, es fehle nur am notwendigen Steuergeld, ist falsch.

Bei der Suche nach einer neuen Balance müssen auch die von den öffentlichen Händen alimentierten Träger der Wohlfahrtspflege zu einer echten Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und ehrenamtlich Engagierten ermutigt werden. Wir brauchen eine ernst gemeinte Koordination von professionell-hauptamtlicher Arbeit und freiwilligem Engagement. Ansonsten könnte man, so die Süddeutsche Zeitung in ihrem Beitrag, ja als öffentliche Hand auch kommerzielle Anbieter als Dienstleister beauftragen.

Ganz generell ist meine Überzeugung, dass Dienstleistungen, seien sie nun vom Staat oder den Wohlfahrtsverbänden wahrgenommen, eine ganz andere Qualität bekommen, wenn sie aktiv von Bürgern mitgestaltet werden. Das muss nicht heißen, dass sie von Engagierten statt Hauptamtlichen übernommen werden. Es ist eine Frage der Beteiligung bei der Entwicklung und Gestaltung solcher Leistungen. Der Anspruch auf eine aktive Mitgestaltung der Gesellschaft ist das Selbstverständnis der meisten engagierten Menschen. Es ist klar, dass diese Haltung nicht bequem ist. Aber viele Kollegen, die sich aufgemacht haben, dies zu beachten, berichten, dass genau diese Form von Engagement eine Vitalisierung von kommunaler Selbstverwaltung und repräsentativer Demokratie bedeutet. Und aktuelle Ereignisse in unserem Land zeigen, was passiert, wenn man sich dieser Partizipationsdebatte nicht stellt.

Bei der Entwicklung von Modellen für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Institutionen und engagierten Bürgern können Stiftungen und sozial engagierte Unternehmen hilfreich und innovativ sein. Zwar sind sie bei noch so gutem Willen nicht in der Lage, die knappen Kassen zu füllen oder zu ersetzen. Selbst alle verfügbaren Bar-Mittel der deutschen Stiftungen eines Jahres reichen zusammengenommen nicht einmal aus, um die laufenden Kassenkredite der drei am höchsten verschuldeten nordrhein-westfälischen Großstädte auszugleichen.

In ihrer Eigenschaft als eigenständige Akteure sind sie jedoch in der Lage, unabhängige Partner der Bürgerschaft zu werden. Dabei können und wollen sie Menschen helfen, ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Stiftungen möchten Bürgern mit Initiativkraft Entwicklungen ermöglichen, die sie ohne die Stiftung zwar angestrebt, aber nicht hätten realisieren können.

Unser Verständnis als Herbert Quandt-Stiftung ist nicht darauf ausgerichtet, anderen zu beweisen, dass manche Arbeit der öffentlichen Hände besser gehen könnte. Wir wollen aktive Men-



schen begleiten und unterstützen, die für sich erkannt haben, wie wichtig ihnen Solidarität und Nächstenliebe ist.

Diese Haltung, etwas für die Gemeinschaft unternehmen zu wollen, ist es, die uns anspornt. Gestehen wir dabei engagierten Menschen das Vertrauen und die Autorität zu, die sie in sich tragen. Engagierte Bürger handeln ganz ohne Amt aber mit großer Persönlichkeit; ganz ohne übertragene Insignien aber mit viel Ausstrahlung und ansteckender Begeisterungsfähigkeit. Es geht ihnen und uns nicht darum, wer zuständig ist – diese Kategorie passt nicht zum Thema –, sondern darum, wer Verantwortung übernimmt.

Die Herbert Quandt-Stiftung – und mit ihr viele andere Stiftungen und Unternehmen – würdigt mit ihren Projekten die Initiativkraft des Einzelnen und die Einsatzbereitschaft für Andere. Wir wollen mit unserem Wirken dazu beitragen, das Ideal des eigenständigen Bürgers zu fördern: Wir möchten Menschen anregen, ihre individuellen Begabungen zu entfalten und Verantwortung für sich sowie für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Der Bürger als der Unternehmer seiner eigenen Sache, das ist unser Bild eines Partners in der Verantwortung für das gesellschaftliche Wohl. Dieses „Leitbild“ macht es uns leicht, unsere Beiträge in einer respektvollen Haltung einzubringen. Und wir finden auf diesem Wege charismatische Menschen, denen das Engagement für andere zur Erfüllung ihres Lebens geworden ist.

Unser Beitrag zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit liegt genau hier: in der Stärkung eines bürgerschaftlichen Selbstbewusstseins, für das die eigene Verantwortung zentral ist und das sich nicht als Ersatzkasse mit übertragenen Zuständigkeiten versteht. Stiftungen bieten Plattformen und Innovationsfelder für Menschen, die in unserer Gesellschaft aktiv sind. Wir beobachten und wir freuen uns, dass es immer mehr werden.

Eine Bitte deshalb zum Ende meiner Ausführungen: Lassen wir

in diesem Jahr genau jene Menschen sprechen, geben wir ihnen eine Plattform im Europäischen Jahr des Engagements. Treten wir Hauptamtlichen einen Schritt zurück und lassen die Menschen nach vorne, die für andere handeln und nicht über andere sprechen.

Ich will meine Gedanken als Antwort auf die eingangs gestellte Frage zusammenfassen: Das Europäische Jahr muss neben allen guten Absichten – heute und in den kommenden Monaten – auch und ganz besonders dringlich dazu dienen, dass sich alle Beteiligten über ihre Haltung zum Engagement einer selbstbewussten Bürgerschaft klar werden. Überprüfen wir unsere leisen und versteckten Botschaften auf die Frage: Leisten wir einen Beitrag dazu, dass die Engagierten wirklich willkommen geheißen und ernst genommen werden oder sind unsere Reden bloß schöne Worte?

Wir brauchen den unbezahlbaren Bürger als solidarischen Helfer, nicht den unbezahlten Bürger als Retter eines unbezahlbaren Systems.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

# Workshop

## 1

### PR fürs Engagement in Kommunen und Ländern

#### Moderation

Loring Sittler,  
Zukunftsfonds Generali Deutschland Holding AG

#### Beiträge

Uwe Lübking,  
Deutscher Städte- und Gemeindebund  
Stephan Würz,  
Landesehrenamtsagentur Hessen

Bürgerschaftliches Engagement findet vor allem auf lokaler Ebene statt. Kommunen und Länder leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Engagementförderung. Sichtbar ist dies jedoch nicht immer. Daher gehört die Stärkung von Aufmerksamkeit und Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft zu den nationalen Prioritäten des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit. Drei Fragen standen im Mittelpunkt der Workshop-Diskussion:

- Welche Kommunikationsstrategien sind geeignet, um mehr Aufmerksamkeit für Engagement zu schaffen?
- Wie können insbesondere Kommunen und Länder das Europäische Jahr in diesem Sinne für sich nutzen?
- Was kann der Bund dazu beitragen?

Loring Sittler betonte in seiner Workshop-Einführung die Probleme, vor denen freiwilliges Engagement in Ländern und Kommunen stehe: Dazu gehöre die andauernde strukturelle Unterfinanzierung des gemeinnützigen Bereichs, auf die, so Sittler, oftmals mit einer „Projektitis“ des Bundes reagiert werde. Thematisch immer neu aufgelegte und zeitlich befristete Bundesprogramme verhinderten allerdings den Aufbau langfristiger und verlässlicher Strukturen und Personalressourcen, die für ein stabiles Freiwilligenengagement dringend notwendig wären. Auf der Seite der zivilgesellschaftlichen Träger wiederum führe diese permanente finanzielle Unsicherheit zu einer Zerklüftung, in der Träger nicht mit anderen zusammenarbeiten, sondern ausschließlich eigene Anliegen in der Öffentlichkeit vertreten. Gleichzeitig machte Sittler deutlich, dass das Thema PR und Öffentlichkeit von vielen Trägern und Organisationen des gemeinnützigen Bereichs stiefmütterlich behandelt werde. Mindestens 90% der Träger hätten nach seiner Einschätzung die Zuständigkeit für dieses Aufgabenfeld intern nicht klar zugeordnet bzw. keine verantwortliche Person angestellt oder benannt. Ein Fehler, denn „wer Geld braucht, muss bekannt sein. PR ist nie ein Selbstzweck, PR

hat immer auch eine Fundraising-Funktion“, so Sittler.

Uwe Lübking nahm in seinem Impulsvortrag ebenfalls Bezug auf die Problematiken der Regelung der sogenannten „Anschubfinanzierung“ durch Modellprogramme des Bundes. Hier bestehe aufgrund der aktuellen Gesetzeslage derzeit jedoch wenig Änderungsspielraum. Er betonte, dass bürgerschaftliches Engagement dennoch stabile und verlässliche Strukturen brauche, um Freiwillige zu binden und qualifiziert einzubinden. Hierbei seien insbesondere die Kommunen gefragt.

Sicherstellung von Infrastruktur: Zentral seien Anlaufstellen, bei denen sich die Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten der Beteiligung informieren könnten. Freiwilligenagenturen böten diese Funktion und könnten auch die Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit für ehrenamtliches Engagement im kommunalen Raum übernehmen, so Lübking. Ihre Arbeit gelte aber im kommunalen Haushalt derzeit nicht als Pflichtaufgabe, sie müssten und könnten also bei klammer Haushaltskasse nicht in die Förderung aufgenommen werden. Grundsätzlich sei die Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen dieser Art aber eine öffentliche Aufgabe.

Anerkennung und Wertschätzung: Auch hier sei die kommunale Politik gefordert, insbesondere vor dem Hintergrund der Werbung ehrenamtlichen Nachwuchses. Es gelte, „Freiräume für Mitgestaltungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern zu öffnen“, und diese dann auch ernst zu nehmen. Es füge der Werbung bzw. Öffentlichkeitsarbeit für (ehrenamtliches) Engagement Schaden zu, wenn Kinder aufgefordert würden zu beschreiben, was ihnen in ihrer Region gefällt und was nicht, und diese dann von den politischen Entscheidungsträgern keine Rückmeldung zu ihren Ergebnissen erhielten“, gab Lübking ein Negativbeispiel.

Nachwuchsförderung: Sinnvoll sei es außerdem, Kooperationen mit Schulen im Rahmen der Nachwuchsgewinnung für das Ehrenamt zu unterstützen, wie es in Baden-Württemberg der Fall ist. Dort wurde 2004 in einer umfassenden politischen Strategie zur Förderung des Ehrenamtes Service Learning im Bildungsplan



für Realschulen in Baden-Württemberg verankert. Das „Themenorientierte Projekt: Soziales Engagement“ (TOP SE) gehört heute zum Regelangebot der Realschulen. Mit der Auswahl der Engagementprojekte reagieren die Schulen auf tatsächlich vorhandene Probleme in der entsprechenden Kommune.

Rahmenbedingungen verbessern: Anerkennungskultur habe auch eine materiellere Seite, betonte Lübking. Wertschätzung von Engagement erschöpfe sich nicht in unterschiedlichen Formen der Ehrung, sondern schlosse auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für dieses Engagement ausdrücklich mit ein. Dies könne über Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche erfolgen aber auch durch die Verminderung bestehender bürokratischer Hürden.

Stephan Würz, Geschäftsführer Landesehrenamtsagentur Hessen, beschrieb am Beispiel der hessischen Ehrenamtskampagne „Gemeinsam aktiv!“ ([www.gemeinsam-aktiv.de](http://www.gemeinsam-aktiv.de)) geeignete Kommunikationsstrategien und Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit für ehrenamtliches Engagement. Die Hessische Landesregierung hat mit ihrer Ehrenamtskampagne „Gemeinsam aktiv – Bürgerengagement in Hessen“ seit 1999 zahlreiche Projekte entwickelt und gefördert, um den freiwilligen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen und weitere Engagementbereitschaft zu wecken. Wichtig sei in der Kommunikation mit (potenziellen) Partnern seiner Erfahrung nach, sich feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auf der Arbeitsebene zu schaffen. Dies betrifft auch die eigene Pressearbeit. Hier hilft der stabile Kontakt zu einem interessierten Lokalreporter oftmals mehr als ein ausgefeilter Presseverteiler. Im Rahmen der Ehrenamtskampagne habe es sich außerdem bewährt, auf klassische Kommunikationsmedien zuzugreifen wie Broschüren, Newsletter oder Pressemitteilungen und darüber hinaus die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Kampagne selbst entscheiden zu lassen, welche Kommunikationsform geeignet sei.

In der Bewerbung des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit habe sich die Fokussierung auf einen thematischen Schwerpunkt bewährt, um das Anliegen in der Öffentlichkeit zu platzieren. Unter dem Motto: „Voneinander lernen im freiwilligen Engagement“ würden nun Informationen zum EJF 2011 gestreut werden. Problematisch sei die sehr späte Kommunikation von EU und Bund zum EJF 2011 gegenüber der Partner gewesen, so Würz. So kam es zu teilweise recht kurzen Planungszeiträumen für Veranstaltungen und Werbung. Hinzu käme der geringe An-

reiz für Träger, sich zu beteiligen, da kaum Mittel zur Verfügung stünden, um Projekte umzusetzen. Als Anregung gab Stephan Würz mit, bei zukünftiger Umsetzung von EJF 2011 auch beim Bund eine feste (interne) Koordinierungsstelle einzurichten, die nachhaltige Strukturen aufbauen könne und als dauerhafte Ansprechpartnerin fungiere.

In der anschließenden Diskussion trugen die Workshopteilnehmenden unterschiedliche Handlungsempfehlungen für verbesserte Kommunikationsstrategien zum Ehrenamt zusammen:

Gerichtet an Bund, Länder und Kommunen wurde deutlich, dass die Unterstützung von Strukturen zur Förderung von freiwilligem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zukünftig als kommunale Pflichtaufgabe im Haushalt verankert sein sollte. Die Diskutantinnen und Diskutanten waren sich einig, dass befristete Projektförderung keine notwendige Kontinuität in der Arbeit mit Freiwilligen sicherstellen kann. Herr Sittler gab hierzu die Empfehlung, sich bei der Mittelakquise deshalb nicht ausschließlich auf Bundesmittel zu fixieren. Notwendig sei es im Rahmen einer Kommunikationsstrategie für das Ehrenamt sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene, Konzepte zu entwickeln und zu unterstützen, die relevante Zielgruppen ansprechen (z. B. Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Schulkooperationen). Gleichmaßen müsse der „benefit“, der sich für Ehrenamtliche aus ihrer Tätigkeit ergebe, hervorgehoben und benannt werden, etwa auch im Bereich von Zukunfts- oder Ausbildungschancen (z. B. Ehrenamtszertifikate, Anerkennung von Soft-Skill-Kompetenzen etc.). In Bezug auf die in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen aktiven Träger wurde noch einmal zusammenfassend deutlich, dass es notwendig ist, PR und Öffentlichkeitsarbeit in diesem Feld ernst zu nehmen. Hier gilt es, das Aufgabenfeld verantwortlich zu besetzen, klassische Instrumente der PR-Arbeit zu beherrschen, Netzwerke zu pflegen, die eigene Leistung klar zu benennen (z. B. Schaffung von Infrastruktur) und eine selbstbewusste Haltung im Außenauftritt zu entwickeln.

#### **Uwe Lübking:**

#### **Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene**

Ob klassisches Ehrenamt im Gemeinderat, aktive Mitgliedschaft im Verein, einer Freiwilligen Feuerwehr (1,1 Mio. Angehörige in rund 24.000 Feuerwehren!), einer Seniorengenossenschaft bis hin zu Arbeitskreisen über Schadstoffminderungen im Städtebau, bürgerschaftliches Engagement findet in der Bundesrepublik überwiegend auf der kommunalen Ebene statt. Viele kommunale Angebote ließen sich ohne bürgerschaftlich Engagierte nicht oder zumindest nicht in der gewünschten Qualität aufrechterhalten. Die Kommunen sind die „Keimzelle“ und der Kern einer vitalen Bürgergesellschaft. Dies sollte eigentlich auch selbstverständlich sein, stehen die Städte doch in der Tradition der Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen.

Freiherr vom Stein wollte bei der Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung die Bürger stärker an das politische Leben in den Städten binden. Dort wo der Bürger lebt, soll nicht „von oben nach unten“ regiert werden, sondern unter Einbeziehung

von am Gemeinwohl und am Gemeinwesen interessierten Bürgerinnen und Bürgern. 1807 schrieb vom Stein in seinem Immediatbericht, „dass sich in bloß aus Beamten bestehenden Behörden leicht und häufig ein Mietlingsgeist eingedrängt hat, ein Leben in bloßen Formen, eine Urkunde des zu verwaltenden Bezirks, eine Gleichgültigkeit und oft lächerliche Abneigung gegen denselben und eine Furcht vor Veränderung und Neuerung, welche die Arbeit vermehren“. Abhilfe, so vom Stein, käme dadurch, „dass man Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens in die Politik der Städte hineinzöge, denn nur die den Problemen nahen und von ihnen betroffenen Bürger könnten in den städtischen Behörden den Formenkram und Dienstmechanismus zertrümmern“.

Ohne die Bürgerinnen und Bürger wäre vieles vor Ort nicht oder nicht mehr möglich. Die Bürgerinnen und Bürger machen mit ihrem Engagement auf soziale und gesellschaftliche Probleme aufmerksam und erarbeiten gemeinsam mit der Gemeinde, Vereinen und Verbänden und Initiativen neue Wege zur Problembearbeitung. Ich nenne die Hospizarbeit, die Seniorenarbeit, die Jugendförderung. Bürgerschaftliches Engagement hilft, die Lebensqualität in den Kommunen zu verbessern. Eltern, die sich für eine bessere Kinderbetreuung einsetzen, tragen dazu bei, dass Einrichtungen für eine familienfreundlichere Stadt oder Gemeinde entstehen und die Kommunen zu einem attraktiven Standort für junge Familien werden. Auch benachteiligte Gruppe in den sogenannten Problem-Stadtteilen können für eine Beteiligung gewonnen werden, z. B. im Rahmen des Quartiermanagements. Über die direkt-demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gemeindeordnungen hinaus gibt es eine Fülle von Mitwirkungs- und Beteiligungsangeboten, die in den Kommunen in den letzten Jahrzehnten entwickelt wurden. Sie reichen von themenspezifischen „Runden Tischen“, Präventionsräten, Bürgerforen, Planungszellen und Mediationsverfahren bis hin zu Kinder- und Jugendparlamenten, Seniorenvertretungen und Ausländerbeiräten. Hinzu kommen Selbsthilfekontakt- und Informationsstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Bürgerbüros oder Mehrgenerationenhäuser. Und schließlich haben wir die Vereine, Stiftungen und Bürgerinitiativen.

Liest man aktuelle Hinweise, so ist das bürgerschaftliche Engagement in akuter Gefahr, z. B. weil Zuwendungen für Bundesnetzwerke reduziert werden, ein Bundesfreiwilligendienst eingerichtet werden soll oder ähnliches. Richtig ist, dass Politik sich genau überlegen muss: Welches Signal sende ich an diejenigen, die sich bürgerschaftlich engagieren wollen? Daher war z. B. die Absicht, in der Regelsatzreform des SGB II die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige nicht mehr aus der Einkommensanrechnung herauszunehmen, ein vollkommen falsches Signal. Im Übrigen zeigen die Bedenken, dass auch im bürgerschaftlichen Engagement Interessengruppen unterwegs sind, wovon sich die Kommunen aber nicht beeinflussen lassen sollten.

Hier und heute aber soll es darum gehen, durch welche Kommunikationsstrukturen mehr Aufmerksamkeit für Engagement geschaffen werden kann und dies mit Blick auf das Europäische Jahr der Freiwilligen.

Erlauben Sie zunächst folgenden Hinweis: Ich glaube vor Ort wird dieses Europäische Jahr keine große Rolle spielen. Die Kommu-

nen haben ein Eigeninteresse, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und zu unterstützen. Die Gründe habe ich genannt. Das Europäische Jahr wird, wie viele andere Europäische Jahre auch, an der Masse der Kommunen vorbeigehen.

Aus kommunaler Sicht ist die beste PR für bürgerschaftliches Engagement die Beseitigung der strukturellen Hemmnisse. Die PR für die Gewinnung Engagierter liegt im ureigenen Interesse der Kommunen. Wo diese PR stattfindet, sollte jede Gemeinde selbst entscheiden.

Aus Sicht der kommunalen Praxis lassen sich eine Reihe struktureller Hemmnisse formulieren, die der Verwirklichung der Bürgerkommune und der Zukunft bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene abträglich sind:

- Geringe Gestaltungsspielräume durch „Überregelung“. Politikvorgaben, Gesetze und Programme, die von den Ländern, dem Bund und der Europäischen Union kommen, bestimmen zu 90% und mehr, was auf kommunaler Ebene geschieht.
- Knappe Finanzen. Gegenwärtig haben alle Kommunen mit einer einschneidenden, nicht allein kommunal erzeugten Einnahmensenkung zu kämpfen. Da die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Bereich der freiwilligen kommunalen Aufgaben fällt, ist sie unmittelbar von der dramatischen Entwicklung der kommunalen Finanzsituation betroffen. Es ist daher zu begrüßen, wenn gegenwärtig auf der politischen Bühne über eine Reform der Gemeindefinanzen gestritten wird. Es ist allerdings zu befürchten, dass angesichts der finanzpolitischen Rahmenbedingungen unbefriedigende Resultate zu erwarten sind.
- Der Kommunalpolitik fällt es oft schwer, bürgerschaftliches Engagement als zentrales Profilierungsfeld zu begreifen, da politische Entscheidungsprozesse eventuell länger dauern und womöglich teurer werden, ohne dass ein niedrigeres Konfliktniveau garantiert werden könnte.
- Verwaltung und Kommunalpolitik haben die Bürgerinnen und Bürger in ihrer politischen Funktion (als Auftraggeber) und als Koproduzenten öffentlicher Leistungen noch nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen.
- Es gibt die Angst vor einer „Enteignung des Mandats“ und vor einer Blockade des Verwaltungshandelns durch unbotmäßige Bürger.
- Die demografische Entwicklung, insbesondere die Alterung der Gesellschaft, die Abwanderung aus strukturschwachen Regionen vermindert das Engagementpotenzial, gleichzeitig wächst die Notwendigkeit des Engagements in diesen Gebieten.
- Bei Kindern und Jugendlichen werden zunehmend durch die Entwicklung der Ganztagschulen, die Verdichtung des Unterrichts und anschließende Berufseinmündung die Freiräume für Engagement eingeschränkt.
- Die berufliche und familiäre Bindung vermindert die Potenziale der Erwachsenen gerade für langfristiges und verbindliches Engagement.
- Das Engagement von Seniorinnen und Senioren erlebt einen Boom. Wie entwickelt sich dieser, wenn die sozialen Ungleichheiten innerhalb der älteren Bevölkerung zunehmen?

- Wie verhält sich Engagement zur Bürgerarbeit?
- Wie gewinne ich Migranten für das Engagement?

Es war auch sicherlich ein Rückschritt, dass Verwaltungsreformen die Bürger zunächst als Kunden entdeckten und die Städte als Konzerne und Unternehmen geführt werden sollten. Kommunen sind aber keine Unternehmen. Gemessen am Leitbild der Bürgergesellschaft greift der Ansatz einer ausschließlich effektivitäts- und effizienzorientierten Dienstleistungskommune eindeutig zu kurz. Wenn das Leitbild der Bürgergesellschaft Wirklichkeit werden soll, müssen sich Kommunen noch stärker als bisher für bürgerschaftliches Engagement aufgeschlossen zeigen und den Bürgerinnen und Bürgern größere Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen.

Das bedeutet auch eine Änderung der Verwaltungskultur. Verwaltung muss z. B. mehr Transparenz schaffen, indem sie Verwaltungsabläufe nachvollziehbar gestaltet. Bürgerorientierte Verwaltung zeichnet sich aber auch dadurch aus, dass die Mitarbeiter mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern in einer kooperativen Form umzugehen lernen. Dazu ist eine weitergehende Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig, um ein vertieftes Verständnis für die Anliegen und Eigenheiten der Vereine und Initiativen aus dem Dritten Sektor zu entwickeln.

Wir dürfen die unterschiedlichen Formen des Engagements nicht gegeneinander ausspielen. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss als übergreifender Ansatz verstanden werden, der sowohl traditionelle Formen einbezieht als auch neue Formen des Engagements ermöglicht und fördert. Nutzen wir das Kapital der Bürgerinnen und Bürger. Auch Kommunalpolitiker sind ehrenamtlich bürgerschaftlich tätig. Und sie verdienen die gleiche Anerkennung wie die Bürgerinnen und Bürger in ihrem persönlichen Engagement.

Die Kommunen sollten bürgerschaftliches Engagement fördern, indem sie Interesse an den Ideen oder Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Vereine und Verbände und auch aus der Wirtschaft heraus zeigen und mit ihren spezifischen Möglichkeiten unterstützen, z. B. Infrastruktur zur Verfügung stellen, Fördermöglichkeiten prüfen oder bei der Antragstellung mitwirken. Dieses Feedback und diese Anerkennung lassen die Engagierten spüren, dass ihre Aktivitäten Rückhalt von Seiten der Stadtverwaltung erfahren.

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen Anlaufstellen, wo sie sich über die Möglichkeiten der Beteiligung informieren können. Der Beitrag lokaler Infrastruktureinrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements – wie etwa Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen etc. –, zur Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft ist inzwischen weitgehend anerkannt. Die Schaffung und Weiterentwicklung einer Infrastruktur auf kommunaler Ebene kostet Geld und ist nicht allein auf der Basis von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialhilfegestützten Arbeitsverhältnissen zu bewerkstelligen. Die Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen dieser Art ist eine öffentliche Aufgabe. Dies schließt den Einbezug weiterer Finanzquellen keineswegs aus, es muss aber allen Akteuren klar werden, dass eine funktionsfähige Infrastruktur auf kommunaler Ebene ohne eine Mitverantwortung der öffentlichen Hand für die Gewährlei-



stung nachhaltiger Finanzierungsgrundlagen nicht zu haben sein wird. Allerdings sollten die Finanzierungs- und Förderkonzepte so ausgestaltet werden, dass Anreize zur Gewinnung zusätzlicher Finanzquellen gesetzt werden. Bislang wurden gerade die Freiwilligenagenturen oft noch viel zu sehr in ihrer Rolle als Vermittlungsbörsen wahrgenommen. Dabei hat sich längst ein erweitertes Aufgabenprofil herausgebildet, wie Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung sowie Beratung von Organisationen im Hinblick auf den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger. Das Thema PR für freiwilliges Engagement ließe sich gut integrieren. In Zukunft wird es verstärkt darauf ankommen, die Finanzierungsfragen zu klären und das erweiterte fachliche Profil der Freiwilligenagenturen konsequent zu verwirklichen.

In diesem Zusammenhang ein kurzer Hinweis zur Bundespolitik. Der Bund ist verfassungsrechtlich gehindert, den Kommunen direkt Geld zur Unterstützung z. B. der Freiwilligenagenturen zu geben. Er behilft sich über Projekte, die aber alle befristet sind und die Teilnehmer vor die Frage stellen, wie es nach der Projektphase weitergeht. Es gibt dann Folgeprojekte mit anderen Schwerpunkten, wie wir es jetzt mit den Mehrgenerationenhäusern erleben. Diese Politik hilft vor Ort nicht weiter. Bund und Länder müssen sich über eine dauerhafte Förderstruktur verständigen, die jetzige Politik führt zu einem unüberschaubaren Nebeneinander unterschiedlicher Projekte.

Die Städte und Gemeinden müssen ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement sichtbar machen. Die Stärkung einer „Anerkennungskultur“ ist ein wichtiger Baustein einer loka-



len Politik der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Es muss darum gehen, geeignete Formen der Würdigung und Anerkennung zu finden, die eine öffentliche Sichtbarkeit und Wertschätzung herstellen. Bürgerschaftliches Engagement ist eine wertvolle gesellschaftliche Ressource, ein knappes Gut, für dessen Ausbau und Pflege alle Anstrengungen lohnen. Es gibt viele Möglichkeiten der Anerkennung. Eine Form der Ehrung und Anerkennung, die bei bestimmten Gruppen auf Akzeptanz und Gegenliebe stößt, kann bei einer anderen Gruppe auf Ablehnung und Enttäuschung stoßen. Es muss also darum gehen, unterschiedliche Formen der Anerkennung und Ehrung zu entwickeln, die den verschiedenen Bedürfnissen und Erwartungen der Engagierten gerecht werden. Der Fantasie sind hier keine Grenzen gesetzt.

Anerkennungskultur hat allerdings noch eine andere, materielle Seite: Wertschätzung von Engagement erschöpft sich nicht in unterschiedlichen Formen der Ehrung, sondern schließt auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für dieses Engagement ausdrücklich mit ein. Dort, wo engagierte Menschen sich in Organisationen einbringen, muss ihnen durch die Bereitstellung von Rahmenbedingungen, durch die Kooperation der Hauptamtlichen und durch Formen der Einführung, Qualifizierung und Begleitung deutlich gemacht werden, dass ihr Beitrag zum Erfolg des Ganzen wertgeschätzt wird.

Anerkennung für Engagierte kann durch Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote erfolgen. Das heißt nicht, die Ausübung bürgerschaftlichen Engagements von formalen Ausbildungen oder Zertifizierungen abhängig zu machen. Es geht einerseits darum, hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Zusammenarbeit mit freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern vorzubereiten und andererseits darum, Engagierte mit notwendigen tätigkeitsbezogenen Kompetenzen und Informationen zu versehen. Bedarfsgerechte Qualifizierung und Weiterbildung heißt also, tätigkeitsbezogene Weiterbildungsmöglichkeiten auszubauen, die Sozialkompetenzen und Schlüsselqualifikationen zu erweitern sowie Supervision und Erfahrungsaustausch speziell für freiwillig Engagierte anzubieten.

Die Einrichtungen und Dienste müssen sich für bürgerschaftliches Engagement öffnen. Auf lokaler Ebene finden wir ein breites Spektrum an Einrichtungen, Diensten und verbandlichen Strukturen in den unterschiedlichsten Bereichen von Sport, Kultur, Umwelt, Wohlfahrtspflege, Bildung bis hin zur Stadtentwick-

lung. In vielen dieser Strukturen herrschen bürokratische Abläufe oder betriebswirtschaftlich optimierte Arbeitsabläufe vor. Es gibt viele gute Gründe dafür, gerade soziale Einrichtungen und Dienste betriebswirtschaftlich zu optimieren. Daneben und in Ergänzung zu marktwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Elementen müssen auch bürgerschaftliche Elemente in die Organisationskultur dieser Einrichtungen und Dienste eingebracht werden können. Warum sollen z. B. Schulen für eine Bereicherung des Lehrangebotes und des schulischen Lebens nicht die Engagementpotenziale von Eltern, Verbänden, Vereinen und Unternehmen im Umfeld der Schule nutzen? Warum bemühen wir uns nicht darum, in der Kindertagesbetreuung Kinder und Eltern stärker in die Gestaltung der alltäglichen Arbeit einzubeziehen und damit die Qualität dieser Einrichtungen zu verbessern? Die bessere Verzahnung und Vernetzung eines Krankenhauses mit Selbsthilfegruppen und Gesundheitsinitiativen vor Ort gehören ebenso dazu wie Kooperationsnetzwerke zwischen ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialsektor unter Einschluss engagierter Bürger. Die bürgerschaftliche Öffnung von Einrichtungen, Diensten und Angeboten ist keine alleinige Aufgabe kommunaler Politik und Verwaltung. Hier sind die Führungskräfte dieser Einrichtungen und Dienste gefordert.

Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerkommune müssen in den Verwaltungen ressortübergreifend verstanden werden. Ohne Koordination und Kooperation der Aktivitäten in den einzelnen Ressorts und ohne Entwicklung übergreifender Ziele und Handlungsperspektiven würde Engagementpolitik in eine Vielzahl unverbundener Teilelemente zerfallen. Ressortegoismen und „Fachbruderschaften“ sorgen vielfach immer noch dafür, dass eine konsequente Hinwendung zu übergreifenden Förderstrategien scheitert. Es wird in Zukunft darauf ankommen, das Bewusstsein aller für die Bedeutung des übergreifenden Leitbilds der „Bürgerkommune“ zu schärfen und die Notwendigkeit der kooperativen Politik für alle Beteiligten zu verdeutlichen.

### **Stephan Würz: Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Kommunikationsstrategie des Landes Hessen mit Kommunen und Organisationen**

#### **Strukturen**

- Die hessische Ehrenamtskampagne „Gemeinsam Aktiv“ ist bekannt und hat Kommunikationswege aufgebaut.
- Es gibt Strukturen und Netzwerke, über die Botschaften sehr schnell verbreitet werden können (z. B. feste Ansprechpartner in allen 33 Landkreisen und kreisfreien Städten).
- Vieles wird auch im Rahmen von Fachtagungen, Arbeitskreisen etc. kommuniziert.
- Es gibt eingespielte Kontakte mit Verbänden und Organisationen des BE-Bereichs.
- Die Ehrenamtskampagne „Gemeinsam Aktiv“ hat feste und funktionierende Verbindungen in jedes Ressort.
- Die LandesEhrenamtsagentur Hessen kann „politikneutral“ informieren.

## Verwendete Medien

- Genutzt werden eher die klassischen Medien (Druckerzeugnisse, Praxisbroschüren, Pressemitteilungen, E-Mail-Newsletter, Rundschreiben, Internetauftritt, etc.), nicht die ganz jungen Medien wie Facebook, Twitter etc.
- Multiplikatoren entscheiden selbst über die Wahl der Medien zur Weiterverbreitung

## EJF 2011: Der hessische Weg

### Fragen vorweg:

- Für wen könnte das von Interesse sein?  
→ Interesse wecken
- Wo liegt der konkrete Nutzen für Kommunen und Organisationen? → Nutzen aufzeigen
- Wie konzentrieren wir uns bei dem breiten Jahresthema auf einen für uns wichtigen Aspekt? → Fokussierung
- Wie können wir das Jahr für unsere Engagementförderung nutzen? → Nutzen für Kampagne insgesamt

### Rückmeldungen von der Basis:

- Wenig bis geringes Interesse, da wenig konkret
- „Sollen wir uns selbst feiern?“
- „Da haben wir nur Arbeit!“
- „Die EU verteilt viel Geld, aber nicht für uns!“
- „Europäisches Jahr? Noch nie gehört!“

### Fokussierung auf einen Schwerpunkt für Hessen:

- Voneinanderlernen im Ehrenamt: „Das ist es, was das EJF 2011 für alle besonders interessant macht.“

### Was müssen wir tun?

- Bedeutung auf die Chancen lenken, die dieses Jahr mit sich bringt
- Gute Beispiele zur Anregung aufzeigen
- Multiplikatoren und Botschafter gewinnen
- Bestehende Fördermöglichkeiten nutzen und neue aufzeigen
- Bestehende Partnerschaften animieren, sich mit Aktivitäten einzubringen
- Allgemeine Informationen zum Jahr über „alle Kanäle“ verbreiten
- Netzwerke mobilisieren (Qualifizierungsnetzwerk, Gebietskörperschaften, etc.)

- Broschüre mit guten Beispielen und wichtigen Hinweisen erstellen
- Veranstaltungen zu Fördermöglichkeiten für Projekte organisieren
- Über andere EU-Länder berichten (Interesse an Austausch wecken)
- Materialien zur Entwicklung von EU-Projekten (Workshop-Konzept, Checklisten) publizieren

### Zentrale Elemente

- Zentrales Event: Erster europäischer Freiwilligentag in der Region Darmstadt mit ca. 400 Teilnehmenden davon ca. 100 aus EU Partnerstädten
- Förderprogramm: Projekte im EJF 2011, die das Voneinanderlernen zum Schwerpunkt haben, werden mit bis zu 2.500 Euro pro Projekt gefördert

### Begleitmusik

- Auftakt in der Landesvertretung in Brüssel
- Regelmäßige Newsletter-Rubrik
- eigene Rubrik auf der Homepage
- Europa-Woche
- Elf lokale Pressekonferenzen zur Vorstellung der Broschüre und weiterer Aktivitäten (Würdigung der dargestellten Projekte)
- Abschlussveranstaltung in der Landesvertretung in Brüssel

### Herausforderungen

- Späte Kommunikation EU und Bund
- Wenig Geld, dadurch fehlender finanzieller Anreiz
- Zu kurzfristiger Planungszeitraum für Organisationen zur Umsetzung von Aktivitäten
- Viel Aufwand und wenig Ertrag
- Projekthäufung in vielen Bereichen / Organisationen

### Erste Rückschlüsse

- Viel zu spät gestartet mit PR
- Substanzielle Nachrichten (Förderprogramm, Mitwirkung bei zentralem Event, etc.) kamen zu spät
- Eigener Vorlauf deutlich unterschätzt

### Anregung

- Feste Arbeitseinheit beim Bund, welche die EU-Jahre dauerhaft begleitet und als Nationale Koordinierungsstelle agiert; dadurch reibungsloserer Ablauf

# Workshop

## 2

### Engagementferne Zielgruppen gewinnen

#### Moderation

Wolfgang Barth,  
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband

#### Beiträge

Susanne Rindt,  
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.  
José Povedano,  
Der Paritätische Gesamtverband



Ein zentrales Anliegen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 ist es, mehr Menschen zu gewinnen, die sich freiwillig engagieren. Am Beispiel von Menschen mit Migrationshintergrund wurde im Workshop diskutiert, wie bislang engagementferne Zielgruppen stärker für Freiwilligentätigkeit gewonnen werden können. Zum Einstieg in den Workshop wirft Moderator Wolfgang Barth die Frage nach dem in deutlicher Analogie zur Bildungsferne gebildeten Begriff „Engagementferne“ auf. Die Konsequenzen der sogenannten Bildungsferne seien weitgehend bekannt, wohin führe aber „Engagementferne“?

Nach Susanne Rindts Vortrag über Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement für engagementferne Gruppen mit Praxisbeispielen aus den Projekten „Freiwilligendienste machen kompetent“ und „Qualifizierung von Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“ berichtet José Povedano in seinem Beitrag über die Arbeit von Migrantenorganisationen im Paritätischen Gesamtverband und deren Erfolge und Barrieren. In der anschließenden Diskussion tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops über folgende Aspekte aus:

#### Engagementformen von Migrantinnen und Migranten:

Im traditionellen Ehrenamt, das zum Beispiel in Vereinen aus-

geübt wird, sind Menschen mit Einwanderungsgeschichte unterrepräsentiert. Es ist allerdings sehr wenig darüber bekannt, inwieweit bei anderen Engagementformen wie z.B. Nachbarschaftshilfe größere Aktivitäten vorkommen: Wissenschaftliche Erhebungen wie der Freiwilligensurvey erfassen nur sogenannte öffentliche Aktivitäten (z. B. Mitgliedschaft im Sportverein). Informellere Engagementformen wie Nachbarschaftshilfe oder familiäres privates Engagement werden nicht erfragt.

#### Zugänge schaffen:

Es besteht unter den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern die einhellige Auffassung, dass es besonders wichtig sei, passgenaue Zugänge zum Engagement zu schaffen. Sobald die Zugänge zum Engagement geschaffen seien, lägen zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte nur wenige Unterschiede in den Engagementaktivitäten vor. Als gelungenes Beispiel stellt Susanne Rindt die Türkische Gemeinde hervor. Sie erreiche türkische Jugendliche weitaus schneller und besser als traditionelle deutsche Organisationen. Besonders positiv hebt sie die Tatsache hervor, dass sich durch eine multiethnische Öffnung nicht nur die eigene Klientel, sondern Migrantinnen und Migranten jeglicher Herkunft angesprochen fühlen. Die interkulturelle Öffnung über die eigene Herkunftsgruppe hinaus erweise sich als Organisationsstruktur als sehr erfolgreich.

#### Wandel der Rolle von Migrantenselbstorganisationen:

Die bisherigen Funktionen der Migrantenselbstorganisationen, die bisher weitgehend durch Lobbyarbeit und Stellvertreterpolitik für die eigene herkunftslandorientierte Zielgruppe bestimmt waren, werden mittlerweile durch weitere Aufgaben ergänzt: Neben dem politischen Mandat würden die Migrantenselbstorganisationen vermehrt auch Dienstleistungsaufgaben übernehmen. Zudem übernehmen sie vermehrt die Trägerschaft von Einsatzstellen für das Freiwillige Soziale Jahr. Dies solle man nicht als Widerspruch oder Gefahr für die Migrantenselbstorganisationen, sondern als zusätzliches Betätigungsfeld bzw. ein neues Ge-

schäftsfeld auf struktureller Ebene betrachten. Migrantenselbstorganisationen könnten dabei vor allem Raum für Austausch und Begegnung bieten und bei den Betroffenen eine Dialogfähigkeit und -bereitschaft herstellen. Wichtig sei es dabei, die Einwandererorganisationen nicht mit den neu hinzugekommenen Aufgaben zu überfordern. Vielmehr erfordere diese Entwicklung eine stärkere infrastrukturelle Förderung der Migrantenselbstorganisationen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen durch den Staat. Eine weitere Form der Unterstützung böte zudem die interkulturelle Öffnung bereits bestehender Strukturen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Kritisch wurden die Grenzen zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit betrachtet. Das Gewinnen engagementferner Zielgruppen dürfe keine Lückenbüßer generieren, die die Aufgaben staatlicher Institutionen übernehmen, wenn öffentliche Förderungen gekürzt oder gestrichen werden.

### **Susanne Rindt: Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement für engagementferne Gruppen**

Ich bedanke mich für die Einladung, mit einem Input zu einem der Workshops im Rahmen der deutschen Auftaktveranstaltung zum EJF 2011 beizutragen. Ich möchte mich dem Thema „Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement für engagementferne Gruppen“ aus mehreren Richtungen nähern:

1. Wer sind diese „Engagementfernen“? Durch welche Faktoren lässt sich Engagementferne beschreiben? Was sind die Besonderheiten bei Migrantinnen und Migranten, um die es ja in diesem Workshop v.a. gehen soll?
2. Warum ist die Frage der Zugänge zum Engagement wichtig, warum wird sie in der Engagementpolitik diskutiert? Welche Interessen sind damit verbunden?
3. Welche Praxisbeispiele für das Öffnen von Zugängen zu Engagementstrukturen gibt es, und welche Erfahrungen und Erkenntnisse lassen sich daraus gewinnen?

#### **1. Engagementferne Menschen – Wer soll das eigentlich sein?**

Zu Beginn eine Bemerkung zur Kurzbeschreibung dieses Workshops, die dem Tagungsprogramm zu dieser Veranstaltung beigefügt war:

„Ein zentrales Anliegen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 ist es, bürgerschaftliches Engagement insgesamt zu stärken. Dazu gehört neben der Entwicklung erfolgreicher Kommunikationsstrategien auch, noch mehr Menschen zu gewinnen, die sich freiwillig engagieren. Laut den Ergebnissen des Freiwilligensurveys müssen insbesondere für Frauen, junge Menschen, Ältere bzw. Migrantinnen und Migranten noch passgenauere Zugänge zum Engagement geschaffen werden. Am Beispiel von Menschen mit Migrationshintergrund soll diskutiert werden, wie engagementferne Zielgruppen noch stärker für Freiwilligentätigkeit gewonnen werden können.“

Mit dem Workshoptitel und der etwas ungeschickten Aufreihung wird suggeriert, bei Frauen, jungen Menschen, Älteren und bei Migrantinnen und Migranten handele es sich generell um engagementferne Gruppen, die jeweils eigene Zugänge bräuchten. Aus meiner Sicht kann das so nicht stehen bleiben. Frauenverbände zum Beispiel dürften es zu Recht kritisieren, wenn Frauen hier als engagementferne Problemgruppe charakterisiert werden. Das ist allerdings nicht die Diskussion, die in diesem Workshop geführt werden soll, hier soll es vor allem um die Förderung des Engagements von Migrantinnen und Migranten gehen.

Es ist seit langem bekannt, dass Zugänge zum freiwilligen Engagement in einem Zusammenhang mit Faktoren wie dem Bildungsstatus und dem sozioökonomischen Status stehen. Dieser Zusammenhang gilt für alle Altersgruppen, über Geschlechtergrenzen und ethnische Zugehörigkeiten hinweg. Erst in zweiter Linie haben Zugänge auch mit Faktoren wie Migrationsgeschichte, Alter oder Geschlecht zu tun. Gerade im Zusammenhang mit dem Engagement von Migrantinnen und Migranten sind die Erklärungszusammenhänge recht komplex und lassen sich nicht vordergründig ethnisch oder kulturell einordnen.

Aus der Datenlage zur Frage der „Engagementferne“ ergibt sich kein einheitliches Bild. Der Grund liegt u. a. auch darin, dass unterschiedliche Begriffe von freiwilligem oder bürgerschaftlichem Engagement existieren und den verschiedenen Untersuchungen zugrundegelegt werden.

Der Freiwilligensurvey (FWS) unterscheidet zwischen freiwilligem Engagement im engeren Sinne und öffentlichen Aktivitäten. Freiwilliges Engagement meint unbezahltes oder nur durch Aufwandsentschädigungen entgoltenes Engagement, das einen bestimmten Formalisierungsgrad aufweist, d.h. es werden bestimmte Aufgaben übernommen und regelmäßig ausgeübt. Öffentliche Aktivitäten sind gleichsam eine Vorstufe zum Engagement. Sie umfassen die aktive, gemeinschaftliche Beteiligung im öffentlichen Raum, in Organisationen, Vereinen, Gruppen, Einrichtungen, z.B. das Mitmachen im Sportverein oder eine einfache Mitgliedschaft ohne Amt. Nicht hinzugezählt werden im FWS informelle Aktivitäten im nachbarschaftlichen, privaten, familiären Raum.

Die im aktuellen dritten FWS von 2009 auf die Bevölkerung hochgerechnete Engagementquoten dürften den meisten von Ihnen bekannt sein: 36% aller Befragten sind freiwillig engagiert, 35% sind öffentlich aktiv, 29% sind nicht aktiv (2004: 36/34/30; 1999 34/32/34). Damit sind insgesamt 71% der Bevölkerung teilnehmend aktiv.

Zunächst anhand der Daten des FWS ein Blick auf die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das Engagementverhalten dieser Gruppe ist vergleichsweise gut wissenschaftlich untersucht, hier lässt sich der Zusammenhang zwischen Bildungsstatus und Engagementbeteiligung gut belegen.

Die Altersgruppe zwischen 14 und 24 Jahren ist mit 36% freiwillig Engagierten keineswegs engagementfern, sondern zivilgesellschaftlich sehr aktiv, auch wenn ihr freiwilliges Engagement innerhalb der letzten zehn Jahre auf einen im Gesamtvergleich nur noch knapp durchschnittlichen Wert gesunken ist (1999 waren es noch 38%).

Die Gruppe der Aktiven ist bei den 14- bis 29-Jährigen angestie-

gen (von 39 auf 47%), bei den 20- bis 24-Jährigen leicht gesunken (von 38 auf 36%). Die Engagementbereitschaft junger Menschen ist insgesamt angestiegen: Bestimmt zum Engagement bereit sind 32% der 14- bis 19-Jährigen gegenüber 25% im Jahr 2004; bei den 20- bis 24-Jährigen ist der Wert sogar von 25% auf 34% gestiegen.

Bei den Jugendlichen zeigt sich eine deutliche Verbindung zwischen dem Bildungsstatus und dem sozio-ökonomischem Status einerseits und der tatsächlichen Engagementquote andererseits. Dies gilt im Übrigen auch für die geäußerte Engagementbereitschaft.

Hier eine Tabelle aus dem aktuellem FWS, die auch den Verlauf über die letzten zehn Jahre zeigt.

Bildungsgang	1999	2004	2009
Haupt- / Real- und Mittelschüler	*	32	27
Gymnasiasten	*	46	47
G8	*	*	41
G9	*	*	51
Halbtagschule	*	39	39
Ganztagsschule	*	**	31
Betriebliche Ausbildung	28	33	34
Berufsschule/Fachschule	36	33	29
FHS / Universität	40	40	43
20-24 Jahre	45	42	40
25-29 Jahre	36	38	47
Junge Erwerbstätige	34	32	31
20-24 Jahre	38	34	32
25-29 Jahre	33	31	30

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung 2009, Engagementquoten in Prozent, \* nicht erhoben, \*\* zu geringe Fallzahl

Die Engagementquote von Haupt- und Mittelschülern war schon in der letzten Befragungsrunde 2004 signifikant niedriger als die der Gymnasiasten und ist weiter zurückgegangen. „Engagementfern“ sind vor allem Jugendliche ohne oder mit niedrigen Schulabschlüssen, sogenannte benachteiligte Jugendliche also, deren besondere Situation sich aus ihrer Biografie (Schulabschluss, Erfahrungen in Familie und sozialem Umfeld), ihrer derzeitigen Lebenssituation (soziale Einbindung, familiärer Rückhalt) und ihren Perspektiven (beruflich und privat) ergibt. Gymnasiasten hingegen sind, das zeigt die Tabelle, etwa auf dem gleichen Wert engagiert geblieben. Auch in der älteren Untergruppe jenseits der Schulzeit gibt es mehr engagierte Studenten als Gleichaltrige ohne Studium.

Der Freiwilligensurvey kommt zu dem Schluss, dass sich in den letzten Jahren soziale Unterschiede in der Engagementbeteiligung der Jugend weiter verstärkt haben.

Die im letzten Jahr veröffentlichte 16. Shell-Jugendstudie ist zwar

methodisch etwas anders angelegt, kommt aber zu einem ähnlichen Ergebnis und schlussfolgert, dass gesellschaftliche Aktivität und Engagement bildungs- und schichtabhängig sind.

Interessant ist aber gleichzeitig, dass in der Gruppe der Jugendlichen die Unterschiede zwischen hohem und niedrigem Bildungsstatus nicht mehr so signifikant sind, wenn man sich die Aktivitäten statt des Engagements anschaut.

Benachteiligte Jugendliche sind sogar ein wenig häufiger teilnehmend aktiv, sie haben aber offenbar weniger Zugänge zu formalen Strukturen und zu bestimmten Engagementformen, die mit festen Aufgaben und Funktionen verbunden sind.

Ein gutes Beispiel, auf das ich später noch eingehen werde, sind die Jugendfreiwilligendienste, in denen benachteiligte Jugendliche immer noch unterrepräsentiert sind, gemessen an ihrem zahlenmäßigen Anteil in der Altersgruppe. Benachteiligte Jugendliche sind also durchaus aktiv. Wenn Aktivität eine Art Vorstufe zum Engagement darstellt, dann zeigt sich hier, dass es offenbar keine oder zu wenig passende Angebote und Gelegenheiten für diese Jugendlichen gibt, sich mit einem höheren Formalisierungs- und Selbstverpflichtungsgrad zu engagieren.

Es gibt allerdings einen Bereich, für den diese Aussage nicht in gleichem Maße zutrifft, nämlich Sport und Bewegung als der größte Engagementbereich. Zwar sind mehr Gymnasiasten als Hauptschüler Mitglieder von Sportvereinen. Zugleich weisen aber männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund ähnlich hohe Mitgliedschaftsraten auf wie ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Stark unterrepräsentiert sind hier Mädchen mit Migrationshintergrund. Zweitens zeigt sich, dass Jugendliche mit niedrigem Bildungsstatus, die einmal Mitglied eines Sportvereins geworden sind, dort gleich häufig und im gleichen Umfang feste Aufgaben und Funktionen übernehmen wie Jugendliche mit höherer Schulbildung. Dies zeigt also ein weiteres Mal, dass die Frage der Zugänge recht komplex und nicht immer leicht zu beantworten ist.

Wie lässt sich nun das Problem der „Engagementferne“ bei der Gruppe der Migrantinnen und Migranten beschreiben? Für jugendliche Migrantinnen und Migranten mit einem niedrigen Bildungsstatus gilt zunächst (mit einer gewissen Einschränkung im Sportbereich) das, was ich über benachteiligte Jugendliche generell ausgeführt habe.

Das Beispiel Jugendfreiwilligendienste zeigt (laut den Ergebnissen der Evaluation des FSJ und FÖJ, Befragungsdaten von 2003/2004), dass der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, unabhängig von der Frage ihres Schulabschlusses, bei nur 7% liegt. Ihr Anteil in der Altersgruppe insgesamt liegt aber bei ca. 25%, in manchen Ballungsräumen bei bis zu 40%. Hier zeigt sich also eine sehr große Diskrepanz.

Generell gilt für die „klassischen“ Formen des Engagements oder des Ehrenamts, die überwiegend im Rahmen von Verbänden und etablierten Organisationen ausgeübt werden, dass Migrantinnen und Migranten aller Altersgruppen unterrepräsentiert sind. Diese Aussage einschränkend muss allerdings hinzugefügt werden, dass es in diesem Bereich erhebliche Forschungslücken gibt. Wir wissen noch immer zu wenig über das Engagement von Migrantinnen und Migranten, über ihr tatsächliches Engagementverhalten, über die Auswirkungen des Engagements auf Partizipations- und Integrationsprozesse. Wir wissen auch noch zu wenig über

### Aktivitäts- und Engagementquoten 14-24-Jähriger nach Bildungsstatus (in %)

Bildungsstatus	Engagementbeteiligung		
	aktiv (ohne Engagement)	freiwillig engagiert	weder aktiv noch freiwillig engagiert
niedrig	43	22	35
mittel	42	32	26
hoch	39	43	18

Quelle: Liebig 2009: 40; Daten aus dem Freiwilligensurvey 2004; Bildungsstatus: niedrig = Hauptschulabschluss bzw. -besuch; mittel = Realschulabschluss bzw. -besuch; hoch = Besuch des Gymnasiums bzw. Abitur/FH-Reife

Zugangswege und Engagementmotive. Deswegen lassen sich Aussagen nur mit einer gewissen Vorsicht machen.

Der FWS macht zum Engagement von Migrantinnen und Migranten nur eingeschränkte Aussagen. Hintergrund ist, dass der Survey auf Telefoninterviews beruht, die bis zu einer Stunde dauern und gute deutsche Sprachkenntnisse voraussetzen. Damit wurden v.a. besser integrierte Migrantinnen und Migranten mit entsprechenden Sprachkompetenzen erreicht und befragt, was die Aussagen verzerrt und eine gewisse methodische Schwäche des FWS darstellt. Entsprechend gibt es im Hauptbericht keine Sonderauswertung oder ein eigenes Kapitel zum Engagement von Migrantinnen und Migranten.

Der Freiwilligensurvey kommt aber dennoch zum Schluss, dass

zwischen 1999 und 2009 in der Bevölkerungsgruppe der Migranten das Engagement nicht gewachsen ist. Gleichzeitig stellt er fest, dass das freiwillige Engagement mit der Aufenthaltsdauer erheblich ansteigt. Leider lässt sich aber keine Aussage darüber treffen, ob das erhöhte Engagement die Folge einer verbesserten Integration oder ob es im Gegenteil Ursache oder Motor für eine bessere Integration ist.

Es gibt Versuche, auf Basis der Daten des FWS die Merkmale Migrationshintergrund, Bildungsstatus, Altersgruppe und Engagementbeteiligung zusammenzubringen. Reinhard Liebig hat dies mit den Daten aus der Befragungswelle von 2004 getan. Eine Tabelle mit aktuelleren Daten aus dem 3. FWS liegt mir leider nicht vor, ich gehe aber davon aus, dass die Tendenz gleich geblieben ist.

### Daten zum Engagement und zur Engagementbereitschaft von Migranten und Nicht-Migranten (in %)

Merkmal	Engagementbeteiligung			Bereitschaft zum Engagement		
	aktiv (ohne Engagement)	freiwillig engagiert	weder aktiv noch engagiert	vielleicht bereit	bestimmt bereit	nicht bereit
<b>Migranten</b>						
Alle	38	23	39	34	19	47
14-24 Jahre	42	22	36	39	20	41
niedriger Bildungsstatus	38	19	43	29	14	57
<b>Nicht-Migranten</b>						
Alle	33	37	30	34	14	52
14-24 Jahre	40	38	22	44	27	29
niedriger Bildungsstatus	33	27	40	26	8	66

Quelle: Liebig 2009: 42; Daten aus dem Freiwilligensurvey 2004; niedriger Bildungsstatus = Hauptschulabschluss bzw. -besuch

Die Tabelle zeigt, dass die Engagementquote bei Migranten unterdurchschnittlich ist (Bevölkerungsdurchschnitt = 36%, 2004). Zweitens gilt auch hier die Verbindung aus Engagementquote und Bildungsstatus: Das Engagement von Migranten mit niedrigem Bildungsstatus ist noch geringer als der ohnehin geringe Durchschnitt bei den Migranten insgesamt.

Die öffentliche Aktivität von Migranten ist mit 38% hingegen

recht hoch und liegt sogar über dem gesamtdeutschen Bevölkerungsdurchschnitt (= 34% im Jahr 2004).

Die Studie „Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland“ von 2007 kommt zum Ergebnis, dass sich türkischstämmige Personen zu fast zwei Dritteln (64%) aktiv in Vereinen, Gruppen, Initiativen beteiligen. Hier ist der Unterschied zur Mehrheitsbevölkerung somit nicht groß. Die Ak-



tivitätsfelder unterscheiden sich insofern, als Religion (mit 29% aller Nennungen) an erster Stelle kommt (deutsche Bevölkerung: ca. 7%), dann folgen die auch in der Mehrheitsbevölkerung dominanten Felder Sport/Bewegung, Freizeit/Geselligkeit, Kultur/Musik usw.

Einen großen Unterschied gibt es laut dieser Studie bei der tatsächlichen Engagementbeteiligung der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten. Hier wurde eine Quote von nur 10% ermittelt, die sogar noch um einiges unter der Quote der Migrantinnen und Migranten insgesamt liegt (s.o. Tabelle: 23%).

Das Engagement bzw. die Aktivitäten von Migranten sind also weniger formal, weniger in Organisationsstrukturen eingebunden und damit auch weniger sichtbar. Würde man zu den öffentlichen Aktivitäten, wie sie der FWS definiert, noch die nachbarschaftlichen und im eher privaten Raum stattfindenden Aktivitäten in den Migrantengemeinschaften hinzunehmen, käme man sicher auf höhere Zahlen. Es geht hier bestimmt nicht darum, sich etwas schönzurechnen. Aber man sollte sich darüber bewusst sein, dass das Engagement und die Aktivitäten von Migranten aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft nicht immer bemerkt werden.

Worüber wir außerdem nicht genug wissen, und das ist ein mindestens ebenso wichtiger Punkt, ist die Art und das Ausmaß des Engagements, das in den Migrantengemeinschaften selbst stattfindet. Auch aus diesem Grund bleibt das Engagement von Migranten zu wenig sichtbar. Hier besteht ebenfalls erheblicher Forschungsbedarf.

Wenn man über das Thema Zugänge spricht, muss man zwingend auch die Migrantengemeinschaften einbeziehen und nicht nur von Zugängen zu Organisationen der Mehrheitsgesellschaft sprechen. Lange Zeit ist das Engagement von Migranten in eigenethnischen Migrantenselbstorganisationen eher in Zusammenhang mit Abschottungstendenzen und Parallelgesellschaften diskutiert worden. Das beginnt sich seit einiger Zeit zu ändern. Derzeit wird z. B. von INBAS-Sozialforschung eine Studie erarbeitet: Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten – Vergleichende Fallstudien in multiethnischer Perspektive. Diese Studie wird voraussichtlich Ende dieses Jahres vorliegen und hoffentlich eine Erkenntnislücke im Hinblick auf Motivationen, Strukturen und Potenziale des freiwilligen Engagements von Migranten schließen.

## 2. Warum ist die Frage der Zugänge zum Engagement wichtig, warum wird sie in der Engagementpolitik seit mehreren Jahren intensiver diskutiert? Wo und warum wird Handlungsbedarf festgestellt?

Man kann diese Frage aus einer individuellen Perspektive, aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive und aus der Engagementförderperspektive von zivilgesellschaftlichen Organisationen betrachten.

Aus der individuellen Perspektive ist das Engagement mit vielen Chancen verbunden. Hier bieten sich zahlreiche Möglichkeiten des informellen Lernens und des Kompetenzerwerbs. Das Engagement trägt zu Bildungsprozessen und zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Es kann in biografischen Übergängen wie dem Übergang zwischen Schule und Beruf, beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Erziehungszeit oder einer Phase der Arbeitslosigkeit von konkretem Nutzen sein.

Darüber hinaus wird dem Engagement ein sozialintegratives Potenzial zugeschrieben, d.h. über das Engagement erschließen sich soziale Beziehungen und Netzwerke (Sozialkapital). Auf diese Weise sind Engagierte sozial eingebunden, und zwar auch jenseits des unmittelbaren Engagementkontextes. Engagement verbessert also die Integrationsmöglichkeiten.

Andererseits aber – und da liegt die Krux in der ganzen Diskussion, die Ungerechtigkeit und auch der Handlungsbedarf – erschließen sich durch die beschriebenen sozial- und bildungsgebundenen Zugänge zum Engagement die sozialen Integrationspotenziale eben gerade für die Menschen am besten, die ohnehin über die besseren Integrationschancen verfügen und bereits ein ihrer Herkunft entsprechendes höheres soziales Kapital mitbringen. Auch hier passt wieder das Beispiel der Jugendfreiwilligendienste: Gerade die Jugendlichen mit niedriger formaler Bildung, die von den informellen Bildungsprozessen, von Chancen zur Persönlichkeitsentwicklung und zur beruflichen Orientierung in den Freiwilligendiensten erheblich profitieren könnten, haben zugleich die schlechtesten Zugänge.

Die Bedeutung des Engagements aus der gesellschaftlichen Perspektive ergibt sich aus seinem Beitrag zur sozialen Integration, zur Wertebindung und zur Stärkung von Partizipation und demokratischen Orientierungen. Betont wird außerdem der Wert des Engagements als Bildungs- und Lernort.

Man kann aus dieser Perspektive feststellen, welche – vielleicht auch überhöhten – Erwartungen hier an das Engagement gerichtet werden. Dabei steht naturgemäß weniger der Eigensinn des Engagements im Zentrum, sondern seine Wirkungen, vielleicht sogar seine kompensatorischen Wirkungen, die Fehlentwicklungen in der Sozial-, Bildungs- oder Integrationspolitik ausgleichen sollen.

Aus Sicht der Engagementförderung zivilgesellschaftlicher Organisationen ist die Frage der Zugänge zum Engagement mit der Ressourcenfrage verbunden und daher auch mit der Frage nach dem Bestand und der Weiterentwicklung der Organisationen. Freiwilliges Engagement und freiwillig Engagierte sind eine bedeutende Ressource für Vereine und Einrichtungen, ganz gleich ob im Sport oder im sozialen Bereich. Menschen mit Migrationshintergrund stärker einbeziehen zu wollen heißt also z. B. im Sport, dafür Sorge zu tragen, dass die Vereine auch künftig bestehen werden, auch künftig Mitglieder haben werden und auch künftig ihre Aufgaben erfüllen können. Angesichts des demografischen Wandels wird dies zu einem noch drängenderen Problem.

In manchen Engagementkontexten – auch hier ist der Freiwilligendienst ein Beispiel – hat das Problem fehlender Zugänge zusätzlich noch mit der Frage der Gewinnung von beruflichem Nachwuchs zu tun, und dies angesichts des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels im sozialen Bereich.

Insofern wundert es nicht, dass dem freiwilligen Engagement in den Integrationsdebatten, zum Beispiel im Rahmen des Nationalen Integrationsplans, eine große Rolle zukommt, im Hinblick auf die Ziele Engagementförderung, stärkere Einbindung von Migranten in bürgergesellschaftliche Strukturen, interkulturelle Öffnung von Organisationen der Zivilgesellschaft und Anerkennung des Engagements in Migrantenorganisationen.

### 3. Welche Praxisbeispiele für das Öffnen von Zugängen zu Engagementstrukturen gibt es?

Die gezielte Förderung des Engagements von Migranten und die Förderung von Migrantenorganisationen werden erst seit wenigen Jahren verstärkt diskutiert. Es liegt noch nicht lang zurück, dass Migranten vor allem das Objekt des Engagements aus der Mehrheitsgesellschaft waren, Engagement also für Migranten statt des Engagements von Migranten.

Ich möchte Ihnen hier noch einmal Praxisbeispiele aus dem Bereich der Jugendfreiwilligendienste vorstellen. Welche Erkenntnisse sich dafür eignen, in andere Engagementbereiche übertragen zu werden, muss die Diskussion zeigen.

Hier ist nicht der Raum, um die besonderen Strukturen und Rahmenbedingungen im FSJ und FÖJ darzustellen. Daher sei nur noch einmal erinnert, dass sowohl Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss wie auch Jugendliche mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert sind.

Um Zugänge zu öffnen und geeignete Wege der pädagogischen Begleitung dieser Jugendlichen zu erproben, wurde von 2007 bis 2010 das vom BMFSFJ und dem ESF finanzierte Modellprogramm „Freiwilligendienste machen kompetent“ durchgeführt. Koordiniert wurde es vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

Das Programm richtete sich an benachteiligte Jugendliche und in diesem Zusammenhang besonders auch an Jugendliche mit Migrationshintergrund, soweit das Kriterium des niedrigen oder fehlenden Schulabschlusses auf sie zutraf.

Folgende Ergebnisse möchte ich herausheben.

1. **Ansprachewege:** Es genügt nicht, dem FSJ und FÖJ prinzipiell das Etikett „integrativ“ zu geben, es für alle Zielgruppen prinzipiell offenzuhalten und darauf zu warten, dass sich auch alle beteiligen. Benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund kommen überwiegend aus einem Umfeld, in dem das FSJ/FÖJ nicht bekannt sind. Sie haben außerdem oft andere Motive, die stärker auf den unmittelbaren und konkreten Nutzen für den Übergang in Ausbildung und Beruf gerichtet sind. Sie sind daher zunächst oft skeptisch gegenüber einem Angebot wie dem FSJ oder FÖJ, das sie nicht einschätzen können. Um die Jugendlichen zu erreichen, werden aktive Wege der Ansprache benötigt, unter Einbindung von Multiplikatoren wie z. B. Migrantenorganisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit aber durchaus auch von Arbeitsagenturen.
2. **Die Einsatzstellen** müssen für die Besonderheiten der Zielgruppe sensibilisiert werden. Für die Stärken der Jugendlichen muss aktiv geworben werden, da es nicht selten Vorbehalte gibt. Was die Tätigkeiten selbst angeht, hat sich gezeigt, dass die Jugendlichen am liebsten und am erfolgreichsten in genau den gleichen Bereichen tätig sind wie die Mehrheit der Freiwilligen. Im FSJ ist das die unmittelbare Arbeit mit Menschen in der Pflege, im Krankenhaus und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei sind mitunter interkulturelle Schwierigkeiten aufgetreten, z. B. beim Einsatz von Kopftuch tragenden FSJlerinnen in bestimmten Pflegeeinrichtungen oder auch bei der Pflege von erwachsenen Personen des anderen Geschlechts. Diese und andere Probleme müssen die FSJ-Träger berücksichtigen und entsprechend bearbeiten.
3. **Zum FSJ und FÖJ** gehört eine gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Bildungstagen, in denen Seminare stattfinden. Einige Projekte haben dabei sehr erfolgreich mit Migrantenorganisationen zusammengearbeitet. Deren Vertreter wurden gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu wichtigen Rollenvorbildern und Identifikationsfiguren.
4. **Die Projekte** waren in ihrer Arbeit mit jungen Migranten dort besonders erfolgreich, wo sie sich lokal gut vernetzt haben, vor allem auch mit Migrantenorganisationen. Bei der Kooperation mit diesen kam es darauf an, sie nicht einfach als günstige Zugangsmöglichkeit zur Zielgruppe zu instrumentalisieren, sondern
  - sie auch auf der Ebene der Projektplanung und -steuerung zu beteiligen (Partnerschaft auf Augenhöhe),
  - die Migrantenorganisationen finanziell und personell angemessen zu beteiligen,
  - ihre Ziele und Erwartungen zu berücksichtigen,
  - dem Vertrauensaufbau besondere Aufmerksamkeit zu widmen,



- zu berücksichtigen, dass Migrantenorganisationen oftmals über keine ausgebaute, professionalisierte Trägerinfrastruktur verfügen, sondern auf Ehrenamt basieren.

Das Programm ist Ende 2010 ausgelaufen, obwohl es ursprünglich einmal mit einer Laufzeit bis 2013 vorgesehen war. Nach meinem Informationsstand führt nur einer der zwölf Träger die Arbeit aus dem Modellprogramm in nennenswertem Umfang fort. Die anderen Projekte geben an, eine Weiterführung aus Ressourcen Gründen nicht ermöglichen zu können. Insofern scheint, trotz erfolgreicher Arbeit im Laufe des Programms und trotz guter, interessanter und durchaus in die Praxis der regulären Freiwilligendienste übertragbarer Ergebnisse erneut eine Modellruine zurückzubleiben.

Es gibt ein weiteres interessantes Projekt mit dem Schwerpunkt FSJ, „Qualifizierung von Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“, das noch bis Juli dieses Jahres läuft. Ziel dieses Projektes ist es, Migrantenorganisationen so zu beraten und zu begleiten, dass sie selbst Träger des FSJ werden. Hier sollen also Zugänge von Migrantenorganisationen zu einem bestimmten Engagementbereich geöffnet und Infrastruktur aufgebaut werden. Zweitens sollen natürlich Zugänge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zum FSJ gefördert werden.

Das Projekt wird gefördert vom BMFSFJ und dem Berliner Senat. Als Träger qualifiziert werden die Türkische Gemeinde Deutschland (TGD) und, mit einem kleineren Anteil am Projekt, der Club Dialog und Südosteuropa Kultur e. V., alle in Berlin ansässig.

Das Projekt ist noch nicht abgeschlossen, daher liegen noch keine endgültigen Ergebnisse vor. Die beteiligten Organisationen haben aber, so viel steht jetzt schon fest, etwas geschafft, was etablierten FSJ-Trägern so bisher nicht gelungen ist:

1. Erstens ist es der TGD gelungen, nicht nur türkischstämmige Jugendliche anzusprechen, sondern auch Jugendliche anderer Herkunft, darunter auch deutschstämmige. Da die TGD in der Seminararbeit mit dem Club Dialog und Südosteuropa Kultur e. V. zusammenarbeitet, hat man eine Seminargruppe aus jungen Menschen zusammenbekommen, die in ihrer Herkunftsvielfalt im FSJ in Deutschland vermutlich ihresgleichen sucht.
2. Zweitens ist es gelungen, auch im Hinblick auf die Schulabschlüsse eine gemischte Gruppe von FSJlerinnen und FS-

Jlern zusammenzubringen. Für die etablierten FSJ-Träger ist die Frage, wie man Jugendliche mit Hauptschulabschluss integrieren soll, seit Jahren ein wichtiges Thema. Diskutiert wird, ob man die pädagogische Begleitung benachteiligter Jugendlicher mit den verfügbaren Personalressourcen leisten kann, ob die Jugendlichen im FSJ überfordert sind, ob man besser separate Seminargruppen für sie bilden soll oder wie der Seminarinhalt bei integrierten Gruppen aussehen soll usw. Die TGD hingegen hat, was möglicherweise ihr Glück ist, keinen langen Vorlauf an (auch ideologielastigen) Diskussionen zum FSJ. Man hat dort einfach mit der Arbeit begonnen, konzipiert Seminare und führt sie durch, mit wenig mehr als den im FSJ stets knappen Personalressourcen. Die Zahl der Abbrüche ist gering und die Zufriedenheit der Jugendlichen offenbar hoch. Auch die Einsatzstellen sind hochzufrieden und möchten zum Teil ihr Angebot an Einsatzplätzen so ausweiten, dass die TGD mit der Besetzung durch Freiwillige kaum nachkommt.

3. Als dritter Punkt, der ebenfalls mit den Einsatzstellen zu tun hat: Es gab offenbar zunächst Konkurrenzbedürfnissen in der etablierten Trägerlandschaft, das neue Migrantenorganisationen-Projekt könnte Einsatzstellen abwerben. Dies war jedoch nicht der Fall. Die TGD hat ganz neue Einsatzstellen akquirieren können, die zuvor gar nicht am FSJ beteiligt waren. Insofern hat das Projekt sogar (wenn auch nur auf Berlin bezogen) eine Ausweitung des FSJ erreicht – sowohl was die Teilnehmer angeht als auch die Einsatzstellen.

Ob das Projekt nach Ende der geplanten Förderlaufzeit auf eigenen Füßen stehen kann, ist derzeit noch nicht klar. Relativ klar ist, dass die ursprüngliche Überlegung, das Projekt auch in andere Bundesländer zu bringen, wegen fehlender Fördermittel wohl nicht umgesetzt werden kann.

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zu den förderpolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Sowohl in der Koalitionsvereinbarung als auch in der Nationalen Engagementstrategie wird dem Thema Integration von Migranten mittels der Förderung von Engagement eine recht große Bedeutung beigemessen. Dabei wird explizit auch auf das Instrument der Jugendfreiwilligendienste hingewiesen. Insofern stellt sich die Frage, wie die Beendigung des Modellprogramms „Freiwilligendienste machen kompetent“ oder die nicht zustande kommende Ausweitung eines erfolgreichen lokalen Migrantenorganisationen-Projektes damit zusammenpassen. Unklar ist außerdem noch, wie der Transfer der Programm- und Projektergebnisse organisiert werden soll und welche weiteren Beratungs-, Qualifizierungs- und Begleitungsaktivitäten es hier für bestehende und künftige Träger geben wird.

Ich möchte zum Schluss noch einen anderen Punkt ansprechen, der für die Frage der Zugänge aus meiner Sicht entscheidend ist. Es gibt den schönen Satz, Engagement muss man sich leisten können. Wir haben es gerade bei Migranten überdurchschnittlich häufig mit Menschen mit niedrigem Einkommen bzw. mit Erwerbslosen zu tun. In den Freiwilligendiensten hat sich gezeigt, dass die teilweise Anrechnung des Taschengeldes auf den Regel-

satz der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft oder auch auf den eigenen ALG-II-Satz für die Jugendlichen eine Hürde darstellt, sich überhaupt für einen Freiwilligendienst zu entscheiden und diese Entscheidung gegenüber ihren eigenen Familien zu rechtfertigen. Immerhin konnte in der Laufzeit des Modellprogramms erreicht werden, dass 60 Euro anrechnungsfrei bleiben. Es ist und bleibt aber eine Frage der Gerechtigkeit und der Anerkennung, wenn diese Jugendlichen nur 60 Euro behalten dürfen, ihre ohnehin besser gestellten FSJ-Kollegen aber um die 180 Euro bekommen und zusätzlich noch eine bestimmte Ersatzleistung für Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Erfreulich ist hingegen die Tatsache, dass der ursprüngliche Plan der Regierungskoalition, dass Aufwandsentschädigungen in Form der Übungsleiterpauschale, also 2100 Euro im Jahr, voll auf die ALG-II-Sätze anzurechnen sind, doch nicht umgesetzt wird. Dennoch ist weiterhin Sorge dafür zu tragen, dass sich im Engagement nicht eine Zweiklassengesellschaft durchsetzt, die durch die unterschiedlich verteilten Zugänge ohnehin besteht. Dies wäre keine gute Entwicklung im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit. Das Jahr sollte vielmehr auch dazu genutzt werden, auf förderpolitische Missstände und mangelhafte rechtliche Rahmenbedingungen hinzuweisen, statt die sattsam bekannten Sonntagsreden über das Engagement als Kitt der Gesellschaft zu halten.

### **José Povedano: Die Rolle von Migrantenselbstorganisationen bei der Engagementförderung**

Bürgerschaftliches Engagement ist eine „unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“. Es ist ein lebendiger Beitrag zur Gestaltung einer demokratischen, gerechten und partizipativen Gesellschaft. Mit 71% beteiligt sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung über seine privaten und beruflichen Belange hinaus aktiv am Gemeinwesen.<sup>1</sup>

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland findet zu 47% innerhalb von Vereinsstrukturen statt. Nach dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung aus dem Jahre 2009<sup>2</sup> gab es in Deutschland im Jahre 2008 an die 554.000 eingetragene Vereine; hinzu kommen die Vereine, die nicht im Vereinsregister eingetragen sind und deren Zahl auf mehrere Hunderttausende geschätzt wird.

Es gibt nicht einen Grund für freiwilliges Engagement, sondern verschiedene Motivbündel, die zusammenwirken. Das Spektrum der freiwilligen Tätigkeit ist vielfältig und spiegelt die unterschiedlichen Interessenlagen und Bedürfnisse der Bevölkerung wider. Der Sport behauptet sich 2009 als führender Bereich. Es folgen die Bereiche Kindergarten und Schule sowie Religion und Kirche und die Bereiche Soziales sowie Kultur, Kunst, Musik.

Durch den Freiwilligensurvey u. a. wissen wir, dass im freiwilligen Engagement große soziale Unterschiede bestehen.

Das freiwillige Engagement junger Migrantinnen und Migranten ist im Vergleich zu den Aktivitäten deutscher Jugendlicher unterrepräsentiert. Nur 24% der jungen Migrantinnen und Migranten im Alter zwischen 14 und 19 Jahren engagieren sich freiwillig, bei

den Deutschen liegt der Anteil bei 36%.<sup>3</sup>

Modellprojekte zeigen allerdings, dass die Engagementbereitschaft junger Migrantinnen und Migranten hoch ist.

Die Tatsache, dass junge Migrantinnen und Migranten im Durchschnitt in bestehenden Engagementformen unterrepräsentiert sind, liegt nicht in ihrer Engagementbereitschaft begründet, sondern in der Zugänglichkeit und dem Bekanntheitsgrad der bestehenden Angebote bei den entsprechenden Zielgruppen. Hier passgenaue Angebote zu machen, ist demnach ein wirkungsvoller Weg, das Engagement nachhaltig zu fördern und auszuweiten.

Um den Anteil von Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund (MH) an Jugendfreiwilligendienste von den zuletzt ermittelten rund 7% zu erhöhen, hat die Bundesregierung gezielte Maßnahmen ergriffen. Im Rahmen eines laufenden Projektes werden Migrantinnenorganisationen als Träger und Einsatzstelle für Jugendfreiwilligendienste qualifiziert und Jugendliche und junge Menschen mit MH gezielt angesprochen.

Nach wie vor sind mehr Männer (40%) als Frauen (32%) bürgerschaftlich engagiert, insbesondere im durch bürgerschaftliches Engagement geprägten kommunalen Bereich.<sup>4</sup>

Freiwilligendienste aller Generationen können neben Ausbildung, Beruf und Familie geleistet werden und sind besonders geeignet in biografischen Übergangszeiten:

- zwischen Schule und Beruf,
- auf der Suche nach einem Wiedereinstieg nach der Familienphase,
- während Zeiten der Erwerbslosigkeit, oder
- beim Übergang in die nachberufliche Lebensphase.

Insbesondere mit den Themenschwerpunkten vermehrte Einbindung von Migrantinnen und Migranten, frühzeitige Einbindung von Kindern und Jugendlichen in bürgerschaftliches Engagement und Erfahrungswissen der älteren Menschen nutzen, bietet der Freiwilligendienst aller Generationen mit seinem flexiblen Profil und seinen vielfältigen Angeboten die Chance, die zentralen Zielgruppen für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen und nachhaltiges Engagementbewusstsein zu entwickeln.

Bei allen geplanten Aktivitäten liegt ein besonderer Fokus auf generationenübergreifenden Aktivitäten sowie der gezielten Ansprache von jungen Menschen, Älteren, Frauen, Migrantinnen und Migranten.

### **Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband**

Im Paritätischen sind zur Zeit ca. 550 Organisationen im Bereich Migrationsarbeit schwerpunktmäßig tätig. Diese bieten eine Vielzahl von Angeboten in den verschiedenen Bereichen sozialarbeiterischer Dienstleistungen (vom Vorschulbereich bis hin zu Angeboten der Altenhilfe).

Außerdem sind im Verband über 120 Migrantinnenorganisationen tätig. Davon sind fünf Organisationen bundesweit aktiv und haben in der Regel auch örtliche Strukturen (bagiv, KuSoW, Bundesverband Spanischer Sozialer und Kultureller Vereine, VIFI, Bundesverband der Migrantinnen).

Um die Sichtweisen und Belange von Migrantinnenorganisationen



nach innen und außen besser sichtbar zu machen ist im Jahre 2007 das Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband (FdM) entstanden.

Darüber hinaus werden Projekte zur Förderung, Qualifizierung und Partizipation initiiert und während ihrer Implementierung begleitet.

#### Die Bedeutung von Migrantenorganisationen als Dienstleister und Interessenvertreter aus der Sicht des Paritätischen

„Die Migrantenorganisation“ gibt es so wenig wie die „Deutsche Organisation“. Sie sind sehr heterogen und haben daher im Integrationsprozess unterschiedliche Bedeutung.

Für mich, und dies liegt meinen Ausführungen zugrunde, werde ich die Migrantenorganisationen im Blick haben, die im Paritätischen Mitglied sind oder es potenziell werden wollen und können:

- gemeinnützig eingetragene Vereine,
- der Hauptschwerpunkt ihres Handelns liegt in der Sozialen, Bildungs- und Kulturarbeit,
- sie haben demokratische Strukturen (nach dem Vereinsrecht),
- sie sind konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Wir gehen davon aus, dass

- Migrantenorganisationen aufgrund der eigenen Migrationserfahrung ihrer Mitglieder die Lebenslagen und auch Bedürfnisse von Zugewanderten, verstehen,

- sie Menschen erreichen, die oft aufgrund von Migrationserfahrungen deutsche Träger nicht aufsuchen,
- sie dadurch, dass sie die Mutter- und Kultursprache sprechen, einen Vorteil haben bei der Schaffung von Zugängen,
- sie in zunehmenden Maße gute Arbeit leisten, da sie inhaltlich und fachlich kompetent sind (bzw. werden wollen),
- sie vorhandene Ressourcen von Migrantinnen und Migranten erkennen und stärken können, im Sinne von Empowerment – „Hilfe zur Selbsthilfe“,
- sie Menschen dort abholen können, wo sie sind; mit niedrigschwelligem Angeboten.

#### Schwierigkeiten und Hürden für die gleichberechtigte Teilhabe:

- Den Migrantenorganisationen fehlt oft die (soziale) Anerkennung,
- sie haben eine geringe finanzielle Ausstattung,
- sie verfügen kaum über Informationen zu Fördermöglichkeiten,
- sie sind oft rein ehrenamtlich geführte Organisationen, und ihre Dienste erfüllen daher oft nicht die notwendigen professionellen Standards.

#### Professionalisierung

Der Paritätische hat eine Reihe von Maßnahmen und Projekten gestartet, um Migrantenorganisationen zu professionalisieren, so zum Beispiel:

- Integration durch Partizipation (EIF-QMO),
- Tandemprojekt Parität-Bagiv zur Fortbildung von Multiplikatoren im sozialarbeiterischen Bereich,
- strukturelle Förderung von überregionalen Migrantenorganisationen (acht bundesweit tätige Migrantenorganisationen beteiligen sich am Projekt).

Dabei geht der Paritätische davon aus, dass Migrantenorganisationen zum Ehrenamt hauptamtliche Strukturen brauchen, damit Kontinuität und das Wissen und Handeln gedeihen kann.

#### Funktionen von Migrantenorganisationen als Interessenvertreter und Dienstleister

Die Selbstorganisationen erfüllen eine wichtige Funktion als Interessenvertretung gegenüber der Gesellschaft.

- So ermöglichen sie den Betroffenen, ihre Interessen nach außen zu artikulieren, d.h. die spezifischen Anliegen der Betroffenen werden aus der Anonymität ihrer individuellen Wünsche und Meinungen gehoben und zu entscheidungsfähiger, formulierter Gruppenangelegenheit gemacht.
- Dies bedeutet, Selbstorganisationen können durch Wandlung latenter Interessen in manifeste Interessen konkrete Aussagen machen. In Migrantenorganisationen laufen Mechanismen zur Bewusstmachung von Interessen.
- Ferner vollzieht sich eine Interessenaggregation, d.h. die Bündelung einer Vielzahl von Forderungen. Diese Bündelung ist für die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sehr wichtig. Die Interessenselektion führt auch bei den Betroffenen



zu einem Zusammengehörigkeitsbewusstsein (Wir-Bewusstsein), was zu einer sozialen und politischen Integration der Betroffenen führt und nicht wie oft angenommen zu einer Segregation.

- Konkret heißt dies, dass die Migrantenorganisationen Selbsthilfeinstanzen darstellen, die in ihrer praktischen Arbeit als Mittler zwischen den Migrantinnen und Migranten und der deutschen Gesellschaft und Kultur angesehen werden können.

Aus den genannten Gründen sollten Selbstorganisationen in Deutschland stärker als bisher unterstützt werden. Die Selbsthilfe, Selbstverwaltung und die praktizierte Solidarität garantieren die Selbst- und Mitbestimmung als Schritt zur politischen und kulturellen Integration und somit auch als Schritt in die volle Integration der Migrantinnen und Migranten.

- Migrantenorganisationen vollziehen bzw. entwickeln mit ihrem Wirken Dialogfähigkeit zuerst innerhalb der Migranten und dann mit der deutschen Gesellschaft,
- sie unterstützen den Prozess der Dialogbereitschaft, indem sie Räume schaffen, um Begegnungen auf Augenhöhe zu ermöglichen,
- und schließlich fördert sie die Konfliktfähigkeit, indem Migrantinnen und Migranten als aktive und gleichwertige Partner angesehen werden.
- Gemeinsame Strategien werden entwickelt, um Lebenslagen unter Berücksichtigung eigener Standpunkte (und Sichtweisen) adäquat und zielgerichtet positiv zu verändern.
- Damit entsteht ein erhöhtes Selbstwertgefühl im Prozess, ein „Wir Gefühl“ im gemeinsamen Handeln und somit die gesellschaftliche Integration Schritt für Schritt.

### Was ist das Ziel?

Revidierung konsumtiver Haltungen und Passivität bzw. Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwesen zur Übernahme von Verantwortung, Mitwirkung und Mitentscheidung, im

- Verein,
- Stadtviertel,
- Kita, Schule etc.,
- Arbeitswelt,
- Freizeit und Sport,
- Hausgemeinschaft etc.

### Was brauchen wir?

1. Anerkennung und Förderung der sprachlichen und kulturellen Hintergründe und der Vielfalt.
2. Maßnahmen zur Stärkung des Selbstwertgefühls und zur Förderung der Teilhabe, z. B. durch:
  - Sensible pädagogische Instrumente der Erwachsenenbildung,
  - Programme bzw. Maßnahmen der politischen Bildung.

### Warum brauchen wir es?

Zu 1. Das Aufbrechen des Schweigens durch

- Raub an der Sprache,
- Zerstörung der kulturellen Identität,

gibt ein wehr- und hoffnungsloses Gefühl. (Die Macht der Einen braucht die Dummheit der Anderen!)

Zu 2. Durch eine humanisierende und problemformulierende dialogische Pädagogik begreift der Betroffene die Welt nicht als statisch, sondern als gestaltbar auch durch das eigene Handeln.

Er/Sie begreift sich als SUBJEKT DES PROZESSES und IDENTIFIZIERT SICH MIT SEINEM GEMEINWESEN.

### Fazit:

Aus meiner Sicht reicht die gezielte Ansprache nicht aus, um Menschen mit Migrationshintergrund zu motivieren, sich ehrenamtlich zu engagieren, sondern ihre unterschiedlichen Lebenslagen, Erfahrungshintergründe und kulturbedingte Lösungsstrategien müssen mitbedacht und berücksichtigt werden. Der Reichtum Deutschlands liegt in der Anerkennung seiner kulturellen Vielfalt (interkulturelle Prozesse sind hierzu von uns allen gefordert).

1 Freiwilligen Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, BMFSFJ 2010. Der Freiwilligensurvey liefert aktuelle und repräsentative Daten zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Er wird seit 1999 alle fünf Jahre erhoben.

2 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung aus dem Jahr 2009.

3 Bildungsbericht 2010 unter Bezugnahme auf den Freiwilligensurvey.

4 Freiwilligensurvey.

# Workshop

## 3

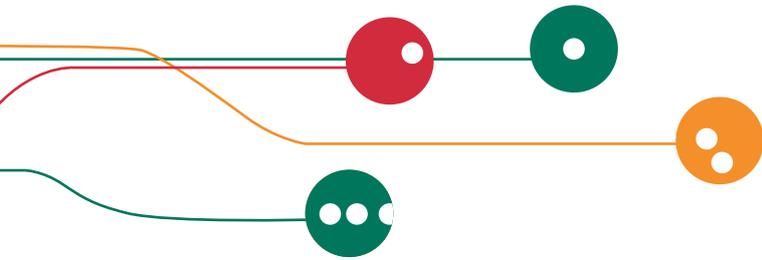
### Austausch und Vernetzung – national und europaweit

#### Moderation

Michael Müller,  
Deutscher Caritasverband

#### Beiträge

Mirko Schwärzel,  
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement  
Sarah Singer,  
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland  
Dr. Stephanie Scholz,  
Diakonisches Werk der EKD



Als langfristiges Ziel wird im Programm des EJF 2011 die Initiierung eines regelmäßigen Dialoges zum bürgerschaftlichen Engagement auf EU-Ebene angestrebt. Im Rahmen dieses Workshops wurde auf bereits bestehende Formen und Strukturen von Netzwerken zum bürgerschaftlichen Engagement eingegangen und die Frage erörtert, welche Rolle diese zukünftig spielen könnten.

Mirko Schwärzel machte als erster Inputgeber den Auftakt mit einem Plädoyer für eine intensive europäische Zusammenarbeit im Arbeitsfeld Engagement. Für viele Träger gestalte sich eine Beteiligung an Austauschaktivitäten oder Netzwerken aufgrund von Sprachbarrieren oder personeller und finanzieller Ressourcenknappheit zwar noch schwierig. Dennoch sprächen triftige Gründe für eine aktive Einmischung auf europäischer Ebene: Einerseits gelte es, angesichts der Tatsache, dass über 70 % der nationalen Gesetzgebung in Brüssel vorgegeben werde, das immer noch ausgeprägte Demokratiedefizit abzubauen und sich aktiv am Meinungsbildungs- und Agendasettingprozess zu beteiligen. Andererseits müssten aber auch Möglichkeiten genutzt werden, die nationale Engagementstrategie mitzuprägen und auszulegen und eine wirkungskräftige Lobby zum Thema aufzubauen. Ziel einer Vernetzung müsste es sein, das Politikfeld Engagement auf europäischer Ebene zu etablieren, aber auch eine Rolle als Mittler zwischen regionalen, nationalen und europäischen Akteuren im Themenfeld wahrnehmen zu können, der Impulse aus Initiativen sammelt und in europäische Gremien einspeist und gleichzeitig EU-Entscheidungen und bürokratische Verfahren in die Verbandslandschaft kommunizieren kann. Wichtige Baustellen für ein europäisches Engagement-Netzwerk sind für Mirko Schwärzel insbesondere die Klärung und Vereinfachung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement (Auslegung des Beihilferechts, transnationales Vereins- und Steuerrecht), eine Neuauflage und Weiterentwicklung von Förderprogrammen für Engagement und Austausch sowie die Etablierung von Nachwei-

sen zur Anerkennung informellen Lernens. Abschließend formulierte der Referent noch drei Thesen: Erstens sei Deutschland als Akteur im europäischen Engagement-Kontext ein schlafender Riese, der zwar mehrere gute Beispiele in Sachen Vernetzungstradition (AG Europa BBE und BAGFW, Bündnis für Gemeinnützigkeit), Annerkennungspraxis (Good-Practice-Ehrungen) und Koordinierungsstrukturen (Freiwilligenagenturen) vorzuweisen hat, dieses Potenzial auf europäischer Ebene aber noch wenig zu nutzen weiß. Hier gelte es, MdEP als Multiplikatoren für das Thema zu gewinnen und auf eine aktivere Beteiligung deutscher Akteure in den entsprechenden Gremien hinzuwirken (CEV, AG FC des EP). Zweitens sei das EJF eine gute Gelegenheit, die Alliance EYV 2011 strukturell zu verstetigen und eine langfristige Agenda aufzusetzen. Drittens bestehe dringender Bedarf, sich in europäischen Netzwerken zunächst über den Engagementbegriff auszutauschen und auf eine gemeinsame Auffassung zu verständigen, da es aufgrund sehr unterschiedlicher Traditionen und gesellschaftlicher Verortung von Engagement in den jeweiligen EU-Staaten im Projektalltag zu vielen Missverständnissen komme.

Auch Dr. Stephanie Scholz sprach sich in Ihrem Inputreferat für eine aktive europäische Vernetzung aus. Freiwilliges Engagement geschehe zwar im Kern lokal durch Begegnungen von Mensch zu Mensch nach dem Motto „Voneinander lernen – miteinander handeln“. Dennoch sehe sich jede Form der Freiwilligentätigkeit europaweit mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert, die nur auf EU-Ebene gelöst werden könnten. Dazu zählen für Dr. Stephanie Scholz Fragen der besseren Anerkennung freiwillig erbrachter Dienste im Hinblick auf berufsrelevante Erfahrungen, ein besserer Versicherungsschutz für Freiwillige, die Ermöglichung einer angebrachten finanziellen Entschädigung, die Würdigung des freiwilligen Engagements als Mehrwert mit einer klaren Abgrenzung zur Erwerbsarbeit, Vermeidung von negativen Auswirkungen auf Sozialleistungen und die Ermöglichung inter-



nationalen Austauschs. So hatte EU-Kommissarin Viviane Reding im Rahmen der europäischen Auftaktveranstaltung des EJF 2011 betont, freiwilliges Engagement sei stets auch Ausdruck von Solidarität als Gewinn und Mehrwert und könne so im europäischen Austausch auch zu einem lebendigen Dialog der Vielfalt beitragen. Dennoch solle Austausch nicht nur um seiner selbst Willen geschehen, sondern eine klare Beteiligungsdimension mit dem Ziel der Gestaltung politischer Prozesse haben. Hierzu schlägt die Referentin zwei Varianten vor: Entweder könne ein solcher Austausch in die Methode der offenen Koordinierung als sozialpolitisches Steuerungsinstrument der EU eingebettet werden oder es könnte ein Mainstreaming-Ansatz verfolgt werden, bei dem Engagementförderung als Querschnittsziel in relevanten Politikfeldern bedacht wird – etwa bei der Einbeziehung von relevanten Akteuren oder der Gestaltung von Schnittmengen bei Fördertöpfen. Am Beispiel der Vernetzung der Freiwilligenarbeit von Diakonie und evangelischen Kirchen zeigte die Referentin auf, wie vielschichtig die Engagementakteure auf europäischer Ebene derzeit verflochten sind. So gibt es arbeitsfeldbezogene Strukturen (z. B. European Diaconal Youth Network – EDYN) aber auch einen allgemeinen diakonischen Verband in Europa (Eurodiaconia), der wiederum Mitglied beim European Volunteer Centre (CEV) ist. Aber auch nationale Netzwerke wie das BBE sind auf europäischer Ebene aktiv (z. B. im European Network of National Civil Society Associations – ENNA). Zur Initiierung des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit hat sich nun erstmals eine Allianz aus 28 europäischen Netzwerken und Dachverbänden zusammengetan (EYV Alliance), die in sechs inhaltlichen Arbeitsgruppen (Qualität, rechtlicher Rahmen, Infrastruktur, Anerkennung, besonderer Wert, Corporate Social Responsibility) mit mehr als 100 Mitgliedern das EJF 2011 angeschoben hat und maßgeblich an der programmatischen Ausgestaltung beteiligt war. Diese Struktur sollte fortan auch weiter genutzt werden, um gemeinsame Positionen abzustimmen und Lobbyarbeit zur Erleichterung von Freiwilligenengagement in Europa zu betreiben. Abschließend stellt die Referentin vier Forderungen auf: Erstens sollten die Möglichkeiten der Einbeziehung von Freiwilligenengagement in die Methode der offenen Koordinierung (OMK) oder als Mainstreaming-Ansatz auf EU-Ebene geprüft werden. Zweitens müssten Indikatoren gefunden werden, die Freiwilligentätigkeit als Faktor sozialen Wohlbefindens bei der Messung des Wohlstands der europäischen Mitgliedstaaten im Sinne des

integrativen Wachstums der Europa-2020-Strategie berücksichtigt. Hierzu wurde aus dem Publikum angemerkt, dass evtl. die anstehende Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zur Definition von derlei Kriterien genutzt werden könnte. Drittens sollte für die Freiwilligen auch ein beruflicher Mehrwert geschaffen und der Prozess der Anerkennung informellen Lernens über u. a. den EQR/DQR vorangetrieben werden. Viertens sei es wichtig, dass alle beteiligten Akteure und gerade jene im direkten Projektgeschehen ihre Erkenntnisse und Erfahrungen in europäische aber auch nationale Netzwerke und Gremien einspeisen, damit ein Lernen voneinander überhaupt geschehen kann.

Anknüpfend berichtete Sarah Singer von Ihren langjährigen Erfahrungen im transnationalen Freiwilligenaustausch und dem Stellenwert der Freiwilligentätigkeit in der jüdischen Wohlfahrtspflege. Hier fange die Vernetzung schon sehr früh an, da Wohltätigkeit und Engagement als religiöse Pflicht bereits im Kindesalter eine große Rolle spielen. Durch intensive, positive Erfahrungen in Freiwilligenaktivitäten würden enge Kontakte geschlossen, auf die ein Leben lang zurückgegriffen werden könne. Wichtig sei bei jeder Form von Freiwilligentätigkeit, dass Bedürftige mit Würde behandelt und nicht eingeschränkt würden. Im Rahmen von vielfältigen transnationalen Freiwilligenaktivitäten, insbesondere mit Osteuropa und Israel, habe sich immer wieder gezeigt, dass imaginäre Grenzen in den Köpfen nur durch persönliche Erfahrung und direkte Begegnung zu überwinden seien.

In der sich anschließenden Diskussion wurde mehrmals bestätigt, dass zwar die menschliche Begegnung im Mittelpunkt der Freiwilligentätigkeit und des Lernens voneinander stehe, dass aber auch ein Rückfluss der gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse in nationale oder europäische Strukturen nötig sei, um nicht nur punktuelle Wirkung zu erzielen. Insbesondere könne eine einzelne Maßnahme niemals alle 27 Mitgliedstaaten bedenken. Dies sei aber notwendig, um zukünftig Informationen zu den Voraussetzungen von Freiwilligentätigkeit in allen europäischen Staaten zusammenzutragen, um sich über sinnvolle Rahmenbedingungen zu verständigen. Hier fehle es bislang oft an Kontakt und Bezug zwischen der Basis und den Institutionen. Es wurde angemerkt, dass im Rahmen des EJF möglichst auch nach Anschlussmöglichkeiten zu weitergreifenden Strukturen gesucht werden sollte, etwa dem Europarat. Als zweiter Strang der Diskussion kam die Notwendigkeit zur Sprache, auf die zukünftige Förderpolitik in Sachen Engagement Einfluss zu nehmen. So wäre ein das Förderprogramm übergreifender Austausch wünschenswert, der verhindert, dass inhaltliche Schnittmengen unmöglich gemacht werden, bzw. sinnvolle Ergänzungen außen vor bleiben. Auch erweisen sich die Rahmenbedingungen für Träger immer noch als sehr schwierig, sodass zuviel Kraft in Verwaltungsprozessen verloren gehe und nur noch wenig für die eigentliche inhaltliche Arbeit übrig bleibe. Eine Erleichterung könnte zum Beispiel die Anerkennung von Freiwilligentätigkeit als Kofinanzierung im Rahmen von EU-Projekten sein. In mehreren Beispielen erscheinen nicht die Verordnungen der EU problematisch, sondern die sehr unflexible Auslegung auf nationaler bzw. Länderebene. Hier könnten Netzwerke Spielräume identifizieren und diese auf politischer Ebene einbringen.

## Mirko Schwärzel: Thesen zur europäischen Vernetzung und Austausch im Engagementbereich

### Einleitung: Plädoyer für die europäische Zusammenarbeit!

Zahllose Initiativen, Vereine und Verbände in Deutschland engagieren sich in der europäischen Zusammenarbeit. Diejenigen, die bereits in europäischen Netzwerken vertreten sind oder mit europäischen Partnern transnationale Austauschprojekte und Veranstaltungen organisieren, muss man dabei nicht mehr von der Wichtigkeit und dem Mehrwert europäischer Zusammenarbeit überzeugen.

Das Projekt „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement für Europa“ setzt sich seit 2008 dafür ein, transnationalen Austausch und Vernetzung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu stärken und zu unterstützen. Im Rahmen der Informations- und Vernetzungsarbeit des Projektes begegnen uns dabei aber auch stets kritische Stimmen und euroskeptische Argumente, die sich in drei Gruppen einteilen lassen:

#### Idealismus-Argumente:

- Engagement für und in Europa – das sei schon wichtig, aber das könne nicht erste Priorität sein. Ein wirklicher Nutzen und Mehrwert des europäischen Austauschs wird nicht gesehen.

#### Komplexitäts-Argumente:

- Die Arbeit der Initiativen und Vereine vor Ort, auf Landes- oder Bundesebene trage bereits ausreichend Herausforderungen in sich. Politische Strukturen und Ansprechpartner auf europäischer Ebene seien unbekannt und das Feld zu schwer zu überblicken. Partnerorganisationen seien schwer zu finden, die EU-Förderprogramme unüberschaubar und schwer zugänglich. Sprachbarrieren schaffen zusätzlich Hemmschwellen.

#### Ressourcen-Argumente:

- Insbesondere kleinere Vereine und Initiativen verfügen über zu wenig Mittel und Personal, um sich zusätzlich europäisch zu engagieren. Die Möglichkeiten der Finanzierung durch die EU-Förderprogramme seien aufgrund der schwierigen Zugänge und des Aufwands der Antragstellung wenig zugangsfreundlich.

Ohne auf die Argumente im Detail einzugehen, steckt in einer weit bekannten These eine erste Antwort auf die Skepsis und ein Kern dieses Plädoyers für eine stärkere europäische Zusammenarbeit: Rund 70% der nationalen Rechtssetzung werden in Brüssel mindestens vorentschieden, je nach Politikfeld sogar mehr. Trotzdem ist den Bürgern diese politische Ebene fremd und unbekannt und bleibt ihnen verschlossen. Hier zeigt sich ein gefährliches Beteiligungsdefizit: Wir haben keine bürgerschaftliche Teilhabe am europäischen Projekt. Darin liegt eine Aufgabe für die Politik, aber auch für die Zivilgesellschaft und ihre Organisa-

tionen und Akteure: Betrachten wir die europäische Ebene tatsächlich schon als politische Gestaltungsebene und nehmen sie proaktiv wahr?

Nehmen wir als Beispiel einmal in unserem Politikfeld – der Engagementpolitik – eine der jüngsten Entwicklungen und prüfen sie auf ihre europäische Dimension: die Nationale Engagementstrategie, die im Oktober 2010 von der Bundesregierung verabschiedet wurde. Bei all der Kritik, die sie einstecken musste, beinhaltet sie für unsere Fragestellung einen nahezu revolutionären Teil: Im Abschnitt „Unsere Verantwortung in der globalisierten Welt“ steht als Zielformulierung die „Etablierung des Politikfeldes Engagementpolitik auf europäischer Ebene“, die folgendermaßen eingeleitet wird:

„Bürgerschaftliches Engagement ist ein Kernthema der Zukunft Europas. Einigung und Stärkung der europäischen Bürgergesellschaft sind Grundlage des europäischen Integrationsprozesses. Der Vertrag von Lissabon stellt die Bedeutung von Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Projekt deutlich heraus und unterstreicht damit die Förderung einer partizipativen Demokratie (...).“

In der Zusammenfassung und den Pressemitteilungen der Bundesregierung fehlt dann diese europäische Dimension aber wieder: Die Bundesregierung verfolge mit der Nationalen Engagementstrategie „eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen.“ Warum nicht konsequent die europäische Ebene als politische Gestaltungsebene mit benennen?

Aber nicht nur die Bundesregierung ist gefragt: Auch wir Verbände und Netzwerke der Zivilgesellschaft müssen uns fragen, ob wir tatsächlich schon unsere europäischen Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen. Sind wir Europareferenten der Verbände dazu da, Handlungsempfehlungen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten oder sind wir nicht vielmehr Monitore und Antennen für Brüsseler Entwicklungen? Tauschen wir uns fachlich zu europäischen Fragen so intensiv aus, wie wir es auf Bundes- und Landesebene tun? Wie sehr wird in den Vereins- und Verbandsvorständen Europa strategisch diskutiert? Wie gut ist unser Austausch mit unseren Delegierten in den europäischen Netzwerken? Wie gut können wir unseren Mitgliedern die europäischen Entwicklungen und Entscheidungsprozesse vermitteln? Wie gut vermitteln wir Zugangsmöglichkeiten zur EU-Förderung in die Breite?

### Etablierung des Politikfeldes Engagementpolitik auf europäischer Ebene?

Sicherlich: Engagementpolitik und -förderung ist nationale Politik, in Deutschland Länderaufgabe. Das bürgerschaftliche Engagement findet hauptsächlich in den Kommunen statt. Dennoch gibt es eine wachsende Agenda europäischer Aspekte, die nur in einem transnationalen Austausch zu lösen sind. Nur einige seien hier kurz angerissen:

#### Konfliktgebiet Gemeinnützigkeits- versus EU-Beihilferecht und Wettbewerbsrecht

- Wir haben in den vergangenen Jahren an unterschiedlichen

Stellen gesehen, wie europäische Regelungen im Wettbewerbsrecht etablierte Verfahren und Grundlagen steuerlicher und beihilferechtlicher Art für gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen in Deutschland infrage gestellt haben. Darüber hinaus erweisen sich die Unterschiede in den nationalen Steuer- und Vereinsrechten vielfach noch als Hemmnis für grenzüberschreitende Tätigkeiten und Spenden.

#### Beihilfepraxis und Förderinstrumente:

- Die EU-Förderprogramme wie EfBB, Jugend in Aktion oder GRUNDTVIG sind die wichtigsten Instrumente zur europäischen Engagementförderung. Beteiligen wir uns an ihrer Ausgestaltung? Auch die EU-Fonds wie der ESF sind immer wichtiger werdende Instrumente. Wichtige Bundesprogramme der deutschen Engagementförderung werden aus ihren Töpfen bezahlt, z. B. die Mehrgenerationenhäuser.

#### Qualifizierung und Anerkennung:

- Der Europäische Qualifikationsrahmen EQR wird derzeit in einem nationalen Qualifikationsrahmen umgesetzt und soll Bildungsabschlüsse und Qualifizierung europaweit vergleichbar machen. Darin werden auch in informellen und non-formalen Lernformen erworbene Kompetenzen einfließen, beispielsweise im freiwilligen Engagement.

Nicht zuletzt macht das bürgerschaftliche Engagement einen zentralen Teil der Debatte um eine aktive europäische Unionsbürgerschaft aus und wird dabei seitens der Europäischen Union als ein wichtiger Transmitter zwischen den EU-Institutionen und der europäischen Bürgerschaft angesehen. Die Möglichkeiten, die sich zivilgesellschaftlichen Organisationen über die EU-Aktionsprogramme wie Europa für Bürgerinnen und Bürger oder Jugend in Aktion bieten, sind dabei ganz zentrale Elemente.

Eine Pionierleistung unter den EU-Institutionen kommt hier dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)<sup>1</sup> zu. In seiner Stellungnahme „Freiwillige Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“<sup>2</sup> skizzierte der EWSA 2006 als erstes EU-Gremium eine europäische Engagementagenda. Darin fordert der EWSA die Kommission dazu auf, „so schnell wie möglich ein Weißbuch über freiwillige Aktivitäten und aktive Bürgerschaft in Europa zu veröffentlichen“. In der Verbindung der beiden Themenfelder „freiwillige Aktivitäten“ und „aktive Bürgerschaft“ könnten „Wechselwirkungen dieser beiden Phänomene unterstrichen und ihr Umfang und ihre Bedeutung hervorgehoben werden“.

Da freiwilliges Engagement zum größten Teil im lokalen Umfeld geleistet wird, sieht der EWSA in einem Weißbuch vor allem den Auftrag, einen Beitrag zu einer europäischen Engagementstrategie zu erbringen, die die europäische, nationale und kommunale Ebene zusammen denkt und „mit der die europäische Dimension dieser Aktivitäten gestärkt und eine aktive europäische Bürgerschaft sowie eine europäische Identifikation gefördert werden können“. Ferner seien die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, ihrerseits „eine eigene Freiwilligenpolitik und eine Strategie zu entwerfen, wie freiwillige Tätigkeiten direkt gefördert und anerkannt werden können“; die EU könne hier einen Rahmen



vorgeben. Für die europäische Ebene fordert die Stellungnahme zwei Instrumente: Die Ausrichtung eines Europäischen Jahrs der Freiwilligen und die Verabschiedung einer Charta, „in der die Rolle der Freiwilligenorganisationen mitsamt ihren Rechten und Pflichten festgelegt wird, damit die Bedeutung des freiwilligen Engagements für die Entwicklung der Mitgliedstaaten stärker gewürdigt wird“.

#### Zwei Thesen zur europäischen Vernetzung und Austausch im Engagementbereich

##### 1. Deutschland ist engagementpolitisch auf europäischer Ebene noch zu wenig sichtbar: Ein schlafender Riese.

In der Engagementförderung ist Deutschland gut vernetzt und unterhält einen im europäischen Vergleich regen Austausch der Akteure: Wir haben eine gemeinsame Definition und Vision von bürgerschaftlichem Engagement, die wesentlich von der Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags 2001/2002 geprägt sind. Der Beirat des Internationalen Jahrs der Freiwilligen 2001 hat bereits viele wichtige Akteure – Politik, Verbände, Stiftungen und Unternehmen – zusammengebracht; die Enquete-Kommission hat mit ihrem Abschlussbericht 2002 eine gemeinsame und weithin anerkannte Definition von bürgerschaftlichem Engagement erarbeitet und eine ganze Batterie an Handlungsempfehlungen zur Engagementförderung vorgelegt, wovon viel schon umgesetzt wurde. Strukturen der Engagementförderung

haben sich seither etabliert: Es gibt einen Unterausschuss im Deutschen Bundestag, eine Unterabteilung im federführenden BMFSFJ sowie in den entsprechenden Ressorts aller Bundesländer – und seit 2003 ein Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das die Akteure aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenführt; zudem haben wir die bereits angesprochene Nationale Engagementstrategie. Wir haben in den einzelnen Bereichen der Zivilgesellschaft, Soziales, Sport, Umwelt, Jugend, Kultur, Senioren usw. einen regen fachlichen Austausch und entsprechende Strukturen; ein Bündnis für Gemeinnützigkeit der größten deutschen Dachverbände der Zivilgesellschaft. Wir haben etablierte Formen der Anerkennung entwickelt: Eine jährliche Woche des Engagements, einen nationalen deutschen Engagementpreis usw.

Dies gilt jedoch (noch) nicht für die europäische Ebene. Zwar ist die deutsche Zivilgesellschaft europäisch gut vernetzt und in Brüssel vertreten, es mangelt jedoch an einem bereichsübergreifenden Austausch zu Engagementfragen. Da eine deutsche zivilgesellschaftliche Interessenartikulation gegenüber der Brüsseler Politik fehlt, sind auch deutsche Politiker in den EU-Institutionen in Engagementfragen wenig aktiv: Der Inter-Group zur Freiwilligentätigkeit im Europäischen Parlament beispielsweise gehört kein deutscher Abgeordneter an.

Die etablierten Verfahren der Engagementförderung in Deutschland müssten dabei stärker als Beispiele guter Praxis in den europäischen Diskurs einfließen. Gremien, Strukturen und Instrumente wie z. B. die BBE Arbeitsgruppe 9 „Engagement und Partizipation für Europa“, das Bündnis für Gemeinnützigkeit oder die Regionalkonferenzen im Europäischen Freiwilligenjahr 2011 wären dafür geeignete Foren. Darüber hinaus müssten die Ergebnisse der bestehenden Austauschformate wie z. B. des Dreiländernetzwerks GRENZEN-LOS! oder der zahlreichen Begegnungsprojekte stärker öffentlich kommuniziert werden.

Zusätzliche Impulse wären daher von der nationalstaatlichen Ebene nötig. In Deutschland wurden bereits Vorleistungen erbracht: Im Rahmen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation hat sich bereits 2009 eines der ersten Dialogforen mit der europäischen Dimension einer nationalen Engagementstrategie beschäftigt und eine Agenda skizziert. In zentralen Handlungsfeldern – u. a. Förderung gesellschaftlicher Teilhabe/Partizipation am europäischen Gesellschaftsmodell; Engagementverträglichkeit der europäischen und nationalen Rechtsetzung; Vernetzung und Austausch; Vermittlung strukturierter Information; Förderpolitik und Förderprogramme; Zertifizierung/Kompetenznachweise/Qualifizierung; Europäische Engagementforschung – entwickelte das Dialogforum Vorschläge zur Ausgestaltung einer europäischen Engagementpolitik.

## 2. Das EJF 2011 bietet eine einmalige Gelegenheit, europäischen Austausch und Vernetzung voranzubringen

Aufseiten der organisierten europäischen Zivilgesellschaft ist mit dem Zusammenschluss von mittlerweile 38 großen europäischen Netzwerken und Dachverbänden in der Alliance EYV 2011 ein wichtiger Schritt zu einer notwendigen bereichsübergreifenden Vernetzung gemacht worden. Hier finden sich die großen Orga-

nisationen der bürgerschaftlichen Bereiche wie die Social Platform, die europäischen Strukturen der Wohlfahrtsverbände, das Europäische Jugendforum, die Plattform älterer Menschen AGE, das europäische Netzwerk der Sportorganisationen, die gewerkschaftlich orientierte SOLIDAR gemeinsam mit den Freiwilligen-Netzwerken wie Volonteuropa oder dem europäischen Verband der Infrastruktureinrichtungen CEV. Ursprünglich als Kampagnenverbund angetreten, organisiert die Alliance im Europäischen Jahr eine dem deutschen Nationalen Forum für Engagement und Partizipation ähnlichen zivilgesellschaftlichen Abstimmungsprozess und wird im Jahr 2011 in sechs thematischen Foren Handlungsempfehlungen für eine europäische Engagementstrategie erarbeiten.

<sup>1</sup> Der EWSA wurde 1957 durch die Römischen Verträge als beratende Einrichtung nach dem Vorbild des französischen "Conseil économique et social" geschaffen, um wirtschaftliche und soziale Interessengruppen an der Politikgestaltung teilhaben zu lassen. Er setzt sich zusammen aus „Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie anderen Vertretern der Zivilgesellschaft, insbesondere aus dem sozialen und wirtschaftlichen, dem staatsbürgerlichen, dem beruflichen und dem kulturellen Bereich.“ (Art. 300 AEUV)

<sup>2</sup> SOC/243 – CESE 1575/2006.

### Dr. Stephanie Scholz: Europäischer Dialog zum bürgerschaftlichen Engagement, Austausch und Vernetzung

Ein Europäischer Dialog zum Freiwilligen Engagement kann im Kontext von drei Fragestellungen stehen:

1. Was fällt dem Betrachter allgemein zum Thema Vernetzung der Freiwilligenarbeit in Europa ein?
2. Wie gestaltet sich die vernetzte Arbeit der Europäischen Allianz für Freiwilligentätigkeit?
3. Welche Forderungen wären an die Politik mit Blick auf Europa zu richten?

**1.** Zunächst geht es um Menschen, es geht um Europa und es geht um Engagement, in der EU ist jeder Fünfte bürgerschaftlich engagiert, das heißt in absoluten Zahlen handelt es sich um 100 Millionen Menschen. Engagierte Bürgerinnen und Bürger finden Lösungen für Probleme, für die der Staat oft keine Antworten hat, und stärken die Identifikation mit dem örtlichen Umfeld. Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck einer lebendigen und sozialen Demokratie. Freiwilliges Engagement schafft Sozialkapital. Was passiert bei Austausch und Vernetzung? Man kann sagen: „Voneinander lernen – miteinander handeln“! Ein Motto, das auch zur Europäischen Allianz zur Freiwilligentätigkeit passt. Dieser Austausch findet idealerweise in einem Netzwerk europäischer NGOs und Gruppen statt, die sich die Freiwilligentätigkeit zur Aufgabe gemacht haben.

Im Vorfeld zu einem Europäischen Jahr sind Austausch und Vernetzung genauso wichtig wie während des Jahres selbst:

Da ist am Anfang eine Idee, die Idee bringt sich nach aktivem Zuhören gegenüber dem Anderen in einen Dialog, die Idee bekommt neue Inhalte, neue Menschen befassen sich mit der Idee, und aus dem anfänglichen Dialog wird dann ein europäischer Multilog.

Zunächst fragt man sich vielleicht, was ein freiwilliges Engagement, das vor Ort ganz gleich, wo auf der Welt, aber immer in engen lokalen Zusammenhängen geleistet wird, an europäischer Vernetzung braucht, an europäischem Mehrwert beinhaltet.

Bevor hier näher auf die europäische Vernetzung einzugehen ist, soll betont werden, dass gerade Vernetzung in der Kommune und in der Region für den Erfolg von freiwilligem Engagement nicht wegzudenken ist. Stellt man sich ein naturbezogenes Unglück wie etwa eine Flut, einen Erdbeben oder Ähnliches vor, so kann effektive Hilfe nur in der effektiven Vernetzung unterschiedlichster freiwilliger und professioneller Akteure vor Ort geleistet werden.

Aber wenn man genauer hinschaut, beantwortet sich die Frage nach der europäischen Vernetzung fast wie von selbst:

Zum einen sieht man, dass Freiwillige europaweit mit ähnlichen Herausforderungen zu tun haben:

- Wie können Freiwilligentätigkeiten besser anerkannt werden, auch im Hinblick auf berufsrelevante Erfahrungen?
- Wie können Freiwillige während ihrer Tätigkeit geschützt werden, z. B. durch eine Versicherung oder auch Sozialversicherung? Diese Frage stellt sich auch heute noch verschärft, wenn das freiwillige Engagement in einem anderen Land stattfindet, innerhalb oder außerhalb der EU.
- Wie kann Freiwilligentätigkeit von anderen arbeitsmäßig regulierten Beziehungen unterschieden werden? Es geht z. B. darum, dass freiwilliges Engagement im Verhältnis zu hauptamtlicher Arbeit einfach ergänzend ist, einen eigenen Mehrwert hat und nicht bezahltes Personal ersetzen soll.
- Wie kann Freiwilligen ein Anspruch auf Erstattung ihrer Ausgaben gesichert werden?
- Wie können negative Auswirkungen von Freiwilligentätigkeiten auf Arbeitslosenunterstützung und andere Sozialleistungen verhindert werden?
- Wie können internationale Freiwilligentätigkeiten leichter ermöglicht werden?

Darüber hinaus ist es zunehmend erkennbar, dass freiwilliges Engagement auch ein globales Phänomen ist. Auch aus diesem Grund hat die EU jetzt ein Europäisches Freiwilligen-Corps für humanitäre Hilfe geschaffen.

Neben den gemeinsamen Herausforderungen, denen sich freiwilliges Engagement europaweit zu stellen hat, gibt es aber auch weitere Gründe für europäische Vernetzung: Freiwillige sind ein deutlicher Ausdruck von Solidarität, sagte Kommissarin Viviane Reding bei der europäischen Auftaktveranstaltung zum Freiwilligenjahr 2011 in Budapest. Solidarität als Gewinn und Mehrwert von freiwilligem Engagement kann sich von der einzelnen Aktivität über eine Region, ein Land hinaus und europaweit entfalten, wenn eine gute Vernetzung im Austausch mit Freiwilligen, mit Freiwilligenorganisationen über Ländergrenzen hinweg stattfindet. Denn dann findet sich „die gute Tat“ in einem Rahmen und in einer Struktur, die dazu beitragen, dass dieser Mehrwert in seiner auch politischen Rolle nicht verloren geht.

Als langfristiges Ziel wird im nationalen Programm des EJM 2011 außerdem die Initiierung eines regelmäßigen Dialoges zum bür-



gerschaftlichen Engagement auf EU-Ebene angestrebt. Das ist die politische Struktur, die aber nicht nur Professionelle, sondern auch freiwillig Engagierte umfasst. Man kann sich diesen Dialog wiederum als Multilog vorstellen, gerade wenn man an die Vielfalt der Herkunftsländer mit ihren unterschiedlichen Freiwilligenkulturen denkt oder an die unterschiedlichen Aktivitätsfelder, die in diesen geplanten Austauschen ihren Platz finden werden.

Ein Austausch kann um seiner selbst Willen stattfinden, dann generieren die Teilnehmenden neue Motivation, neue Handlungsideen, ein Gefühl der Anerkennung und der Gewissheit, dass sie mit ihrem Thema und mit ihren Aktivitäten auf dem richtigen Weg sind.

Das allein ist schon sehr viel und verdient eine konsequente Förderung.

Darüber hinaus lässt sich auch eine Einbettung eines solchen Austauschdialogs in das sozialpolitische Steuerungsinstrument der EU – der Methode der offenen Koordinierung – vorstellen oder, wenn das zu komplex ist, eine Aufnahme des freiwilligen Engagements in ein europapolitisches Mainstreaming. Dann wäre bei allen regulativen oder sonstigen Governance-Prozessen das freiwillige Engagement mit zu berücksichtigen.

Als ein Beispiel für ein mögliches Mainstreaming soll folgender Gesichtspunkt aus dem Bereich der sozialen Dienste dienen:

Der freiwillige Europäische Qualitätsrahmen für soziale Dienste drängt insbesondere bei der Einrichtung eines sozialen Dienstes darauf, die lokalen Netze, namentlich die „relevanten Akteure“, einzubeziehen. Diese sind nur dann wirklich aussagekräftig, könnte behauptet werden, wenn

- aktive Freiwillige mit entsprechendem Engagement und
- konkreter Erfahrung mit der Problematik vor Ort sowie
- Erfahrung mit der Problemstellung der künftigen Nutzer des sozialen Dienstes eingebunden sind.

Dies sind Kompetenzen von Freiwilligen, die in dieser europäischen Qualitätsentwicklung nur dann zum Tragen kommen, wenn im Rahmen eines Mainstreamings bewusst an die Einbeziehung von Freiwilligen gedacht wird.

Gleichzeitig ist bei aller Vernetzung und Förderung von Austausch aber auch wichtig, dass wertvoll zu nutzende Zeit nicht in bürokratischen Engführungen verschwendet wird. Auch hier gilt es, Augenmaß zu halten: zum einen die Effektivität der Ver-



netzung fördern und gute Rahmenbedingungen schaffen, zum anderen aber nur die wirklich notwendige verwaltungsmäßige Begleitung einsetzen.

### Vernetzung der Freiwilligenarbeit von Diakonie und evangelischen Kirchen

Auf nationaler Ebene sind die beiden protestantischen Säulen im Rahmen des efd, des evangelischen Freiwilligendienstes, miteinander vernetzt. Innerhalb des Diakonischen Werkes der EKD gibt es eigene Referenten, sowohl bei Brot für die Welt als auch beim Diakonie Bundesverband, die Freiwilligenarbeit koordinieren, politisch begleiten und auswerten. Schon der Hinweis auf Brot für die Welt zeigt, dass freiwilliges Engagement grenzüberschreitend ausgeübt wird, aber auch das freiwillige diakonische Jahr kann im Ausland verbracht werden. Die europäische Vernetzung spiegelt sich zum Beispiel in der Struktur von EDYN, dem European Diaconal Youth Network, wofür die Diakonie beteiligt ist. Auch der diakonische Verband in Europa, Eurodiaconia, trägt sehr viel zur Vernetzung für die Freiwilligenarbeit bei. Zum einen ist Eurodiaconia Mitglied bei CEV (European Volunteer Centre), zum anderen bringt Eurodiaconia in Arbeitsgruppen die Menschen aus der Diakonie in Europa zusammen, die Freiwilligenarbeit organisieren, sich für einen gesellschaftlichen Rahmen einsetzen usw. So gibt es bei Eurodiaconia eine spezielle Arbeitsgruppe für freiwilliges Engagement, die ein Positionspapier zur Freiwilligentätigkeit erstellt hat. Eurodiaconia verfolgt insgesamt kirchlich-themenspezifische Belange, EDYN hingegen thematisch auf Jugendliche bezogene Projekte.

Ein weiteres Netzwerk ist ENNA (European Network of National Civil Society Associations), bei dem die Diakonie Mitglied ist. Die Diakonie als Mitglied des BBE ist auch an ENNA beteiligt.

Ein aktuelles Beispiel diakonischer Vernetzung ist in diesem Kontext eine Veranstaltung zum EJM 2011, die das Diakonische Werk der EKD gemeinsam mit Eurodiaconia am 3. Mai 2011 durchführen wird. Bei der Veranstaltung wird es um den rechtlichen Rahmen von Freiwilligentätigkeit gehen mit dem Ziel, eine Grundlage für einen kohärenteren Umgang mit Freiwilligen in Europa zu schaffen. Die Kohärenz soll sich auf Rechtssicherheit, auf Rechte zum Sozialschutz und andere Versicherungsfragen ebenso wie auf Verträge mit Freiwilligen, Visafragen und dem Recht auf Freiwilligentätigkeit überhaupt beziehen.

## 2. Vernetzung innerhalb der Europäischen Allianz für Freiwilliges Engagement

Die Allianz ist sozusagen die Mutter des Europäischen Jahres 2011. Von ihr gingen die Gespräche mit Europaabgeordneten, mit Vertretern und Vertreterinnen der EU-Kommission, mit Menschen aus den nationalen Ministerien und natürlich auch mit ihren Mitgliedsorganisationen einher. Diese Vernetzung fand und findet zugunsten des freiwilligen Engagements in Europa statt, sie fördert den Austausch zwischen freiwillig Engagierten und den Freiwilligenorganisationen. Die Aktivitäten der EYM Alliance (Zusammenschluss von 38 europäischen Netzwerken und Dachverbänden) konzentrieren sich im laufenden Jahr besonders auf das Erarbeiten von europäischem Fachwissen, auf das Formulieren von Empfehlungen und darauf, eine politische Agenda für Freiwilligentätigkeit in Europa zu entwickeln.

Eurodiaconia ist Mitglied der Allianz und war dadurch an der Initiative zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit beteiligt.

„Freiwillig. Etwas bewegen / Volunteer. Make a difference“

Auch an der Entwicklung dieses Mottos war die Allianz beteiligt, sodass es sich bei dem Motto und auch bei der Ausgestaltung des Ratsbeschlusses zum Europäischen Jahr nicht allein um ein Ergebnis handelt, das ausschließlich die sogenannten Hauptamtlichen entwickelt haben, nein auch Freiwillige, zumindest mittels ihrer Organisationen in der Allianz, waren beteiligt.

Die Allianz arbeitet während des Europäischen Jahres im Rahmen eines EU-Projekts und bringt Menschen zusammen, die entweder hauptamtlich oder aufgrund ihres freiwilligen Engagements mit diesem Jahr zu tun haben. Der Auftakt für die Mitglieder der Arbeitsgruppen fand Anfang Januar in Budapest statt, zusammen mit der allgemeinen EJM-Auftaktkonferenz der EU.

### Welche Arbeitsgruppen hat die Allianz?

1. Freiwilliges Engagement (FE) und Qualität
2. FE und rechtlicher Rahmen
3. FE und Infrastruktur
4. Anerkennung von FE
5. Der besondere Wert von FE
6. FE durch Unternehmensmitarbeitende  
(im Rahmen von CSR – Corporate Social Responsibility)

Die Arbeitsgruppen vereinen mehr als 100 Mitglieder, von denen zahlreiche Freiwillige sind. Sie werden sich fünfmal 2011 treffen und am Ende des Jahres ein Papier annehmen, das „EJM 2011 – Allianz, Europäische Politik-Agenda zur Freiwilligentätigkeit“ heißen und politischen Entscheidungsträgern auf der Abschlusskonferenz in Polen 2011 präsentiert werden soll.

Die Politikagenda richtet sich nach den Themen der Arbeitsgruppen aus. Zum Beispiel geht es um Qualität:

- Gemeinsames Verständnis von Qualität in der Freiwilligentätigkeit
- Im Bereich von Qualitätssicherung und Qualitätsbewertung sollen good practices herausgefunden und gestreut werden.

Oder es geht um den rechtlichen Rahmen:

- Hier soll ein Überblick über die unterschiedlichen rechtlichen Statusvarianten der Freiwilligen geschaffen werden. Zudem sollen kritische Stimmen hinsichtlich rechtlicher Hindernisse gesammelt werden, die durch Gesetze und sonstige Regelungen auf jeglicher Ebene bestehen und die Freiwilligentätigkeit in Europa hindern.

Oder es geht um die Infrastruktur für Freiwilligentätigkeit:

- Es soll eine Infrastruktur beschrieben werden, welche die Freiwilligentätigkeit ermöglicht und die Raum lässt für eine nationale Vielfalt von FE.

Es geht auch um Anerkennung:

- Hierzu soll sich die Arbeitsgruppe einen Überblick darüber verschaffen, wie Anerkennung von FE in Europa geleistet wird und soll daraus Good-practice-Beispiele gewinnen.

Oder es geht um das Herausstellen des Wertes von FE:

- Bezeichnung von Instrumenten und Wegen, um den Wert des FE zu identifizieren, zu messen und den Wert auszu-drücken
- Darstellen des Wertes von FE am Beispiel von Solidarität, ein Wert, auf den auch die EU gebaut ist
- Es sollte ein Ziel der Wertebetonung sein, dass die Beiträge von Freiwilligen in allen europäischen und nationalen Projektfinanzierungen als Kofinanzierung gewertet werden.

Schließlich handelt eine Arbeitsgruppe von FE von Unternehmensmitarbeitenden:

- Verständnis und Anerkennung des Konzepts von freiwilligem Mitarbeitendenengagement, denn dies ist ein Schlüsselement des „CSR“ (Corporate Social Responsibility)
- Öffnung dieses Bereichs für alle Sektoren, damit alle Zugang zu dieser Möglichkeit des FE haben

### 3. Welche Forderungen wären an die Politik mit Blick auf Europa zu richten?

Es wurde deutlich, dass die Möglichkeit besteht, innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen der EU, einen strukturierten Austausch durch Vernetzung zu schaffen.

So könnte dieser vernetzte Austausch in die Methode der offenen Koordinierung (OMK) eingebettet werden, als eigener thematischer Schwerpunkt oder in Form eines Mainstreamings zur Berücksichtigung auch in anderen Bereichen als der OMK Sozial-schutz und der OMK Beschäftigung.

Die Überlegung, FE in die Methode der offenen Koordinierung einzubeziehen, bedarf allerdings auch einer Bereitschaft der Mitgliedstaaten, eng mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen aus dem Bereich des FE zusammenzuarbeiten, sie strukturiert

zu beteiligen und ihre Expertise anzuerkennen. Ansonsten würden sich der europäische Austausch und die Vernetzung nur auf Hauptamtliche und Regierungsvertreter beschränken.

Von Vorteil wäre die Einbeziehung des FE in die Methode der offenen Koordinierung insofern, als sich die Mitgliedstaaten Ziele und Leitlinien setzen müssten, welche die Umsetzung von FE erleichtern und verstärken könnten.

Diese Ziele und Leitlinien wären dann eine politische Richtschnur für Mitgliedstaaten, die Gesetze zum Beispiel zu den oben genannten Aspekten einführen wollen, die sich als gemeinsame europaweite Herausforderungen bei der Ausübung von FE zeigen.

Leitlinien als Ergebnis eines strukturierten vernetzten europäischen Austausches könnten auch folgende politische Zielsetzung ergeben:

Innerhalb der EU stellt sich unter anderem die Frage, wie die Freiwilligentätigkeit bei der Messung des sozialen Wohlbefindens in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden kann. Das würde heißen, dass der soziale Mehrwert von Freiwilligentätigkeit Auswirkungen auf das soziale Wohlbefinden, die Lebensqualität der Menschen hat. Nicht allein das rein wirtschaftliche Wachstum, etwa gemessen am BIP, sondern auch „Sozialindikatoren“ würden bei der Ermittlung des Wohlstands einer Gesellschaft berücksichtigt werden. Dies könnte von Eurostat anerkannt werden und sich in der Datenerhebung auf EU-Ebene niederschlagen. Dies würde auch zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 mit dem in ihr enthaltenen integrativen Wachstum beitragen.

Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für FE einsetzen oder es selbst in ihren Strukturen fördern, können z. B. durch EU-Projekte einen geförderten Austausch mit Partnern aus anderen EU-Ländern durchführen. Ergebnisse dieser Projekte sollten nicht nur an die EU-Kommissionsdienststellen gehen. Auch nationale Stellen, die für Rahmensetzungen des FE verantwortlich sind, sollten diese Ergebnisse berücksichtigen, da sie in einem Prozess entstanden sind, dem ein europäisches Lernen voneinander zugrunde liegt.

#### Sarah Singer: Freiwilligentätigkeit in der jüdischen Wohlfahrtspflege

1. Die ZWST sieht es als ihre Aufgabe an, jüdische Gemeinschaften in Deutschland und Europa in ein enges soziales Netz einzubinden, das im jeweiligen Umfeld die Herausforderungen der Globalisierung und der vielfältigen Migrationsprozesse zu bewältigen hilft.

2. Zu diesen Aufgaben zählen u. a.

- der Aufbau sozialer Einrichtungen in den jüdischen Gemeinden,
- die Unterstützung von bedürftigen Juden.
- Angebote der Berufsbildung für Mitglieder jüdischer Gemeinden europaweit,
- Angebote im Bereich jüdischer Religion, Bildung, Geschichte.

3. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung und Vernetzung der Jüdischen Gemeinden Osteuropas, die über Jahrzehnte im kommunistischen Herrschaftsbereich entweder ein Schattendasein geführt hatten oder verfolgt wurden.

4. Die jüdische Infrastruktur in Europa ermöglicht

- einen wechselseitigen Informationsfluss,
- die Qualifizierung von (ehrenamtlichen) Mitarbeitern vor Ort,
- den Aufbau von Ehrenamtlichenstrukturen,
- die Errichtung von Treffpunkten für Holocaustüberlebende bzw. jüdische Opfer des stalinistischen Terrors,
- die Entwicklung transkultureller Beziehungsmuster und Kommunikationsformen,
- die Vermittlung einer demokratischen und liberalen politischen Kultur in den jüdischen Organisationen.

5. Grundlagen des Verständnisses des ehrenamtlichen Engagements im Judentum ist im sozialetischen Begriff der ‚Zedeka‘ (hebr.: Gerechtigkeit) begründet:

### „Zedeka“ – Das Leitbild der ZWST

„Wenn ein Armer in deiner Mitte ist, so verhärtete nicht dein Herz und verschließe nicht deine Hand vor deinem armen Bruder. Geben sollst du ihm wiederholt und dein Herz sei nicht böse, wenn du ihm gibst.“ (4. Buch Mose, Deut. 15.7)

Wenn sich auch die Aufgaben der ZWST seit ihrer Gründung im Jahr 1917 sehr gewandelt haben, ist doch die „Zedeka“, die religiöse Grundlage jüdischer Sozialarbeit, weiterhin die Basis ihres Handelns. Das Erscheinungsbild der „alten“ ZWST vor dem Krieg und der „neuen“ ZWST nach ihrer Neugründung 1951 unterscheidet sich sehr voneinander, doch das Verbindende ist der Rückgriff auf die Tradition der jüdischen Wohlfahrt, die mit dem hebräischen Begriff der Zedaka beschrieben wird und als Leitbild der ZWST bezeichnet werden kann. Zedeka steht für das jüdische Verständnis von Wohltätigkeit. Diese ist im Judentum kein freiwilliger Akt, sondern eine der wichtigsten religiösen Pflichten, eine „Mitzwa“ (hebr.). Sie beinhaltet einerseits eine sozial-ethische Handlungsanweisung und steht andererseits für soziale Gerechtigkeit. Wohltätig zu sein heißt, Hilfe nicht nur in Form von Almosen zu leisten, sondern im Sinne einer ausgleichenden Rechtsordnung. Jüdische Sozialarbeit wurzelt in der Jahrtausende alten Sozialethik des Judentums und hat sich auf der Basis dieser religionsgesetzlich verankerten Wohltätigkeit entwickelt.

#### Zum Begriff

Der hebräische Begriff Zedaka bedeutete ursprünglich ausschließlich Gerechtigkeit, erst allmählich wird der Begriff die allgemeingültige (wenn auch nicht die einzige) Bezeichnung für Wohltätigkeit. Zedaka ist keine Wohltätigkeit im christlichen Sinne, keine Mildtätigkeit, kein Almosengeben, sondern ein Gebot zum Schutz der Benachteiligten – mehr noch, sie ist eine Mitzwa, deren Befolgung sowohl dem Gebenden als auch dem Empfänger zugute kommt. Die christliche oder nichtjüdische Grundlage der

Wohltätigkeit ist die Liebe zu den Mitmenschen, die Spendenbereitschaft hängt von der persönlichen Einstellung, vom Mitgefühl des Spenders ab. Basierend auf der Gerechtigkeit ist die Zedaka dagegen eine der wichtigsten Gebote des jüdischen Religionsgesetzes und muss von jedem Juden erfüllt werden. Die Ausübung und die Gabe von Zedaka ist keine freiwillige Handlung und bleibt nicht dem Ermessen des Einzelnen überlassen. Die Abstammung der Zedaka von der Gerechtigkeit unterscheidet die jüdische Auffassung der Wohltätigkeit ganz wesentlich von der christlichen oder der modernen Auffassung von Philanthropie oder Nächstenliebe. Die Tatsache, dass die Zedaka nicht als eine persönliche Entscheidung gewertet wird und unabhängig von der persönlichen Überzeugung erfüllt werden muss, hat die Praxis der jüdischen Wohltätigkeit über die Jahrhunderte bestimmt und entscheidende Auswirkungen auch auf die Ausformung der modernen jüdischen Wohlfahrtspflege genommen.

#### Zur historischen Entwicklung

Zedaka gehört mit der Thora (der Lehre) und der Tefilla (dem Gebet) zu den Säulen des Judentums. Schon im Altertum gab es eine organisierte Armenpflege. Den Hungrigen und Bedürftigen stand ein religionsgesetzlich verankerter Anspruch auf die am Boden liegenden Erntereste zu, ein rechtmäßiger Anteil am Besitz der Wohlhabenden: „Wenn ihr die Ernte eures Ackers aberntet, dann sollst Du das Endstück deines Feldes nicht völlig abernten, und Du sollst auch keine Nachlese deiner Ernte durchführen. Auch deinen Weinberg sollst Du nicht nachlesen, und abgefallene Beeren Deines Weinbergs sollst Du nicht auflesen, den Armen und dem Fremdling sollst Du sie überlassen.“ (LEV, 19,9f.)

Die Nachlese auf den Feldern, oder die Zehntabgabe von Vieh und Getreide, sind lediglich zwei Beispiele für eine Vielzahl von Geboten, auf die sich das Armenrecht stützte, das Bedürftige vor dem Elend bewahrte. Weil die Reichen gewissermaßen Gottes Besitz auf Erden verwalten, haben sie die Pflicht, den Armen zu helfen, ihnen materielle Hilfe zukommen zu lassen und so für ausgleichende soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Erst in der nachbiblischen Zeit wandelt sich die Bedeutung des Begriffs Zedaka. Jetzt tritt der Aspekt der Wohltätigkeit in den Vordergrund. Die Art und Weise, auf die Zedaka ausgeübt werden soll, ist in der rabbinischen Literatur festgelegt. Grundsätzlich darf der Gebende die Würde des Empfängers nicht verletzen, Bedürftige sollen nicht gedemütigt oder beschämt werden. Ideal ist die Form der Wohltätigkeit, bei der Geber und Empfänger sich nicht kennen. Bis heute gelten diese allgemeinen Regeln der Zedaka als Grundlage der jüdischen Wohltätigkeit: Die niedrigste Stufe der Zedaka ist die Gewährung eines Almosens und die höchste, den Verarmten in die Lage zu versetzen, von Hilfe unabhängig zu werden. Schon hier ist das moderne Fürsorgeprinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zu erkennen, anderen Menschen dazu zu verhelfen, aus eigener Kraft für sich selbst sorgen zu können.

#### „Hilfe zur Selbsthilfe“ – Zedaka heute

Mit Beginn der Zuwanderung aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion Anfang der 90er Jahre ist das Aufgabengebiet der ZWST breiter geworden und hat sich sehr verändert. Der größ-



te Teil ihrer Zielgruppe besteht mittlerweile aus jüdischen Migranten, die aufgrund der Situation in ihrer Heimat wenig Wissen über jüdische Religion und Tradition mitbringen. Die ZWST vertritt auf dem Gesamtgebiet der sozialen Wohlfahrt heute rund 100 jüdische Gemeinden und fördert so gleichzeitig die Integration der jüdischen Zuwanderer, die mittlerweile rund zwei Drittel aller Gemeindemitglieder ausmachen. Viele Gemeinden haben sich in den letzten 15 Jahren stark vergrößert und ihre Mitgliederzahlen vervielfacht. Die Stabilisierung und der Ausbau ihrer Infrastruktur bedeuten gleichzeitig eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer und die Stärkung ihrer jüdischen Identität. Mit ihren Aktivitäten will die ZWST produktiv dazu beitragen und dieses Ziel unterstützen.

Alle sozialen Maßnahmen der ZWST zur Unterstützung der jüdischen Gemeinden und ihrer Mitglieder basieren auf dem Prinzip der Zedaka entsprechend der Handlungsmaxime „Hilfe zur Selbsthilfe“. Es ist das Anliegen der ZWST, einen multiplikativen Prozess in den jüdischen Gemeinden in Gang zu setzen.

Die Teilnehmer aller Veranstaltungen sollen befähigt werden, das Gelernte in den Gemeinden weiterzugeben, um den Kreis derer zu vergrößern, die selbstständig zum Ausbau der Infrastruktur beitragen können.

Einige Beispiele:

- Maßnahmen zur Festigung jüdischer Identität
- Sozial- und Jugendarbeit
- Orientierungsseminare für Zuwanderer
- Unterstützung der Senioren
- Förderung des Ehrenamtes
- Förderung von Menschen mit geistiger, psychischer oder physischer Behinderung

Die Zedaka „[...] ist der Alltagspraxis der jüdischen Wohlfahrtspflege gleichsam unterlegt. Da in absehbarer Zeit die sozialen Ungerechtigkeiten in dieser Welt kaum geringer werden, wird Zedaka als Motiv für soziales Handeln weiter Bestand haben“. (Scheller: Zedaka. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit, S. 157) Die beschriebene Vernetzung der vielfältigen sozialen Felder führt dazu, dass ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jüdischer Gemeinden in unterschiedlichen europäischen Ländern in zahlreichen jüdischen Gemeinden mitwirken. Sie bringen ihr Wissen und ihre Kompetenzen ein und tragen dazu bei, dass die Gemeinden ihre Ressourcen wechselseitig wahrnehmen und anzuerkennen lernen.

Netzwerke und freiwilliges bürgerschaftliches Engagement dienen somit der Identitätsbildung der am Prozess Beteiligten, stärken das soziale Engagement jüdischer Einrichtungen in Europa und dienen dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und Kommunikationsprozesse.

# Workshop

## 4

### Engagementförderung durch Unternehmen und Stiftungen

#### Moderation

Prof. Manuela Rousseau,  
Beiersdorf AG

#### Beiträge

Otto Haug,  
Stiftung ZEIT FÜR MENSCHEN  
Peter Kusterer,  
IBM Deutschland

#### Das Engagement von Unternehmen und Stiftungen – Selbstverständnis

Generell wird zum Thema Engagement von Unternehmen und Stiftungen angemerkt, dass Unternehmen und Stiftungen durchaus unterschiedliche Akteure seien. Unternehmen könnten ihre Verantwortung nicht einfach an eine ausgegründete Stiftung delegieren. Außerdem sollten sie nicht als separate Akteure der Engagementförderung gesehen werden. Vielmehr müsse es darum gehen, dass alle drei Sektoren eine gemeinsame Engagementförderung betreiben. Insoweit gehe es vor allem um Partnerschaften zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen. Der Erfolg dieser Partnerschaften sei auch davon abhängig, dass sich die Beteiligten auf ein Experiment einlassen, dessen Ausgang unsicher ist. Darüber hinaus müssten die Partner die Identität des jeweils anderen akzeptieren. Das bedeute in Bezug auf Unternehmensengagement auch zu akzeptieren, dass deren Engagement strategisch ausgerichtet ist. Unternehmen verfolgen mit ihrem Engagement auch ein Eigeninteresse. Zudem sind sie nicht einfach Geldgeber, sondern können spezifische Kompetenzen in eine Kooperation einbringen. Demzufolge müssen Unternehmen und gemeinnützige Organisation auch zueinander passen. Die der Förderung und Kooperationen zugrunde liegende Strategie müsse aber auch deutlich kommuniziert werden, sodass transparent ist, aus welchen Gründen Projekte gefördert bzw. nicht gefördert werden.

Unternehmen förderten Engagement aber nicht nur, indem sie gemeinnützige Organisationen finanziell, durch Sachspenden oder die Freistellung von Mitarbeitern unterstützen. Die Kernaufgabe von Unternehmen bleibe die wirtschaftliche Tätigkeit. Ein wichtiger Teil der Engagementförderung von Unternehmen bestehe auch darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Mitarbeitern ermöglichen oder sie animieren, sich jenseits der Arbeitszeit zu engagieren. Eine wichtige Voraussetzung für das Engagement der Mitarbeiter sei deren Zeitsouveränität. Zwar könne bestimmten Mitarbeitern – z. B. solchen, die am Fließband arbeiten – diese Zeitsouveränität nicht ohne weiteres eingeräumt



werden. Dennoch sollten Unternehmen darum bemüht sein, möglichst vielen Mitarbeitern Zeitsouveränität zu ermöglichen, auch im Sinne einer Gleichbehandlung. Grundsätzlich gelte es aber, professionelle Instrumente zu entwickeln, die Mitarbeiter zum Engagement ermuntern. Bei IBM stehe dafür z. B. eine On-Demand-Community zur Verfügung, die unter anderem Materialien entwickelt, die Mitarbeiter bei ihrem Engagement unterstützt. Zudem lobt IBM Preise für die Aktivierung von Freiwilligen aus.

Die Diskussion macht deutlich, dass Unternehmen sich vor allem als Ermöglicher und Impulsgeber des Engagements für ihre Mitarbeiter verstehen. Darüber hinaus werden zwar auch Projekte und einzelne Organisationen finanziell oder durch Bereitstellung von Mitarbeitern oder Sachmitteln gefördert, dies geschehe aber nur für einen begrenzten Zeitraum (vgl. Nachhaltigkeit). Daher liege die Verantwortung für passende Engagementangebote und Organisations- und Finanzierungsstrukturen bei den gemeinnützigen Organisationen.

#### Nachhaltigkeit des Engagements

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops sind besonders an der Frage interessiert, wie Engagement nachhaltig

gestaltet werden kann. Das umfasst sowohl die Frage, welche Strukturen geschaffen werden müssen, damit die Engagementförderung von Unternehmen dauerhaft etabliert wird, als auch die Frage, wie gemeinnützige Projekte und Organisationen langfristig finanziell abgesichert werden können.

In Bezug auf das Engagement von Unternehmen und ihrer Mitarbeiter zeige die Erfahrung zwar, dass die Dauer des Engagements vieler Mitarbeiter variere, gleichwohl blieben die meisten aus Interesse dabei. Es müsse also vor allem die Hemmschwelle überwunden werden, sich überhaupt zu engagieren. Insbesondere eine lange Verpflichtung wirke auf viele hemmend. Hier gelte es, Instrumente zu entwickeln, mit denen dies überwunden werden kann. Eine Möglichkeit wären z. B. Vertretungen. Dazu sei aber ein großer Pool an engagierten Mitarbeitern notwendig. Insoweit sei die interessantere Frage auch, wie man möglichst viele Mitarbeiter für ein Engagement begeistern könne.

Zudem sei es hilfreich, Strukturen wie z. B. Freundeskreise oder Sprecherguppen zu schaffen. Auf diese Weise werden regelmäßig Begegnungen zwischen Mitarbeitern, Unternehmensverantwortlichen und Menschen aus den gemeinnützigen Organisationen ermöglicht, die dazu führen, dass immer wieder Menschen für Engagementprojekte begeistert werden. Dies ermögliche eine Kontinuität des Engagements trotz wechselnder Personen. Auf diese Weise sei es außerdem möglich, auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Engagierten einzugehen. In diesen Runden könne man sich gemeinsam darüber verständigen, wer welche Aufgaben übernehmen kann und will.

In Hinblick auf die finanzielle Absicherung von gemeinnützigen Projekten und Organisationen machen die Unternehmensvertreter deutlich, dass Unternehmen nicht dauerhaft einen Etat für Einrichtungen übernehmen könnten. Sie verstehen ihr Engagement als Hilfe zur Selbsthilfe, wie auch die meisten Stiftungen. Insbesondere eine langfristige Abhängigkeit der das Engagement fördernden Einrichtungen von Unternehmen müsse vermieden werden, nicht zuletzt weil Unternehmen selbst von der Konjunkturentwicklung abhängig seien. Hier müsse die Identität des Unternehmens, das hauptsächlich Wirtschaftssakteur ist, respektiert werden.

Gleichwohl herrscht in der Runde Konsens, dass die nachhaltige Finanzierung stärker und früher thematisiert werden müsse. So müsste auch über die Förderkriterien nachgedacht werden. Insbesondere müssten sogenannte Overheadkosten gefördert werden, sodass Organisationen über Ressourcen verfügen, langfristige Finanzierungsmodelle zu entwickeln.

Außerdem haben einige Stiftungen teilweise ihre Förderstrategie geändert. Anstatt auf projekt- und themenspezifische Förderung zu setzen, sei eine Entscheidung für die Förderung von Infrastruktur gefallen. Die Förderung der Initiative Bürgerstiftungen und des Netzwerks Community Organizing sind Beispiele dafür. Durch diese Infrastrukturen könnten insbesondere immer wieder Dialoge ermöglicht werden. Diese gemeinsamen Dialoge und Projekte schafften Vertrauen und gegenseitiges Verständnis, die für eine nachhaltige Entwicklung der Engagementförderung hilfreich seien. Zugleich zeigt sich darin, ähnlich wie beim Engagement von Unternehmen, dass es vor allem da-

rum geht, Rahmenbedingungen für das Engagement und die es tragenden Organisationen zu schaffen. Dennoch wird auch darauf verwiesen, dass Projektförderungen nach wie vor wichtig seien, nicht zuletzt weil es für einige Projekte schwierig sei, staatliche Akteure für eine Förderung zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit wurde auch die Frage nach dem Erfolg für Engagementförderung durch Unternehmen und Stiftungen diskutiert. Es müssten Kriterien aufgestellt werden, mit denen der Erfolg gemessen werden kann. Nur so könne Engagementförderung gesteuert werden. So müsste bei der Erfolgskontrolle auch systematisch analysiert werden, aus welchen Gründen Projekte bzw. Partnerschaften weitergeführt bzw. nicht weitergeführt werden.

### Engagement des Mittelstands

Die Engagementförderung von großen Unternehmen, wie Herr Kusterer sie am Beispiel von IBM dargestellt hat, weist ein hohes Maß an Systematik auf. Gleichwohl stellt sich die Frage, inwieweit mittelständische Unternehmen das ebenso leisten können. Zwar sei es in kleineren Unternehmen leichter, einzelne Entscheidungsträger für ein Engagementprojekt zu begeistern, allerdings entspräche dies nicht einer systematischen Verankerung der Engagementförderung in der Unternehmensstrategie. Mittelständische Unternehmen stünden vor der Herausforderung, die Overheadkosten gering zu halten. Sie könnten daher selten Mitarbeiter allein mit der Engagementförderung betrauen. Einen Ausweg bilden hier Zusammenschlüsse von mehreren Unternehmen innerhalb einer Region. Dazu müssten allerdings Plattformen geschaffen werden, auf denen sich die Unternehmen austauschen und gemeinsame Anliegen identifizieren können.

### Trisektoralität

In der Diskussion über die Frage der Nachhaltigkeit wird deutlich, dass viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer Zivilgesellschaft und Wirtschaft als Impulsgeber für neue Ideen und Wege der Problembewältigung sehen, während der öffentlichen Hand die Aufgabe der langfristigen Finanzierung zugeschrieben wird. Es wird angeregt, diese Vorstellung zu überwinden und stattdessen frühzeitig auf Dauer angelegte Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Wenn gemeinnützige Organisationen sich weniger auf die Finanzierung durch die öffentliche Hand fokussierten, bestehe auch die Chance auf mehr Unabhängigkeit. Allerdings setze dies auch eine gemeinsame Verständigung aller Akteure über die jeweiligen Rollen voraus. Während Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure in der Vergangenheit sehr viel über ihre Rolle reflektiert hätten und sich auch ihrer Verantwortung bewusst seien, so die Einschätzung zahlreicher Teilnehmer, habe sich die staatliche Seite an dieser Diskussion kaum beteiligt. Allerdings sei es auch schwierig, die staatlichen Akteure als Dialogpartner zu gewinnen, solange man abstrakt „den Staat“ adressiere. Es sei vielmehr notwendig, die im Rahmen eines konkreten Vorhabens zuständigen staatlichen Akteure zu identifizieren und zu adressieren. Insoweit müsse man sich eher an der Alltagspraxis als an abstrakten Diskussionen orientieren.

**Peter Kusterer:**  
**Unternehmen und Engagementförderung:**  
**Kompetenz und Identität statt Geld!**

Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen gehört seit Jahrzehnten zur Wirtschafts- und Unternehmenskultur in Deutschland. Seit einigen Jahren rückt es auch als ein Bestandteil der deutschen Engagementkultur und -politik in den Blick.

Unternehmen sind Teil der Gesellschaft, denn jeder Mitarbeiter ist auch Bürger. Viele sind in ihrer Freizeit in kommunalen Gremien, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder auch in Parteien aktiv.

Je mehr die Mitarbeiter die Chance haben, ihr berufliches Leben und ihre berufliche Identität mit ihrem privaten Leben, ihrer Persönlichkeit und ihren Überzeugungen in Einklang zu bringen, desto erfolgreicher ist ein Unternehmen am Markt – so lautet eine der Grundüberzeugungen des Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement ist kein Selbstzweck, keine rein altruistische Philanthropie.

So verstanden ist Engagementförderung durch Unternehmen ein ganz zentraler Aspekt auch ihres wirtschaftlichen Wirkens. Unternehmen bringen dabei ihre wertvollsten Aktivposten ein: ihre unternehmerische Kompetenz, ihre Identität und ihre Mitarbeiter. Geld ist keine zentrale Stärke eines Unternehmens – obwohl Geld bei Spendenanfragen meist im Vordergrund steht. Es ist eine bilanzielle Restgröße, die übrig bleibt, wenn ein Unternehmen durch seine spezifische Kompetenz und Identität, seine Marke, erfolgreich am Markt agiert. Wer will nur die Krümel? Hier ist Umdenken in allen Teilen der Gesellschaft erforderlich.

Unternehmen investieren viel Kapital, um die Kompetenzen der Mitarbeiter kontinuierlich zu entwickeln, und die Zivilgesellschaft kann dies nutzen. Mit ihren Corporate Volunteering Programmen unterstützen Unternehmen ihre Mitarbeiter, sich ehrenamtlich zu engagieren. Aber es bedeutet, dass sich die Partner in der Zivilgesellschaft und auch in staatlichen Institutionen dieser Herausforderung stellen. Denn selten wird man ein Unternehmen finden, das Kompetenz für alles mitbringt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten hier in Portfolios denken. Banken und Versicherungen können Geschäftsplanungs- und Finanzierungsexpertise einbringen, Agenturen Marketing- und Kommunikationskompetenzen, IT-Unternehmen helfen bei der Konzeption und Implementierung von IT-Infrastrukturen usw. Je mehr Mitarbeiter eingebunden werden können, desto mehr verteilt sich die Aufgabe auf viele Schultern. Das erleichtert den Einstieg für den Einzelnen, aktiv zu werden. Mit Kompetenz kommt aber auch Mitsprache, Partizipation. Auch darauf müssen sich Zivilgesellschaft und Staat einstellen.

Und in einer gewachsenen Unternehmenskultur bringen Unternehmen auch ihre eigene Identität ein. Mitarbeiter schauen auf ihr Unternehmen, sie identifizieren sich mit der Marke, sie wollen stolz auf ihr Unternehmen sein. Unternehmen können so allein durch ihre Marke einen ganz eigenen Beitrag zur Engagementförderung leisten. Mitarbeiter werden aktiviert, bürgerschaftlich tätig zu werden. Sie tun dies, weil sie zu der Gemeinschaft, die die Kultur und die Marke des Unternehmens prägt, gehören und dem auch mit ihrem Engagement Ausdruck geben wollen.



Fortschrittliche Unternehmen unterstützen zudem mit ihren Programmen die Effizienz der Einsätze. Interne Marktplätze helfen, Mitstreiter zu finden, Werkzeuge wie Exceltabellen zur Planung – von einzelnen Mitarbeitern erstellt – werden über Webplattformen allen verfügbar gemacht. Webgestützte Seminare bereiten Mitarbeiter auf ihre ehrenamtlichen Einsätze vor.

These:

So verstanden kann die Vielfalt der Unternehmen mit ihren je spezifischen Stärken und hoch motivierten Mitarbeitern jeden zivilgesellschaftlichen Bedarf decken. Kreativität, gegenseitige Akzeptanz und damit echte Partnerschaft auf Augenhöhe werden hier immer Wege finden.

**Otto Haug:**  
**Engagementförderung durch Unternehmen und Stiftungen. Beispiel „Stiftung Zeit für Menschen“**

**Stiftung Zeit für Menschen**

- 2004 von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern bzw. Politikerinnen und Politikern gegründet
- Stiftungszweck: Zeit für Menschen zu organisieren und ein nachhaltiges Bürgernetzwerk für die Einrichtungen der Samariterstiftung aufzubauen
- Ausgewählter Ort 2007 von Deutschland. Land der Ideen
- ZEIT FÜR MENSCHEN kooperiert mit der Samariterstiftung 34 Heime und Einrichtungen in Württemberg

2500 Mitarbeitende betreuen 3900 alte Menschen und Menschen mit Behinderung

Zehn Werkstätten für Menschen mit Behinderung

240 Stifterinnen und Stifter: Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Vereinigungen

- Die Stiftung verfügt über sechs Tochterstiftungen
- 1500 Ehrenamtliche engagieren sich
- Ein Schwerpunkt: über zehn Unternehmen engagieren sich langfristig
- Alle Kooperationen sind auf Nachhaltigkeit ausgelegt – und dies mit Erfolg
- Es sind gemeinsame Projekte. Unternehmen engagieren sich nicht für, sondern mit ZEIT FÜR MENSCHEN
- Gesamtnetzwerk nutzen

### Konzeptioneller Ansatz der Stiftung: Aufbau von Netzwerken

#### Kooperation mit Unternehmen

Neue Bündnisse braucht das Land, damit unsere Gesellschaft ihr menschliches Gesicht behält:

Warum kooperiert ZEIT FÜR MENSCHEN mit Unternehmen?

Weil

- nur eine ökosoziale Marktwirtschaft unsere Zukunft sichert,
- der Sozialstaat ohne eine funktionierende Zivilgesellschaft in Zukunft nicht mehr funktioniert: Unternehmen sind ein wichtiger Teil davon,
- es ein Gewinn für die alten Menschen und Menschen mit Behinderung ist. Ein Mehr an Lebensqualität.

#### ZEIT FÜR MENSCHEN kooperiert mit folgenden Unternehmen:

- Sieben Banken und Sparkassen
- Robert Bosch GmbH an mehreren Standorten
- außerdem mit Greiner Bio One, Paul Hartmann AG, IST METZ, Stadtverwaltung Pfullingen etc.

#### Beispiel Kooperation Bosch Reutlingen – Samariterstift Grafeneck

- feste Kooperation mit Gründung eines Bosch-Grafeneck-Freundeskreises

Im Zentrum stehen

- jährlich ein bis zwei Aktionstage,
- Dynamik durch Menschen, die emotional berührt werden.

#### Beispiel Werkstattgespräche

- Werkstätten für Menschen mit Behinderung brauchen in Zukunft langfristige Paten-/Partnerschaften.
- Seit Jahrzehnten werden Menschen mit einer Behinderung auch in der Arbeitswelt separiert, dies ist heute nicht mehr gewollt.



- Ziel der Politik ist es, Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- ZEIT FÜR MENSCHEN: Integrationsassistenten  
Werkstattgespräche pflegen und Brücken bauen

#### Blick in die Zukunft

- Schritt für Schritt wächst das Netzwerk mit Unternehmen
- Es braucht Überzeugungsarbeit nach außen und nach innen
- Ziele von ZEIT FÜR MENSCHEN:  
Gemeinsame „Werkstätten“ auf dem Firmengelände, Außenarbeitsplätze, Integrationsfirmen

#### Schlüssel gelingender Kooperationen

- Personen stehen im Mittelpunkt
- Firmen sind Stifter
- Verlässlichkeit des Sozialunternehmens
- gute fachliche und persönliche Begleitung
- Spannungen der zwei Welten ausgleichen
- Langfristigkeit schafft Qualität und Dynamik
- Eigendynamik zulassen und nutzen
- Dank und Anerkennung, Öffentlichkeitsarbeit



**Moritz Blanke, UPJ:  
Verleihung der European Employee Volunteering Awards**

Erstmalig wurden am 21. Februar 2011 in Berlin die Generali European Employee Volunteering Awards – Deutschland verliehen. Die European Employee Volunteering Awards zeichnen national in 22 Ländern sowie europaweit Unternehmen aus, die bürgerschaftliches Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern. Gesucht wurden Initiativen, die Menschen beim Kompetenzerwerb unterstützen und ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern. Zudem wurden öffentliche Verwaltungen prämiert, die das Engagement von Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auf lokaler und regionaler Ebene fördern.

Ins Leben gerufen und durchgeführt wurde der Wettbewerb durch ein internationales Partnerkonsortium von erfahrenen Organisationen, die an der Schnittstelle von Wirtschaft und Gesellschaft arbeiten – darunter u.a. Business in the Community aus Großbritannien und UPJ aus Deutschland. „Beschäftigung ist ein Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Migranten, behinderte Menschen, Langzeitarbeitslose, die Generation 55+ oder jugendliche Schulabbrecher – viele Menschen stehen vor zum Teil erheblichen Hürden, wenn es darum geht, am Berufsleben teilzuhaben“, erklärt Peter Kromminga, Geschäftsführender Vorstand UPJ. „Die Employee Volunteering Awards sollen im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit wirkungsvolle Initiativen anerkennen und nicht zuletzt auch zum Nachahmen anregen“, so Kromminga weiter.

Die feierliche Preisverleihung der Generali European Employee Volunteering Awards – Deutschland fand im Rahmen der nationalen Auftaktveranstaltung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 im Beisein von Christoph Schmallenbach, Arbeitsdirektor und Mitglied des Vorstands Generali Deutschland Holding AG, und Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder statt.

Als Gewinner in der Kategorie „Großunternehmen“ wurden die Unternehmen Citigroup, Deutsche Börse, Fidelity International, Freshfields Bruckhaus Deringer und Linklaters ausgezeichnet. Mit der Initiative ENGAGE fördern die Unternehmen Jugendliche, die trotz Hauptschulabschluss noch keine Ausbildungsstelle finden konnten, und geben in 1:1-Beziehungen praktische Hilfestellung beim Start in die Arbeitswelt.

In der Kategorie „Kleine und mittlere Unternehmen“ setzte sich die bplusd agenturgruppe aus Köln durch. Jedes Jahr organisieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der agenturgruppe zehntägige Ferienfreizeiten für Kindern aus Familien, die sich aus familiären oder finanziellen Gründen keinen Urlaub leisten können.

Für ihr beispielhaftes Engagement an einer Schaltstelle von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen im Programm Partners in Leadership würdigte die Jury die Deutsche Bank, KPMG und Herlitz als Gewinner in der Kategorie „Innovation“. Führungskräfte der Unternehmen stärken Schulleitungen in der Umsetzung ihrer Führungsaufgaben und erarbeiten zusammen mit den Schulleitungen Konzepte, um die jeweilige Schule zukunftsfähig zu gestalten.



Für die beispielhafte Verankerung bürgerschaftlichen Engagements in die Ausbildung von Nachwuchsführungskräften wurde BMW als Gewinner der Kategorie „Newcomer“ gekürt. Fünf bis sieben Tage investiert jeder Trainee während seiner Ausbildung in ein soziales Teamprojekt und unterstützt eine gemeinnützige Organisationen aus den Bereichen Bildung, Mentoring, Talentförderung und Ausbildungschancen gezielt mit seinem fachlichen Know-how.

Als Gewinner in der Kategorie „Öffentliche Verwaltungen“ wurde der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Amt für Soziale Arbeit für die Entwicklung einer Corporate Citizenship-Strategie für Wiesbaden und deren Umsetzung durch ein Servicebüro ausgezeichnet. Bis heute haben rund 290 Unternehmen und 3.500 Beschäftigte durch die vielfältigen Projekte des Servicebüros einen Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement gefunden und 50.000 Menschen haben von den Ergebnissen der Projekte profitiert. Einen Sonderpreis als „Besonders empfehlenswerte Initiative“ in der Kategorie „Öffentliche Verwaltungen“ erhielt zudem die Stadtverwaltung Essen, Büro Stadtentwicklung für das Projekt „ESSEN.aktiv“.

Alle nationalen Gewinner nahmen automatisch an der Entscheidung über die europäischen Gesamtsieger teil, die am 17. März 2011 in London bekannt gegeben wurden. Gleich zwei Teilnehmer aus Deutschland konnten eine der begehrten Auszeichnungen mit nach Hause nehmen. Das gemeinschaftliche Programm „Partners in Leadership“ von der Deutsche Bank, KPMG und Herlitz PBS wurde in der Kategorie „Innovation“

als „Highly commended“ gewürdigt. Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde gar als europaweiter Gewinner in der Kategorie „Öffentliche Verwaltungen“ ausgezeichnet. Sue Bird von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission betonte in ihrer Laudatio: „This was a professional, long term strategy with short as well as long term offers to business to engage in the community thus fostering a culture of employee volunteering in a German Municipality and being really a role model for public authorities all over Europe“.

Weitere Informationen zu den Generali European Employee Volunteering Awards – Deutschland und eine Broschüre mit ausführlichen Profilen von allen nationalen und europäischen Gewinnern finden Sie unter [www.upj.de/eeva2011](http://www.upj.de/eeva2011)

UPJ ist das Netzwerk engagierter Unternehmen und gemeinnütziger Mittlerorganisationen in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen Projekte, die zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen, indem sie neue Verbindungen zwischen Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und öffentlichen Verwaltungen schaffen. Diese Akteure unterstützt der gemeinnützige UPJ e.V. darüber hinaus mit Informationen und Beratung bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility Aktivitäten.

## Podiumsdiskussion

### „Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011: Chancen und Herausforderungen“



In den Medien konnte man zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 bisher „von Ehrenamtlern, von Vergelt's-Gott-Managern, von Aktiv-Bürgern oder einfach von Kümmerern“ lesen, führt Dr. Gero Schließ, Stabsstellenleiter bei der Deutschen Welle und Moderator der heutigen Podiumsdiskussion, ein. Zu Gast sind

- Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
- Dr. Karin Fehres, Direktorin Sportentwicklung, Deutscher Olympischer Sportbund
- Dr. Lothar Dittmer, Vorstandsmitglied der Körber-Stiftung
- Dr. Helmut Röscheisen, Generalsekretär Deutscher Naturschutz Ring
- Markus Grübel, Mitglied des Bundestages und Vorsitzender des Unterausschuss bürgerschaftliches Engagement.

Sie wollen Anregungen aus den Workshops und auch Defizite, die festgestellt wurden, aufnehmen und gemeinsam besprechen. Die Diskussionsteilnehmenden sind sich einig, dass sich der Blick über den Tellerrand auf die Erkenntnisse der europäischen Nachbarländer zum Thema Engagement lohnen kann, um von deren Erfahrungen auch in Deutschland zu lernen.

Dr. Helmut Röscheisen sieht dabei die Chance, während des EJF 2011 ein zivilgesellschaftliches Korrektiv für das Regierungshandeln zu bilden. Wolfgang Stadler unterstreicht, dass auch der Blick nach innen zu richten sei, um die eigenen Handlungen zu überdenken und gegebenenfalls zu verändern. Dr. Lothar Dittmar weist zudem darauf hin, dass sich nationale Schwierigkeiten nicht allein dadurch lösen lassen, dass der Blick auf Europa gerichtet bzw. erweitert wird. Er sieht drei aktuelle Diskussionspunkte zum bürgerschaftlichen Engagement: das Nachdenken über neue Strukturen, die mittel- und langfristige Sicherung des Engagements und das Thema Beteiligung und Mitsprache. Wichtig sei zudem die Verbesserung der Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene, da hier 90 bis 95% des Engagements

stattfindet. Hinsichtlich der Aufgaben des Unterausschusses bürgerschaftliches Engagement hebt Markus Grübel hervor, dass es vor allem um das Schaffen eines Bewusstseins für engagementrelevante Fragen geht, um damit den Grundstein für weitergehende Beschlüsse und Entscheidungen in den verantwortlichen Ausschüssen zu legen.

Dr. Karin Fehres sieht es als zentrale Aufgabe der Zukunft an, auf die Entwicklung zu reagieren, dass im Sport aber auch in anderen Engagementbereichen das klassische Ehrenamt in Form von Wahlämtern abnimmt, kurzfristiges projektgebundenes freiwilliges Engagement dagegen deutlich ansteigt. Hier seien unterschiedliche Strategien gefragt. Es müssten unterschiedliche Möglichkeiten der Partizipation und des Engagements entwickelt und angeboten werden, die den verschiedenen Motiven und Lebenssituationen der Menschen entsprechen.

Wolfgang Stadler konstatiert, dass sich Ehrenamt „von unten“ entwickle, Freiwillige sich vor Ort betätigen und es stückweise aufgebaut werde. Dieser Ursprung solle erhalten bleiben, ohne dass der Staat sich zu sehr einmische. Dr. Karin Fehres ergänzt, dass ohne fördernde Strukturen Ehrenamt aber kaum möglich sei. Der Staat müsse sich steuernd und hilfreich eingreifen und „Schienen legen“.

Markus Grübel berichtet von den Entwicklungen des geplanten Bundesfreiwilligendienstes, der im Plenum auf starke Kritik stößt: Es werden Parallelstrukturen befürchtet und der Wunsch geäußert, besser bereits bestehende Strukturen und Projekte zu fördern. Die Wohlfahrts- und auch die Umweltverbände werden sich am Bundesfreiwilligendienst beteiligen. Dr. Helmut Röscheisen plädiert dafür, diesen dazu zu nutzen, Zielgruppen zu erreichen, die sich bisher weniger als andere engagieren. Gerade für bildungsferne Jugendliche böte er eine Möglichkeit, Freiwilligentätigkeit auszuüben und sich dadurch zu qualifizieren.

Im Folgenden gehen die Diskutierenden auf das Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamt ein: Im Vergleich zu den Wohlfahrtsverbänden, bei denen eine starke Verberuflichung zu beobachten sei, beständen im Sport laut Dr. Karin Fehres noch stark ehrenamtliche Strukturen. Dr. Karin Fehres regt an, auch im Bereich Sport über eine stärkere Verberuflichung nachzudenken. Durch hauptberufliche verlässliche Strukturen sei eine bessere Förderung des Ehrenamts möglich. Dr. Helmut Röscheisen ergänzt, dass Haupt- und Ehrenamt sich als Einheit auffassen sollten und unterstreicht die Bedeutung der Qualifizierung von Ehrenamtlichen.

Auf die abschließende Frage „Wie sollen sich Menschen zukünftig freiwillig in die Gesellschaft einbringen?“ antworten die Gesprächspartner wie folgt:

Dr. Helmut Röscheisen plädiert dafür, „dass das ehrenamtliche Engagement sehr viel höher bewertet wird als bisher und auch als Korrektiv dient, gegenüber Fehlentwicklungen, die wir massiv haben“.

Dr. Karin Fehres wünscht: „Freie Fahrt für das Engagement. Jeder soll an seiner Stelle das tun, was notwendig ist, um dahin zu kommen, die freie Fahrt zu bekommen. Das sieht bei der öffentlichen Hand, auf Bundesländer- und kommunaler Ebene anders aus als in zivilgesellschaftlichen Organisationen bei Stiftungen oder auch in der Wirtschaft.“

Dr. Lothar Dittmer fordert: „Freiwilligentätigkeit auf Augenhöhe und nicht als Dienstleistung ... und da, wo Freiwillige Verantwortung übernehmen, muss ihnen ein Stück Macht und Entscheidungshoheit übertragen werden.“

Wolfgang Stadler konstatiert: „Freiwillig sollte es bleiben, im wahrsten Sinne des Wortes. Frei will ich, also nicht durch andere bestimmt, unabhängig in soweit, dass wir alle dafür sorgen, dass eine Mitsprache erfolgt und dass kein Ersatz für hauptamtlich notwendige Tätigkeit damit kompensiert wird.“

Markus Grübel hofft, dass Bürgerinnen und Bürger sagen: „Das ist mein Verein, das ist mein Ideal, das sind meine Werte und dafür engagiere ich mich und dass die, die für die öffentlichen Hände stehen, dieses nach Kräften unterstützen, und da, wo es originäre Zuständigkeit des Staates ist, dass der Staat dort auch seinen Aufgaben nachkommt.“

Entsprechend der Ergebnisse der Workshops und der Podiumsdiskussion ergab eine Umfrage unter den Tagungsgästen, dass von den vier europaweiten Zielen des EJF 2011 die Verbesserung der Rahmenbedingungen als das wichtigste betrachtet wird. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion gab es die Gelegenheit, sich mit anderen austauschen und neue Kontakte knüpfen.



## Plenum



### Bundesministerin Dr. Kristina Schröder

1997–2002: Studium der Soziologie, Mittlerer und Neuerer Geschichte und Philosophie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz; 1998–2002: Studium der Politikwissenschaft mit Abschluss als Diplom-Soziologin, Wahlpflichtfächer Politikwissenschaft und Philosophie; Februar 2009: Promotion zum Dr. phil. am Institut für Politikwissenschaft, Universität Mainz, bei Prof. Dr. Jürgen W. Falter; 1994: Eintritt in die CDU; 2000–2001: Stadtverordnete der Landeshauptstadt Wiesbaden; seit 2002: Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen und Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 30. November 2009: Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



### Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg

Die DRK-Vizepräsidentin, Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg engagiert sich seit 1979 ehrenamtlich beim Deutschen Roten Kreuz. Zunächst war sie im Krankenhausbesuchsdienst und bei Blutspende-Terminen tätig, später organisierte sie den jährlichen Weihnachtsmarkt in Wuppertal. Als Vorsitzende des Kreisverbandes Wuppertal gründete sie einen Mittagstisch für Kinder. Im Jahr 2006 wurde die dreifache Mutter ins Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes gewählt. Als Vizepräsidentin ist sie für den Bereich der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit zuständig. Ein besonderes Anliegen ist ihr, Familien und Kinder zu unterstützen und die Integration von alten, kranken und behinderten Menschen zu verbessern.



### Dr. h. c. Rudolf Seiters

Der ehemalige Bundesminister und Vizepräsident des Deutschen Bundestages ist seit 2003 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Dr. Seiters war unter anderem Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben sowie Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Als Bundesminister des Inneren war er auch für den Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland verantwortlich. Als DRK-Präsident ist der gebürtige Osnabrücker für die strategische Ausrichtung des Deutschen Roten Kreuzes verantwortlich.



### Dr. Christoph Eichert

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, Erlangen und Freiburg. 1981 bis 1985 tätig als Jurist auf allen Ebenen der baden-württembergischen Landesverwaltung.

Von 1985 bis 2003 parteiloser Bürgermeister in Isny im Allgäu und Reutlingen sowie Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Von 2003 bis 2007 erst in der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung, dann der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Von 2007 bis 2010 Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Seit Dezember 2010 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung.



### Christoph Schmallenbach

Der Diplom-Informatiker war DV-Leiter bei der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG bevor er zwischen 1997 und 1999 Abteilungsleiter Kundenbetreuung/Controlling bei der AMB Generali Informatik Services GmbH wurde. Von 2000 bis 2004 war Schmallenbach Geschäftsführer, ab April 2002 Vorsitzender der Geschäftsführung der AMB Generali Informatik Services GmbH (seit 1. Januar 2009 Generali Deutschland Informatik Services GmbH). Seit 2007 ist er Mitglied des Vorstands der Generali Deutschland Holding AG.

## Moderation



### Gesamtveranstaltung: Gabriele Freytag

Die Diplom-Sportökonomin arbeitete zunächst als Wissenschaftliche Referentin für Konzeption und Beratung an der Führungs-Akademie des DOSB in Köln, deren Direktorin sie seit 2008 ist. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind unter anderem Management- und Organisationsentwicklungsberatung für Sportverbände, Personalentwicklung für ehrenamtlich und beruflich Engagierte im organisierten Sport sowie Projektentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit.

Aktuelle Projekte sind z. B. Training4Volunteers (EU-Projekt zum Vergleich von Personalentwicklungsprogrammen auf europäischer Ebene im Sport), Entwicklung eines Verbandssicherungskonzeptes, Neupositionierung des Deutschen Sportabzeichens und Führungskräfteprogramme für unterschiedliche Zielgruppen im organisierten Sport.



### Podiumsdiskussion: Dr. Gero Schließ

Lehramtsstudium in den Fächern Schulmusik, Geschichte und Erziehungswissenschaft, Instrumentalpädagogik und Hochschulklassische Querflöte, Stipendium Paul Sacher Stiftung Basel, Promotion über Igor Strawinskys frühe Lieder, freie Mitarbeit u. a. für ARD-Anstalten, regionale und überregionale Tageszeitungen, Fono Forum. 1989 Volontariat Deutsche Welle, 1990 Kurt Magnus Preis der ARD, 1997 bis 2003 Leiter der Mu-

sikredaktion der Deutschen Welle, von 2003 bis 2006 Leiter der Stabsstelle beim Programmdirektor DW-RADIO/DW-WORLD. Seit 1.1.2007 Leiter der neu geschaffenen Abteilung Programmprojekte, Promotion, Partnerschaften, in der zentrale Programmprojekte mit hoher Relevanz für die Außendarstellung und das Kulturprofil der Deutschen Welle zusammengefasst sind; darunter die Sprachkurse und Bildungsprogramme, die Entwicklung und Pflege des Audio-Designs, der 24-stündige Musikpool sowie die Kulturpartnerschaften der DW, insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Beethovenfest Bonn und der roc berlin (Rundfunk Orchester und Chöre GmbH Berlin).

## Podiumsdiskussion



**Markus Grübel, MdB**

Markus Grübel studierte an der Württembergischen Notarakademie. Nach Stationen im Grundbuchamt Dresden (Leitung), im Sächsischen Staatsministerium der Justiz und einer Notartätigkeit in Stuttgart wird er 2002 Mitglied des Bundestages. Dort ist er zurzeit Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerchaftliches Engagement“. Daneben ist er Vorsitzender des Vorstandes der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e. V. sowie Mitglied in Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, im VdK und bei Kolping.



**Dr. Lothar Dittmer**

Für die Körber-Stiftung ist Lothar Dittmer seit 1994 tätig, seit April 2008 als Mitglied des Vorstands. In dieser Funktion ist er für die beiden Stiftungsbereiche „Bildung“, „Wissenschaft“ und „Gesellschaft“ zuständig. Seit 2000 ist er außerdem Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Herbert und Elisabeth Weichmann-Stiftung. Dittmer studierte Geschichte, Germanistik und Pädagogik und promovierte anschließend im Fach Geschichte. Von 1989 bis 1994 war er Dozent und stellvertretender Leiter an der Politischen Akademie Biggese.



**Wolfgang Stadler**

Der Diplom-Soziologe war von 1993 bis 2009 Geschäftsführer des AWO-Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe und ist seit September 2006 Geschäftsführer der ElternService AWO GmbH. Wolfgang Stadler sitzt seit 2010 dem Vorstand des AWO-Bundesverbandes e. V. vor. Herr Stadler verfügt über große Erfahrung insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe und hat sich seit mehr als 20 Jahren auch auf der Bundesebene in den vielfältigen sozialpolitischen Aktivitäten der AWO engagiert.



**Dr. Karin Fehres**

Karin Fehres verantwortet als hauptamtliche Sportdirektorin den Bereich Sportentwicklung und Breitensport im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Die ehemalige Turnerin und Leichtathletin arbeitete zuvor für den Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH), leitete später das Sport- und Badeamt in Frankfurt am Main und war Vizepräsidentin des Deutschen Turnerbundes (DTB).



**Dr. Helmut Röscheisen**

Dr. Helmut Röscheisen ist seit 1980 Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR), dem Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände. Er studierte Betriebswirtschaftslehre und Verwaltungswissenschaften in Erlangen und Speyer und promovierte sich 2005 an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Uni Bochum. Zudem absolvierte er eine Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst beim Innenministerium in Nordrhein-Westfalen.

## Workshop 1



### Moderation: Loring Sittler

Loring Sittler ist seit August 2008 einer der beiden Leiter des Generali Zukunftsfonds. Er hat Geschichte, Englisch und Politik studiert, war viele Jahre Geschäftsführer eines bundesweit tätigen staatsbürgerlichen Bildungswerks, mehrere Jahre Vertriebsleiter bei einem Finanzdienstleister und unmittelbar vor seinem Eintritt bei Generali im PR-Bereich tätig. Er hat sich während seines ganzen Lebens ehrenamtlich engagiert, am erfolgreichsten bei der Gründung des Bundeswettbewerbs Jugend debattiert.



### Uwe Lübking

Uwe Lübking arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaften als Referent für Recht und Verfassung beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), später im Referat Jugend und Soziales. Seit 1.1.1998 ist er Beigeordneter des DStGB und leitet das Dezernat Recht, Sozial- und Jugendpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Europäische Sozialpolitik sowie die Bereiche Bildung, Kultur und Sport. Lübking ist Mitglied des Bundesjugendkuratoriums und des Stiftungsrates der Kulturstiftung des Bundes, ehrenamtlicher Richter am Bundessozialgericht sowie im Deutschen Verein für öffentliche Fürsorge Mitglied des Präsidialausschusses und des Präsidiums.



### Stephan Würz

Stephan Würz studierte in Marburg Diplom-Pädagogik, Politik und Sport. Von 1988 bis 2001 Jugendhilfeplaner und Leiter der Jugend- und Vereinsförderung der Kreisverwaltung Fulda. Seit August 2001 Geschäftsführer (Referatsleiter) der LandesEhrenamtsagentur Hessen, der zentralen Einrichtung der Hessischen Staatskanzlei zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Hessen. Arbeitsschwerpunkte sind der Auf- und Ausbau förderlicher Strukturen für Bürgerengagement in Hessen, die Beratung von Kommunen und Organisationen in der Engagementförderung sowie die Etablierung von Netzwerken der Engagementförderung in Hessen. Lehrbeauftragter an der Hochschule Darmstadt. Mitwirkung und Projektleitung in europäischen Projekten der Engagementförderung. In 2010 halbjährige Tätigkeit im Bereich Engagementpolitik des Bundesfamilienministeriums.

## Workshop 2



### Moderation: Wolfgang Barth

Wolfgang Barth leitet beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt die Abteilung Migration. Nach dem Studium der Sprachwissenschaft Dozent in Sprachkursen und in der überbetrieblichen Ausbildung. Mehrere Jahre in der Kursleiterqualifizierung im Bereich Deutsch als Zweitsprache. Seit 1988 beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und für die Koordination und Steuerung der Migrationssozialarbeit verantwortlich. Schwerpunkte sind: Interkulturelle Öffnung der AWO-Regeldienste und bürgerschaftliches Engagement.



### José Povedano

José Povedano leitet seit 1990 die Koordinierungsstelle für Migrationsarbeit im Paritätischen – Gesamtverband. Der Diplom-Sozialpädagoge und Diplom-Sozialwissenschaftler engagiert sich 1972 in verschiedenen Migranten(selbst)organisationen, unter anderem in der Bundesarbeitsgemeinschaft für MigrantInnen in Deutschland und dem Bundesverband Spanischer Sozialer und Kultureller Vereine.



### Susanne Rindt

Susanne Rindt arbeitet seit 2007 für das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS e. V.). Die Slawistin und Germanistin leitet das ISS-Hauptstadtbüro und ist verantwortlich für das Kompetenzfeld Zivilgesellschaft. Zuvor war sie freiberuflich u. a. für den Deutsch-Russischen Austausch e. V. und die Stiftung Zukunft Berlin tätig und arbeitete von 1999 bis 2005 Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Jugendfreiwilligendienste, bürgerschaftliches Engagement, Engagement von Benachteiligten, informelle/non-formale Bildung und Engagement, Kompetenzbilanzen sowie Engagement und Erwerbsarbeit/Arbeitsmarktpolitik.

### Workshop 3



#### Moderation: Michael Müller

Michael Müller leitet seit 01.01.2011 die Hauptvertretung Brüssel des Deutschen Caritasverbandes, in der er zuvor drei Jahre als juristischer Referent gearbeitet hat. Nach erstem und zweitem juristischen Staatsexamen in Würzburg hat Michael Müller einen LL.M. im Europarecht erworben. Seine erste berufliche Station war das Europäische Parlament in Brüssel, wo er rund eineinhalb Jahre lang das Büro einer deutschen MdEP leitete.



#### Mirko Schwärzel

Mirko Schwärzel ist seit Anfang 2009 wissenschaftlicher Referent des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und leitet dort das Projekt „BBE für Europa“. Nach dem Studium (MA Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum sowie BA Europäische Studien an der Universität Osnabrück) war er zuvor u. a. tätig in der kommunalen Bildungsberatung im Rahmen des ESF-Programms „Lernende Regionen“ beim DGB-Bildungswerk NRW sowie beim Europäischen Jugendforum in Brüssel.



#### Dr. Stephanie Scholz

Stephanie Scholz arbeitete als ausgebildete Europarechtlerin im Büro eines Bundestagsabgeordneten bevor sie ins Europareferat der Berliner Senatskanzlei wechselte. Seit 2002 ist sie Europareferentin im Diakonie Bundesverband. Ihr Augenmerk liegt hier besonders auf der Sozial- und Gesundheitspolitik, der Rechtsentwicklung und dem Binnenmarkt. Darüber hinaus ist Stephanie Scholz Mitglied der Arbeitsgruppe Infrastruktur und Freiwilliges Engagement der European Alliance EYV 2011, welche an der Vorbereitung des EJF maßgeblich beteiligt war.



#### Sarah Singer

Die gelernte Gemmologin und Schmuckdesignerin ist Vorstandsmitglied der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST). Darüber hinaus ist Sarah Singer Vorstandsmitglied des Nahostfriedensforums, Repräsentantin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande, Beiratsmitglied der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie Mitglied des Europaausschusses der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

### Workshop 4



#### Moderation: Prof. Manuela Rousseau

Frau Prof. Manuela Rousseau leitet seit 2007 den Bereich Corporate Social Responsibility der Beiersdorf AG in Hamburg und ist Mitglied des entsprechenden Aufsichtsrats. Zuvor war sie bei der Beiersdorf AG in unterschiedlichen Positionen im Bereich Presse und PR tätig. Sie lehrt darüber hinaus Kultur- und Medienmanagement an der Hamburger Hochschule für Musik und Theater mit dem Schwerpunkt Fundraising und PR. Seit 2009 ist Frau Prof. Rousseau zudem Mitglied im Aufsichtsrat der maxingvest ag. Sie ist in zahlreichen Initiativen engagiert, z.B. bei FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V., werte erleben e.V. oder der Kulturgemeinschaft Beiersdorf e.V.



#### Peter Kusterer

Peter Kusterer verantwortet seit 2008 den Bereich Corporate Citizenship & Corporate Affairs der IBM in Deutschland. Zuvor war er, unterbrochen von Auslandsaufenthalten und selbstständiger Tätigkeit als Berater, über 25 Jahre in den verschiedensten Vertriebspositionen bei der IBM Deutschland tätig. Seit Ende 2008 ist er Mitglied der Steuerungsgruppe der Initiative „Wirtschaft. Initiative. Engagement.“, deren Aufbau aus der Initiative Zivilgesellschaft des Bundesfamilienministeriums er von Anfang an begleitet hat. Privat hilft er ehrenamtlich bei der Etablierung eines lokalen Netzwerks von Schulen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.



#### Otto Haug

Otto Haug ist Gründungstifter und leitet die Geschäftsstelle der Stiftung ZEIT FÜR MENSCHEN in Nürtingen. Die Stiftung ZEIT FÜR MENSCHEN bündelt Engagement zugunsten von Menschen, die in den Einrichtungen der Samariterstiftung leben, um diesen mehr Zuwendung zu ermöglichen. Der ausgebildete Diakon arbeitete zuvor unter anderem beim Evangelischen Jugendwerk Stuttgart, bei der Evangelischen Akademie Bad Boll und bei der Samariterstiftung. Otto Haug engagiert sich zudem vielfältig im gesellschaftlichen Bereich.

# Die »Leuchttürme«:

## Regional- konferenzen

Zur Umsetzung der nationalen Prioritäten des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit wird neben der Auftakt- und einer Abschlussveranstaltung eine Veranstaltungsreihe durchgeführt. Durch diese Regionalkonferenzen soll die Botschaft des Jahres möglichst viele Menschen erreichen und das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Bedeutung und den Wert von Freiwilligentätigkeiten gestärkt werden. Die Konzentration auf zentrale Veranstaltungen soll außerdem bewirken, dass die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft zusammenkommen und gemeinsam an der Umsetzung des Jahrs mitwirken. Die Konferenzreihe soll mit möglichst breiter Beteiligung die oben genannten Punkte vertieft bearbeiten und so die Vernetzung der Akteure unterstützen und zugleich inhaltliche Impulse zur Weiterentwicklung im Bereich Freiwilligentätigkeit geben.

## Engagement bewegt Generationen

19./20. Mai 2011, Hamburg



Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros



Ein besonderer Fokus des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (EJF 2011) liegt in Deutschland auf generationenübergreifenden Aktivitäten und der gezielten Ansprache älterer Menschen.

Beide Themenstränge greift die Konferenz „Engagement bewegt Generationen“ auf. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei die Generationen verbindenden Engagementfeldern und -formen. Die 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland, Polen und den Niederlanden diskutieren,

- wie Engagement individuelle Potenziale nutzt und Teilhabe sichert („Zum Engagement bewegen“),
- wie Organisationen und Kommunen Engagement erfolgreich fördern („Engagement in Bewegung“) und
- wie das Miteinander der Generationen die Gesellschaft der Zukunft gestaltet („Engagement bewegt“).

Ältere Menschen sind bedeutende Akteure im freiwilligen Engagement: Der 3. Freiwilligensurvey weist mit 37% eine konstant hohe Beteiligungsquote bei den 60- bis 69-Jährigen in Deutschland aus, und noch 25% der Personen, die 70 Jahre und älter sind, engagieren sich.

Ihre wichtigen Beiträge für das Gemeinwesen wollen die drei Veranstalter der Konferenz befördern. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO) vertritt als „Lobby der Älteren“ mit 104 Mitgliedsorganisationen die Interessen von etwa 13 Millionen Seniorinnen und Senioren in Deutschland. In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BaS) haben sich 120 kommunale Seniorenbüros zusammengeschlossen. Gesellschaftliche Entwicklung fordert kritische Reflexion: Diesem Grundsatz fühlt sich die Körber-Stiftung verpflichtet, die u. a. mit dem jährlichen Symposium „Potenziale des Alters“ zur Mitwirkung an gesellschaftlicher Gestaltung aufruft.

Die Konferenz versteht sich auch als Auftakt für den 10. Deutschen Seniorentag, der unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Juni 2012 ebenfalls in Hamburg stattfinden wird.

Weitere Informationen unter [www.bagso.de](http://www.bagso.de)

## Naturschutz – interkulturell und generationenübergreifend Impulskonferenz

27./28. Juni 2011, Potsdam



Am 27. und 28. Juni 2011 veranstaltet der Deutsche Naturschutzring (DNR) die Impulskonferenz „Freiwillige für den Naturschutz – Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar“. Der Kongress in Potsdam ist eines von acht deutschen Projekten, die das Bundesfamilienministerium und die EU-Kommission für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF) ausgewählt haben.

Die DNR-Konferenz ist als zentrale Veranstaltung für den Bereich Natur- und Umweltschutz vorgesehen. Hier sollen zum einen der Erfahrungsaustausch und die Fortbildung von ehrenamtlich Tätigen in den verschiedenen Bereichen des Natur- und Umweltschutzes gefördert werden, zum anderen geht es darum, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche und Frauen stärker für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Mit acht themenspezifischen Arbeitsgruppen (AGs) bietet die Veranstaltung eine große Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Fortbildung der Ehrenamtlichen. Die Teilnehmenden profitieren vom Austausch mit langjährig berufserfahrenen Referierenden. Aber auch für die Verbände, Vereine, staatlichen Stellen und Freiwilligenkoordinatoren aus den verschiedenen Bereichen des Natur- und Umweltschutzes ist die Teilnahme an den Arbeitsgruppen eine ideale Gelegenheit, sich intensiv über das Thema – Freiwillige für den Naturschutz – zu informieren und auszutauschen. Auf dieser Grundlage kann sich außerdem themenspezifisch mit der europäischen Bodenrahmenrichtlinie (BRRL) und mit dem Thema – Freiwillige mit Migrationshintergrund – auseinandergesetzt werden. Die AGs behandeln daher folgende, breitgefächerte Themen:

- AG1: Erfahrung aktiver Freiwilligenkoordinatoren
- AG2: Zukunftsfähige Strukturen für ehrenamtliches Engagement im Naturschutz
- AG3: Zivilgesellschaft und soziales Engagement im ehrenamtlichen Naturschutz
- AG4: Ehrenamtlicher Natur- und Umweltschutz kennt keine Sprache – interkulturelle Öffnung als Herausforderung der Naturschutzverbände
- AG5: Jugendliche und junge Erwachsene für Naturschutzengagement gewinnen
- AG6: Ehrenamtliches Engagement als Fundament im Bereich Erfassung und Monitoring der biologischen Vielfalt
- AG7: Gibt es genug Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft? Beispiel ehrenamtliches Engagement im Natur- und Umweltschutz
- AG8: Ehrenamtliche Unterstützung für den Bodenschutz und eine europäische Bodenrahmenrichtlinie (BRRL)

Durch die Arbeit in diesen Themengruppen wird ein breiter Informationspool entstehen, dessen Ergebnisse am Ende der Konferenz, im Rahmen eines World Cafés, zusammengetragen und diskutiert werden. Als Redner dürfen außerdem Bundesumweltminister Norbert Röttgen, DNR-Präsident Hubert Weinzierl und der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, begrüßt werden.

Der DNR freut sich darauf, interessierte Teilnehmende, unter dem Leitziel des Naturschutzes, generationenübergreifend und interkulturell zusammenzubringen!

Weitere Informationen unter [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## Engagement-Werkstätten in Sachsen-Anhalt

ganzjährig



## SACHSEN-ANHALT

Ministerium für  
Arbeit und Soziales

Im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 soll in Sachsen-Anhalt eine landesweite Veranstaltungsreihe:

- Erfahrungen in der Freiwilligenarbeit einer interessierten Öffentlichkeit bekannt machen,
- die Vielfalt freiwilliger Tätigkeiten darstellen und öffentlich wertschätzen sowie
- neue Engagementfelder und -formen entwickeln helfen und so neue Freiwillige gewinnen.

Ausgehend von dem landesweiten „Dialogforum Bürgerschaftliches Engagement“ am 25. Mai in Magdeburg wird das Thema: „Freiwillig. Etwas bewegen!“ des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit in elf regionalen Engagement-Werkstätten diskutiert und abschließend in einer länderübergreifenden Engagement-Konferenz am 16. November in Halle zusammengefasst.

Die Werkstattmethode sichert die aktive Beteiligung lokaler Akteure und ermöglicht den Zugang zu einer europäischen Diskussion zu Freiwilligenarbeit und gesellschaftlicher Verantwortung. Es geht darum, die europäischen Erfahrungen der Freiwilligenarbeit im Land Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu kommunizieren und lokale Strategien zur Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen weiterzuentwickeln und nachhaltig zu verankern.

Mit den Engagement-Botschaftern, die als lokale Repräsentanten die engagementfördernde Struktur vor Ort nachhaltig stärken sowie die regionalen Engagement-Werkstätten unterstützen, setzt das Land ein sichtbares Zeichen für bürgerschaftliches Engagement.

Darüber hinaus können bis zu 15 Interessierte im Rahmen eines

Freiwilligendienstes aller Generationen regional tätig werden und die Umsetzung der Engagement-Werkstätten unterstützen. Die Freiwilligen stehen mit ihrem Engagement für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. Die begleitende Dokumentation soll in Kooperation mit der FH Merseburg realisiert werden.

Weitere Informationen unter [www.ejf-sachsen-anhalt.de](http://www.ejf-sachsen-anhalt.de)

## Engagement und Erwerbsarbeit in Europa

26. / 27. Oktober 2011, München



Gemeinnütziger e.V.



Die Fachkonferenz ist ein Kooperationsprojekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

Die Überschneidungen, Grauzonen und Wechselwirkungen zwischen Engagement, Erwerbsarbeit und Arbeitsmarktpolitik sind ein zunehmend wichtiges Feld in der Praxis, Theorie und Politik des bürgerschaftlichen Engagements. Die Fachkonferenz wird unterschiedliche Entwicklungen, Strategien und Diskurse in Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie Beispiele guter Praxis thematisieren.

Ziel ist es, positive wie negative Wechselwirkungen zwischen Engagement und Erwerbsarbeit aufzuzeigen und einen nationalen und europäischen Austausch von Organisationen der Zivilgesellschaft sowie von Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu ermöglichen. Die Konferenz will Anstöße für eine Weiterentwicklung der Engagementförderung geben und dazu beitragen, Engagementpolitik als Politikfeld auf EU-Ebene weiter zu etablieren.

### 26. Oktober

Eröffnung und Grußworte

Hauptreferate

Referat 1: Engagement und Erwerbsarbeit als künftiges Feld einer europäischen Engagementpolitik

Referat 2: Zwischen Eigensinn des Engagements, Wandel des Sozialstaats und veränderter Arbeitswelt: Aspekte im Vergleich zwischen Deutschland und Europa

Fachforen: Die Tagung bietet insgesamt sechs Fachforen, die jeweils eine europäische Vergleichsperspektive bieten. Aspekte aus den Fachforen 1 bis 3 des ersten Tages werden am zweiten Tag in den Foren 4 bis 6 aufgegriffen und vertiefend diskutiert. Der Besuch der zusammengehörenden Foren ist sinnvoll, aber nicht zwingend.

Forum 1: Aktivierende Arbeitsmarktpolitik und Engagement  
Forum 2: Erwerbsarbeit im Dritten Sektor und Engagement  
Forum 3: Engagement im Kontext der Personalentwicklung von Unternehmen  
Abendprogramm

#### 27. Oktober

Referat: Sozialunternehmen, Social Entrepreneurship, Economic Sociale – ein europäischer Vergleich  
Forum 4: Akteure der Engagementförderung und Beschäftigungspolitik  
Forum 5: Das Verhältnis von Engagement und Erwerbsarbeit aus der Perspektive der Sozialunternehmen  
Forum 6: Engagement und die Gestaltung biografischer Übergänge  
Abschlusspodium

Anmeldungen zur Tagung sind ab dem 15. August 2011 möglich. Für die Teilnahme wird ein Tagungsbeitrag erhoben.

Weitere Informationen unter [www.iss-fm.de](http://www.iss-fm.de)

### Partizipation und Integration in Europa – voneinander lernen

20. / 21. September 2011, Stuttgart



## Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,  
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

Der Kongress wird am 20. und 21. September 2011 mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Sozialordnung, Familien und Senioren und des Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg in der Liederhalle Stuttgart durchgeführt.

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie bilden eine Basis über alle gesellschaftlichen Bereiche und verbinden die Menschen über alle Altersstufen hinweg. Ob die ehrenamtliche Arbeit in Vereinen und Verbänden jeder Art, in Kirchen oder in Projekten stattfindet, sie ist notwendig und gibt dem Land und der Bevölkerung ein menschliches Gesicht.

Neben den in europa- bzw. bundesweit formulierten Zielsetzungen für das EJF 2011, die ehrenamtliche Arbeit zu stärken, befasst sich Stuttgart intensiv mit dem Thema Partizipation – voneinander lernen. So bietet sich gerade beim Europäischen Jahr der Freiwilligtätigkeit eine Möglichkeit, über unsere Grenzen hinaus in unsere europäischen Nachbarländer zu schauen und von ihnen zu lernen. Während des zweitägigen Kongresses sind beispielhafte Initiativen aus Großbritannien, den Niederlanden und aus unserem Nachbarland Österreich geladen. Zudem konn-

ten schon als Gastreferenten Dr. Rupert Graf Strachwitz des meacnata Institut Berlins und Diplom-Sportwissenschaftlerin Günes Turan von der Universität Augsburg gewonnen werden, die mit ihrem Fachwissen die Veranstaltung bereichern werden.

Ein Moderator wird durch den Kongress führen. Für alle Teilnehmenden findet zwischen den Beiträgen ein reger Austausch an den vielen Informationsständen und Gesprächsinseln statt. An den Gesprächsinseln wird über die referierten Thematiken diskutiert und im Anschluss werden die Ergebnisse gesichert. Der Moderator gibt die zusammengefassten Resultate anschließend an alle weiter.

Weitere Informationen unter [www.ejf2011.de](http://www.ejf2011.de)

### Förderung freiwilligen Engagements von MigrantINNEN im Sport

2. November 2011, Mainz



Das Projekt „Förderung freiwilligen Engagements von MigrantINNEN im Sport“ wird Anfang November 2011 mit einer Fachveranstaltung in Mainz durchgeführt. Seit vielen Jahren kommt dem Sport eine hohe Bedeutung für die Freiwilligenarbeit zu. Mit steigendem Anteil von Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Bevölkerung rückt auch die Integration von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund stärker in den Fokus der Gesellschaft. Bislang sind Mädchen und Frauen in Sportvereinen unterrepräsentiert. Der Sport mit seinen Sportvereinen spielt dabei eine herausragende zentrale Rolle. Die Talente und Potenziale gilt es über zielgruppenspezifische Aktivierung und Beteiligung zu fördern. Der Sport macht es sich daher zur Aufgabe, gerade auch die Integration der Mädchen und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte über den Weg der Sportvereine in die Gesellschaft zu fördern. Hierfür sollen einerseits Strukturen und Bedingungen geschaffen werden, die eine Entfaltung ehrenamtlichen Engagements ermöglichen. Sektorenübergreifende Vernetzungsarbeit und integrierte Handlungskonzepte bewirken eine solche Strukturentwicklung. Gleichzeitig bedarf es zudem respektvoller persönlicher und zwischenmenschlicher Begegnungsformen, um diese Zielgruppen zu erreichen. Diesen Herausforderungen stellt sich der organisierte Sport.

Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Veranstaltung ist inhaltlich in zwei Bereiche gegliedert: Die Veranstaltung wird inhaltlich im ersten Teil mit Fachvorträgen zum Themenfeld „Ehrenamtliches Engagement“ im Sport mit korrelierendem Bezug auf die Zielgruppe MigrantINNEN beginnen und im zweiten Teil den besonderen Fokus auf den Austausch von bestehenden Praxisbeispielen und der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure der Zivilgesellschaft

legen. Der Deutsche Olympische Sportbund greift hierzu auf ein breites Portfolio an guten Beispielen zurück. Aufgrund der langjährigen Erfahrung in diesem Handlungsfeld können aus dem vom Bundesinnenministerium geförderten Programm „Integration durch Sport“, aber auch aus dem vom Bundesgesundheitsministerium geförderten Netzwerkprojekt „Bewegung und Gesundheit – mehr Migrantinnen in den Sport“ Beispiele zum ehrenamtlichen Engagement der MigrantINNEN präsentiert werden. Zudem werden wir kompetente Referentinnen und Referenten für Fachvorträge gewinnen und einen Augenmerk auf die Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der Vernetzung von unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft legen. Akteuren, wie z. B. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Sport, Vertreterinnen und Vertreter der Kommune und aus den Migrantenorganisationen sowie anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, möchten wir mit dieser Fachveranstaltung Vernetzungs- und Begegnungsplattformen anbieten.

Weitere Informationen unter [www.integration-durch-sport.de](http://www.integration-durch-sport.de)

**„Brücken schlagen – Gemeinschaft zusammen gestalten“  
Bürgerschaftliches Engagement aller Generationen in der  
(Euro-) Region Rhein-Ruhr und den Niederlanden**

4. Dezember 2011, Düsseldorf



**Landeshauptstadt  
Düsseldorf**

Die Menschen in Deutschland werden älter, sozial unterschiedlicher und interkultureller. Mit diesen Veränderungen gehen auch neue Herausforderungen für das Zusammenleben einher. Das Engagement aller Generationen gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung, weil es unter anderem Brücken zwischen biographischen Übergangszeiten – zwischen Schule und Beruf, während Zeiten der Erwerbslosigkeit, beim Wiedereinstieg nach der Familienphase und beim Übergang in den Ruhestand – schlagen kann. Gleichzeitig eröffnet es Möglichkeiten, gesellschaftliche Veränderungen gemeinsam zu gestalten und das gegenseitige Verständnis der Generationen zu fördern.

Vor diesem Hintergrund veranstaltet die Landeshauptstadt Düsseldorf gemeinsam mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen am 4. Dezember 2011 in Düsseldorf die Fachkonferenz „Brücken schlagen – Gemeinschaft zusammen gestalten“.

Im Rahmen der Fachkonferenz sollen in Fachvorträgen (z. B. „Rahmenbedingungen und Entwicklungen des integrativen bürgerschaftlichen Engagements in NRW und den Niederlanden“) unterschiedliche Politiken, Strategien und Projekte gegenübergestellt werden, die Aufschluss über Unterschiede und Gemeinsamkeiten geben. Diese im Sinne des Voneinanderlernens vergleichende Perspektive soll einen länderübergreifenden Austausch

ermöglichen und Wege aufzeigen, das generationsübergreifende Engagement nachhaltig zu fördern und auszuweiten.

In mehreren Arbeitsgruppen sollen anhand von Beispielen guter Praxis aus Vereinen, Verbänden und Unternehmen relevante Fragen vertiefend diskutiert werden. Der Dialog soll die Vernetzung und den Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteuren fördern. Gleichzeitig soll der Austausch inhaltliche Impulse liefern, die den Blick auf das freiwillige Engagement verändern und zur Entwicklung regionaler und lokaler Modelle zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements anregen. Zentrale Themen in den Arbeitsgruppen sind:

- Demografischer Wandel – Chancen für ein generationenübergreifendes Engagement
- Integration und interkulturelle Öffnung durch bürgerschaftliches Engagement
- Vereinbarkeit von Familie, Beruf und bürgerschaftlichem Engagement
- Bildung, Ausbildung und Berufseinstieg – Konkurrenz zum freiwilligen Engagement?
- Die Rolle des Engagements von Unternehmen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen
- Sozialräumliche Zugänge für engagementferne Gruppen
- Freiwilligenmanagement – zwischen Anspruch und Wirklichkeit

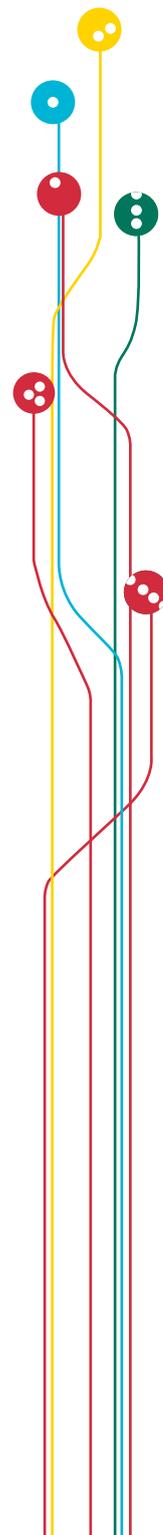
Die Fachkonferenz soll auch ein Forum für Bürgerinnen und Bürger sein, die als Botschafter in eigener Sache die Möglichkeit erhalten, einen Blick „hinter die Kulissen“ zu werfen, mit den unterschiedlichen Akteuren ins Gespräch zu kommen und über die notwendigen Rahmenbedingungen ihres Engagements zu diskutieren. Auf einem „Markt der Möglichkeiten“, wo Verbände und Vereine sich in ihrer ganzen Vielfalt präsentieren, können sie ihrer Neugier freien Lauf lassen, sich über die unterschiedlichen freiwilligen Betätigungsfelder informieren oder sich gleich für ein freiwilliges Engagement begeistern lassen.

Weitere Informationen unter [www.duesseldorf.de/Freiwilligenjahr](http://www.duesseldorf.de/Freiwilligenjahr)



# Flaggschiff- projekte

Die Europäische Kommission fördert europaweit insgesamt 35 sogenannte Flaggschiffprojekte, die innovative Maßnahmen und Ansätze entwickeln und testen und die dazu beitragen, langfristige Partnerschaften zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich der Freiwilligenarbeit aufzubauen. In Deutschland haben der Landesjugendring Berlin für die Fachtagung „Potenziale nutzen: Förderung des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher“ und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement für das Projekt „Active Citizens for better Communities“ den Förderzuschlag erhalten.



## „Active Citizens for better Communities“

18. bis 20. Oktober 2011, Berlin



Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) führt das Projekt „Active Citizens for better Communities“ durch. Geplant ist die Vernetzung von Initiativen und Projekten mit europäischen Partnern und die Anregung für einen europäischen Austausch im Vorfeld der Jahreskonferenz des europäischen Netzwerks Centre Européen du Volontariat (CEV) vom 19. bis 21. Oktober 2011 in Berlin. Projektpartner sind neben dem CEV selbst die Hilfsbereitschaft e.V., die Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement (ARBES), der Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband, ARBES, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (BAG-FA), die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste beim Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren in Baden-Württemberg und das Technische Hilfswerk (THW).

Weitere Informationen unter [www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)

## „Potenziale nutzen: Förderung des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher“



20. Oktober 2011, Berlin

Das freiwillige Engagement junger Menschen ist konstitutiv für unsere Zivilgesellschaft. Eine große Mehrheit derjenigen, die sich als Erwachsene engagieren, hat dies bereits in ihrer Jugend getan. In der Jugend also wird der Grundstein für eine dem Gemeinwesen aufgeschlossene Haltung gelegt. Gleichzeitig ist das Enga-

gement Jugendlicher ein Wert an sich: Durch ihr Engagement erwerben sie Kompetenzen für ein gelingendes Leben, nicht nur für Ausbildung und Beruf, sondern auch für die Weiterentwicklung ihrer eigenen Persönlichkeit.

Jedoch sind nicht alle Gruppen junger Menschen gleichermaßen freiwillig engagiert. Insbesondere benachteiligte Jugendliche, Jugendliche mit Migrationshintergrund und Mädchen sind im Engagement unterrepräsentiert. Hier gilt es Anreize zu identifizieren, mit deren Hilfe die großen Potenziale unter diesen jungen Menschen, von denen sich laut Freiwilligensurvey viele „eventuell freiwillig engagieren“ würden, gehoben werden können.

Schließlich gibt es neue Entwicklungen wie die verkürzte Gymnasialzeit, verschulte Bachelor- und Masterstudiengänge sowie höhere Anforderungen an die Mobilitätsbereitschaft junger Menschen, die deren Engagementquote senken. Um diesem rückläufigen Trend entgegenzuwirken, müssen geeignete Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Schule, Hochschule, Ausbildung, Beruf und Engagement geschaffen werden.

Mit der geplanten Fachtagung wollen sich Akteure der Berliner Jugendarbeit, Politik und Verwaltung gemeinsam der Frage nähern, wie Engagementpotenziale bei Jugendlichen vergrößert, genutzt und langfristig gebunden werden können. Dies soll einerseits auf der Basis wissenschaftlicher Inputs und Diskussionen, andererseits durch die Vorstellung von Praxisprojekten erfolgen.

Kooperationspartner sind die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Berlin e.V. (LKJ), die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin (Stiftung SPI), die Liga der Wohlfahrtsverbände, die Senatsverwaltung für Bildung Wissenschaft und Forschung Berlin und die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

### Fachvorträge:

- Freiwilliges Engagement im Jugendalter: Wandel, Potenziale, Perspektiven – mit einem spezifischen Blick auf das Engagement in der Großstadt Berlin.
- Förderung des Engagements von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Problemaufriss und Lösungsansätze
- Förderung des Engagements benachteiligter Jugendlicher. Problemaufriss und Lösungsansätze
- Gewinnung von Mädchen für die Gremienarbeit/die Übernahme von Führungspositionen
- Auswirkungen der Veränderungen in Schule, Hochschule, Ausbildung und Beruf auf das Engagement Jugendlicher und Gegensteuerung

Weitere Informationen unter [www.ljrberlin.de](http://www.ljrberlin.de)

## Weitere Veranstaltungen

Die Regionalkonferenzen des EJF 2011 werden durch zahlreiche weitere Veranstaltungen ergänzt. Insbesondere die Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligen sich mit vielfältigen eigenen Projekten an der Umsetzung des Jahres und leisten damit einen wesentlichen Beitrag, die Ziele des Jahres zu erreichen. Eine Übersicht bietet der Veranstaltungskalender auf der Website des Jahres [www.ejf2011.de](http://www.ejf2011.de). Beispielhaft seien hier erwähnt:

### „Machen oder Machen lassen? – ist Engagement Versorgung oder Beteiligung?“

8. April 2011, Berlin

engagiert in  
deutschland.de 



Bei der Veranstaltung „Machen oder Machen lassen? – ist Engagement Versorgung oder Beteiligung?“ handelt es sich um die Auftaktveranstaltung zu einem Thema, welches in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit genießen wird: das Verhältnis von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, ihrer jeweiligen Rolle und die jeweilige Fachlichkeit, die beide benötigen. Unsere Gesellschaft und das System öffentlicher und freier Wohlfahrt stehen im nächsten Jahrzehnt vor großen Herausforderungen. Das Verhältnis von Alten und Jungen verschiebt sich gravierend und dies wirkt sich auf viele Bereiche aus. Bisher galt: „Mit Vielen versorgen wir Wenige“ – der demografische Wandel beschert uns jetzt „mit Wenigen müssen wir Viele versorgen“. Insgesamt verschieben sich Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement, sodass die Funktion zwischen demokratischem Mehrwert, besonderer Fachlichkeit oder kostengünstiger Kompensation verschwimmt. Zukünftig ist eine Veranstaltungsreihe geplant, die offline und online stattfinden wird, das Know-how der vielen ehrenamtlich und hauptamtlich arbeitenden Engagierten zusammenzubringen, um eine Weiterentwicklung zu diesem Thema zu erreichen. Der Dialog wird auf [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de) weitergeführt und mündet in eine Abschlussveranstaltung im Herbst 2011.

Veranstalter:

AWO Bundesverband e. V.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

unterstützt von der Internetplattform

[www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de)

Weitere Informationen unter [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de)  
(Themenraum: Ehrenamt/Hauptamt – gegenseitige Fachlichkeit)

## Zukunftskongress „Engagement heute – Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit“

28. bis 30. Oktober 2011, Münster

Engagement  
Die neue  
Bürgergesellschaft  
heute



Zukunftskongress | 28.-30. Oktober 2011, Münster | [www.engagement-heute.de](http://www.engagement-heute.de)

Mit dem Kongress stellt das Deutsche Rote Kreuz die Vision einer neuen, auf breitem Engagement beruhenden Bürgergesellschaft in den Mittelpunkt. Die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements und das eigene „Mitmachen“ stehen ebenso im Mittelpunkt wie auch die Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Zivilgesellschaft. Das Deutsche Rote Kreuz versteht sich im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 als Netzwerkpartner für Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Das breite thematische Angebot des Kongresses fokussiert daher in sechs Foren innovative Formen des Freiwilligenmanagements, der interkulturellen Öffnung, die neuen Freiwilligendienste sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement. Über 70 Referenten aus Wissenschaft, Wohlfahrts- und Hilfsorganisationen, praxisnahen Einrichtungen und Institutionen sind zur Diskussion und zur Darstellung eingeladen, darunter Mitglieder aus Bundes- und Landesregierung und Behörden, internationale Keynote-Speaker und Best-Practice-Projekte aus Wirtschaft, Wissenschaft, Wohlfahrt und Zivilgesellschaft. Neben den Fachforen können sich die Teilnehmenden im Rahmen des Ausstellungsbereiches über vielfältige Projekte, Initiativen und Serviceeinrichtungen rund um das Engagement informieren. Ziel dabei ist es, nicht nur Expertinnen und Experten für die Teilnahme zu gewinnen, sondern auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten des Engagements aufzuzeigen.

Veranstalter:

Deutsches Rotes Kreuz u.a.

Weitere Informationen unter [www.engagement-heute.de](http://www.engagement-heute.de)

## Internationale Fachtagung zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit für aktive Bürgerschaft 2011

30. Mai bis 1. Juni 2011, Freiburg



Die diakonische Öffnung von Pfarrgemeinden in den Stadtteil und die sozialräumliche Ausrichtung der Caritasarbeit sind in Deutschland im Blick. Projekte von und mit Freiwilligen zielen auf mehr Lebensqualität, besonders auch für benachteiligte oder hilfebedürftige Menschen.

Die internationale Fachtagung fragt nach ähnlichen Erfahrungen in Europa und sucht dazu den Austausch. Das Miteinander von Pfarrgemeinden und Caritasdiensten für eine Verbesserung von

Lebenssituationen im Sozialraum ist eine Herausforderung, der sich Christen in vielen Ländern Europas und der Welt stellen. Fachgespräche und ein Austausch von Erfahrungen aus der Praxis sollen Anregungen für weitere Aktivitäten liefern; dabei orientiert sich die Diskussion an den Zielen des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit zur Förderung aktiver Bürgerschaft. Projekte aus verschiedenen Ländern zeigen, wie Menschen in verschiedenen Kulturen und Sprachen sich freiwillig und unentgeltlich für mehr Solidarität im Gemeinwesen engagieren und welche Rahmenbedingungen sich hierbei bewährt haben, was ihnen für das Gelingen besonders wichtig ist.

Veranstalter:  
Deutscher Caritasverband (DCV)  
Referat Gemeindec Caritas und  
Engagementförderung  
Fortbildungsakademie des DCV  
Caritas Europa

Weitere Informationen unter [www.caritas.de](http://www.caritas.de)

### Schwerpunktthema 2011 der Diakonie: Freiwilliges Engagement



In Anlehnung an das EU-Jahr 2011 ist „Freiwilliges Engagement“ das Jahresthema der Diakonie. Dafür wurde die aktuelle Kampagne „Menschlichkeit braucht Unterstützung“ um das Motiv „Da sein, nah sein, Mensch sein: Freiwillig engagiert“ ergänzt. Ziele des diakonischen Jahresschwerpunktes sind:

- die Vielfalt freiwilligen Engagements in der Diakonie sichtbar machen
- die Beteiligung von Interessierten an Freiwilligentätigkeiten und aktiver Bürgerschaft erhöhen
- die Bedingungen für bestehendes freiwilliges Engagement in Kirche und Diakonie verbessern
- Menschen, die sich bereits in Kirche und Diakonie engagieren, deutlich Anerkennung und Dank entgegenbringen

Einige der geplanten Veranstaltungen 2011 zum freiwilligen Engagement:

- Jahresempfang des Diakonie-Bundesverbandes am 11. Februar 2011
- Europa-Tagung mit Eurodiaconia in Brüssel am 3. Mai 2011
- Deutscher Evangelischer Kirchentag vom 1. bis 5. Juni 2011
- Ökumenische Tagung „Ehrenamtliches Engagement in Kirche und Gesellschaft“ am 30. September und 1. Oktober 2011
- Studienreise „Freiwilliges Engagement in Europa“

nach Wien und Budapest vom 4. bis 8. Oktober 2011

- Diakonie-Forum mit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder am 17. Oktober 2011
- Abschlussveranstaltung mit Präsentation der Studienergebnisse zum freiwilligen Engagement in der Diakonie im Dezember 2011

Weitere Informationen unter [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

### Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2011

16. bis 25. September 2011, bundesweit



Vom 16. bis 25. September veranstaltet das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in diesem Jahr die Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Seit sieben Jahren ist die Aktionswoche die größte bundesweite Freiwilligenoffensive. Die Arbeit von mehr als 23 Millionen freiwillig Engagierten wird durch sie gewürdigt. „Engagement macht stark!“ ist das gemeinsame Motto aller Initiativen, Vereine, Verbände, staatlicher Institutionen und Unternehmen, die sich an der bundesweiten Woche aktiv beteiligen.

Auch in diesem Jahr unterstützen die Engagementbotschafter Ulrike Folkerts und Peter Maffay die Aktionswoche des BBE. Ein zentrales Anliegen des Bundesnetzwerks ist es, eine Kultur der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements mit zu entwickeln und zu gestalten, um deutlich zu machen, dass bürgerschaftliches Engagement und die aktive Beteiligung von möglichst vielen Menschen für eine Demokratie wichtig und unverzichtbar sind.

Die Marke „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ erzielt eine starke Medienpräsenz und präsentiert aktuelle Themen aus dem Bereich des Engagements in der Öffentlichkeit. Bürgerschaftliches Engagement benötigt Förderung und Unterstützung. Dazu gehören insbesondere gute Rahmenbedingungen, die Anerkennung der Leistungen von Engagierten sowie Weiterbildung für Engagierte.

Veranstalter:  
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Weitere Informationen unter [www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de)

## Deutscher Engagementpreis

Preisverleihung am 2. Dezember 2011, Berlin



Der Deutsche Engagementpreis ehrt freiwillig engagierte Personen, Verbände, Projekte und Unternehmen und verleiht ihnen öffentliche Anerkennung. Der freiwillige Einsatz vieler Menschen sowie die Arbeit von Verbänden und Organisationen erfahren mit einer Nominierung für den Deutschen Engagementpreis eine besondere Aufmerksamkeit.

In der Zeit bis zum 31. Juli können alle Bürgerinnen und Bürger ihre „persönlichen Helden“ für die Auszeichnung nominieren, per Postkarte oder im Internet unter [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de). Die Auszeichnung wird in den Kategorien Gemeinnütziger Dritter Sektor, Einzelperson, Wirtschaft, Politik & Verwaltung sowie der diesjährigen Schwerpunktkategorie Engagement von Älteren vergeben.

Im September bestimmt eine Expertenjury die Preisträger der einzelnen Kategorien. Vom 4. Oktober bis zum 8. November sind alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, den Gewinner des mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreises zu küren. Dieser wird aus einer Vorauswahl von ca. 20 Projekten mittels Online-Abstimmung auf [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de) bestimmt. Die feierliche Preisverleihung findet am 2. Dezember in Berlin statt und ist zugleich Abschlussveranstaltung des EJF 2011.

Der Deutsche Engagementpreis wird getragen vom Bündnis für Gemeinnützigkeit und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Generali Zukunftsfonds.

Veranstalter:  
Bündnis für Gemeinnützigkeit

Weitere Informationen unter  
[www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de)

### „Sieben Brücken, die verbinden – Europäisches Engagement in den Ländern Polen, der Tschechischen Republik, Österreich und Deutschland“

Auftaktveranstaltung: 14. Juni 2011, Görlitz

So unterschiedlich und bunt wie die 27 EU-Mitgliedstaaten in vielen Bereichen sind, so facettenreich ist auch das Grundverständnis in diesen Staaten zur Frage des Ehrenamts, des freiwilligen, bürgerschaftlichen oder auch zivilgesellschaftlichen Engagements. Um auch hier enger zusammenzuwachsen, die Anderen

besser zu verstehen und auch voneinander zu lernen, entwickelte die Sozialakademie in Potsdam der AWO SANO in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Praxisprojekt mit dem Titel „Sieben Brücken, die verbinden“. Das internationale Projekt findet in vier europäischen Staaten (Polen, der Tschechischen Republik, Österreich und Deutschland) statt und bindet die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Bayern aktiv mit ein. Die Projektschwerpunkte liegen in den Kommunen Rostock, Frankfurt/Oder, Guben, Görlitz, Zethau, Cham und im Landkreis Traunstein/Berchtesgadener Land sowie in den ausgewählten Partnerstädten in den jeweiligen Nachbarländern.

Das Projekt wird im zweiten Jahr das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der generationenübergreifenden Solidarität 2012 zum inhaltlichen Schwerpunkt haben. Das zweijährige Projekt soll die Nachhaltigkeit der begonnenen Kooperationen sichern und die alltagsorientierten Begegnungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger weiter ausbauen. Neben besonderen Formen der gegenseitigen Begegnung und des aktiven Kennenlernens wird es im Projekt „Sieben Brücken, die verbinden“ darum gehen, noch mehr voneinander zu lernen und nach Chancen zu suchen, sich das Verständnis und den wachsenden Stellenwert des zivilgesellschaftlichen Handels in Europa gegenseitig zu verdeutlichen. Dabei wird die jeweilige deutsche Seite ihr Erfahrungswissen aus erfolgreichen Freiwilligenprojekten als Angebot mit einbringen. Beispielhaft stehen hier die positiven Ergebnisse aus Projekten und Programmen: Mehrgenerationenhäuser, aus dem Bundesprogramm „Aktiv im Alter“, Familien- und Lernpatinnen, Pflegebegleitung, Ausbildungslotsen, Seniorenbüros und Senior-Trainerinnen und Senior-Trainer, Freiwilligenagenturen und Freiwilligendienste aller Generationen.

gefördert durch:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Weitere Informationen unter [www.siebenbruecken.eu](http://www.siebenbruecken.eu)



## Zahlen zur Freiwilligentätigkeit in Deutschland<sup>1</sup>

### Allgemeine Information zu den deutschen Freiwilligen

Gesamtanzahl von Freiwilligen<sup>2</sup>:

36% der Bevölkerung = 23,5 Millionen Menschen

Zeitaufwand für die Freiwilligentätigkeit (2009)<sup>3</sup>:

4% Täglich  
29% Mehrmals pro Woche  
23% Einmal pro Woche  
22% Mehrmals jeden Monat  
12% Einmal pro Monat  
10% Seltener

### Altersprofil

Anteil von Freiwilligen in einer bestimmten Altersgruppe (2009)<sup>4</sup>:

36% 14- 19 Jahre  
34% 20- 29 Jahre  
39% 30- 39 Jahre  
42% 40- 49 Jahre  
37% 50- 59 Jahre  
37% 60- 69 Jahre  
25% Über 70 Jahre

Anzahl junger Menschen, die sich in verschiedenen Freiwilligentätigkeiten engagieren<sup>5</sup>:

Junge Menschen, die sich regelmäßig engagieren:  
36% = 4 Millionen

Engagement in Freiwilligentätigkeiten „ab und zu“:  
42% = 5 Millionen

### Beschäftigungsstatus<sup>6</sup>

Anteil von Freiwilligen nach Beschäftigungsstatus (2009)<sup>7</sup>:

40% Erwerbstätige  
30% Menschen im Ruhestand  
38% Schüler, Studierende, Auszubildende  
26% Arbeitslos gemeldet  
36% Hausfrauen/ -männer  
32% Sonstige

## Bereichsprofil

Verschiedene Bereiche/Freiwilligenanteil (2009)<sup>8</sup>:

10% Sport  
2% Berufliche Interessenvertretung  
7% Kindergarten/Schulen  
3% Politik  
7% Kirche  
3% Umwelt- und Naturschutz  
5% Sozialer Bereich  
3% Jugendarbeit  
5% Kunst, Kultur, Musik  
2% Gesundheit  
5% Freizeit  
2% Sonstige lokale gemeinnützige Aktivitäten  
3% Unfallrettung/FFW

### Motivationsfaktoren für eine Freiwilligentätigkeit<sup>9</sup>

95% Wunsch nach aktiver Mitgestaltung der Gesellschaft  
95% Wunsch nach Kontakten zu anderen Menschen und der Bildung sozialer Kontakte  
84% Eine Arbeit verrichten, die getan werden muss, zu der aber nur wenige Menschen bereit sind  
48% Möglichkeit, sich politisch zu engagieren

### Der ökonomische Wert von Freiwilligentätigkeit<sup>10</sup>

Im Jahr 1995 entsprach die Arbeit von Freiwilligen in der Gesellschaft 1.211.474 Vollzeitäquivalenten (VZÄ). Die Beschäftigung in diesem Sektor entsprach 1.480.850 VZÄ (John Hopkins Studie). Dies macht deutlich, dass Freiwilligenarbeit eine bedeutende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes spielt, angesichts der großen Zahl an beteiligten Menschen und Organisationen. Nach der Studie zur Freiwilligentätigkeit in der Europäischen Union betrug der Wert der Freiwilligentätigkeit als Anteil am BIP im Jahre 2008 0,06%<sup>11</sup>. Der Berechnung liegt in diesem Fall die Ersatzkostenmethode zugrunde, bei der der Wert einer Stunde Freiwilligentätigkeit durch den Betrag bestimmt wird, den die von der Freiwilligentätigkeit profitierende Organisation für Personal aufwenden müsste, das für die durch Freiwillige geleistete Arbeit eingestellt werden müsste.

<sup>1</sup> Quelle: Europäische Kommission-DG EAC, 2010. Study on volunteering in the EU. Country Report Germany. London: GHK (Studie zur Freiwilligentätigkeit in der EU. Länderbericht Deutschland)

<sup>2</sup> Country Report Germany, S. 5

<sup>3</sup> BMFSFJ (2010) (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009

<sup>4</sup> Country Report Germany, S. 5

<sup>5</sup> Shell Studie über Junge Menschen in: Country Report Germany, S. 7

<sup>6</sup> Country Report Germany, S. 10

<sup>7</sup> BMFSFJ (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009

<sup>8</sup> BMFSFJ (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009

<sup>9</sup> Country Report Germany, S. 40

<sup>10</sup> Country Report Germany, S. 37

<sup>11</sup> Quelle: Europäische Kommission-DG EAC, 2010. Study on volunteering in the EU, S. 135

## Die Situation der Freiwilligentätigkeit in Deutschland

In Deutschland versteht man unter Freiwilligentätigkeiten im Wesentlichen: Ehrenamt (freiwilliges Engagement, häufig verbunden mit einem Amt/Posten), freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement (Freiwilligentätigkeiten eingebettet z. B. in einen organisatorischen Kontext), informelles Engagement (nichtorganisiertes Engagement für Nachbarn/Freunde). Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen wird als Corporate Citizenship bezeichnet.

Verschiedene Formate der Freiwilligendienste bieten die Möglichkeit, sich verbindlich in einem bestimmten Zeitumfang freiwillig zu engagieren. Es gibt sie speziell für Jugendliche – gesetzlich geregelte Jugendfreiwilligendienste, oder auch für alle Altersgruppen – beispielsweise den Freiwilligendienst aller Generationen. Freiwillige Tätigkeit ist durch fehlende materielle Gewinnerzielungsabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl gekennzeichnet (vgl. United Nations 1999, Enquete-Kommission 2002).

### Rahmenbedingungen / Engagementförderung

Innerhalb der Bundesregierung ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) federführend für das Thema bürgerschaftliches Engagement zuständig. Da bürgerschaftliches Engagement ein Querschnittsthema ist, sind nahezu alle weiteren Bundesministerien in diesem Bereich ebenfalls aktiv.

Der Bedeutungszuwachs des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zeigt sich darin, dass der Staat auf den föderalen Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit vielen verschiedenen Mitteln und Methoden (Programme, Projekte sowie zahlreiche Preise zur Anerkennung) Engagementförderung betreibt. Hierzu tragen auch verschiedene gesetzliche Regelungen in Bundes- und Landesgesetzen bei. Häufig geht es dabei um steuerliche Erleichterungen für Engagierte (beispielsweise um die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwandspauschalen). Weitere Regelungen finden sich u.a. im Vereins- und Stiftungs- sowie im Sozialrecht.

Da die Bandbreite der Freiwilligentätigkeiten sehr groß ist, gibt es in Deutschland keinen „allgemeinen“, rechtlich normierten Status für Freiwillige. Im Bereich der Freiwilligendienste wird jedoch angestrebt, diesen im Rahmen eines „Freiwilligendienstestatusgesetz“ zu definieren. Die Jugendfreiwilligendienste „Freiwilliges Soziales Jahr“ und „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ stehen mit dem „Gesetz zur Förderung der Jugendfreiwilligendienste“ auf einer gesetzlichen Grundlage.

Zum 1. Juli 2011 wurde das Angebot bestehender Dienste um den Bundesfreiwilligendienst ergänzt. Dieser ermöglicht auf der Grundlage des Gesetzes zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes Frauen und Männern jeden Alters (nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht) ein geregeltes Engagement in vielfältigen Tätigkeitsfeldern, vom sozialen Bereich über den Umweltschutz bis hin zu Kultur und Sport. Mit seiner Öffnung für alle Altersgruppen wird freiwilliges Engagement auf eine noch breitere Basis gestellt. Außerdem sollen so die Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht (und damit auch des Zivildienstes) abgemildert werden.

## Nationale Engagementstrategie

Die Bundesregierung hat am 6. Oktober 2010 die Nationale Engagementstrategie beschlossen. Sie verfolgt vier strategische Ziele:

- Eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen
- Die Einbindung von Stiftungen und des bürgerschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen
- Eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten
- Bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement

In die Nationale Engagementstrategie sind Handlungsempfehlungen eingeflossen, die in einem breit angelegten Beteiligungsprozess aller gesellschaftlichen Akteure erarbeitet worden sind.

### Freiwilligentätigkeit in der deutschen Gesellschaft

Das bürgerschaftliche Engagement weist in Deutschland ein hohes und langfristig steigendes Niveau auf. Im europäischen Vergleich belegt es einen Mittelplatz. In Deutschland engagieren sich nach Angaben aus dem Freiwilligensurvey 2009 rund 23 Mio. Menschen, vorwiegend in den Bereichen Sport, Freizeit, Kultur, Soziales, Kirche, Kindergarten und Schule sowie in der politischen Interessenvertretung.

Das bürgerschaftliche Engagement findet zu einem überwiegenden Teil im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen statt. Die rund 600.000 eingetragenen Vereine sind die am häufigsten anzutreffende Organisationsform. Daneben sind es vor allem kirchliche und religiöse Organisationsformen, Verbände und sonstige Vereinigungen, in denen Engagement stattfindet. Bei den Stiftungen ist ein Boom von Stiftungsgründungen zu verzeichnen. Die Hälfte der mehr als 18.000 Stiftungen wurde in den letzten zehn Jahren gegründet. Auch die Wohlfahrtsverbände bieten mit ihren zahlreichen Einrichtungen und Diensten vielfältige organisatorische Gelegenheiten für das Engagement.

Ein wichtiger Teil des Engagements findet außerhalb von Organisationen statt. In Abgrenzung zum formalen Engagement sind informelle Tätigkeiten im Rahmen von sozialen Netzwerken zwischen Nachbarn, Freunden und Bekannten, in selbstorganisierten Gruppen und im Internet zu finden. Im Vergleich verschiedener Organisationsformen sind selbstorganisierte Gruppen vor allem im Bereich Gesundheit und Schule stark vertreten. Das Internet bietet auf virtueller Ebene vielfältige Nutzungsmöglichkeiten für Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Das Engagement unterscheidet sich nach sozialen Gruppen und Regionen. In den neuen Bundesländern engagieren sich weniger Menschen als in den alten. In den ländlichen Räumen ist die Engagementkultur stärker verankert als in den Städten. Frauen engagieren sich weniger und in anderen Bereichen als Männer. Gruppen, denen eine soziale Einbindung fehlt, sind in geringerem Maße engagiert.

## Impressum

### Herausgeberin

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.  
Geschäftsstelle EJF 2011  
Oranienburger Straße 13-14  
10178 Berlin  
ejf2011@bag-wohlfahrt.de  
www.ejf2011.de

### Bilder

Auftaktveranstaltung: Holger Groß  
Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder (S. 2, 66): L. Chaperon  
Weitere Bilder wurden von den Referentinnen und Referenten  
der Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

### Redaktion

Sabine Wolf  
Julian Klein

### Layout

Sandra Meifarth

### Druck

Druckerei Arnold, Großbeeren





Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011